



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Unzureichende Lehrerversorgung gefährdet Unterrichtsqualität

VLB im Gespräch mit neuem Abteilungsleiter

Parlamentarische Abende mit CSU und SPD

Verbesserte Arbeitsbedingungen für Fachlehrer/-innen

Fachtagungen FOS/BOS und Wirtschaftsschule

BOS-Schüler kämpfen für mehr BAföG

Studenten/Referendar-Symposium

## Der VLB

...



...  
präsent  
und  
immer  
Flagge  
zeigend!

**HERAUSGEBER**  
Hans Käfler, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

**REDAKTION**  
Hans Preißl  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg  
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13  
Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95  
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 66 14 15  
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91  
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

**ANZEIGENVERWALTUNG**  
Andrea Götzke  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

**GESTALTUNG**  
signum3 oHG  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90  
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98  
E-Mail: gc@signum3.de

**DRUCK**  
Böhler Verlag GmbH  
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 6 34 31  
Telefax: 09 31 - 61 17 84

**ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS**  
„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

**KÜNDIGUNG**  
Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

**COPYRIGHT**  
Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

**MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE**  
Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-  
dere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

**REDAKTIONSSCHLUSS**  
für Heft 07: 11. 06. 2007  
für Heft 08-09: 09. 07. 2007  
für Heft 10: 10. 09. 2007

ISSN 0942 - 6930

**Thema des Tages**

3 Hans Käfler: Unzureichende Lehrerversorgung bedroht Unterrichtqualität

**Bildungspolitik**

4 Hans Preißl: Berufliche Bildung zukunftstauglich halten  
8 Hans Preißl: Die Arbeitsbelastung macht aus idealistischen Pädagogen gefährdete Risikogruppen  
13 Hans Preißl: Die Berufsschule ist nicht die Ärztin der Hauptschule  
17 Manfred Greubel: Modelle zur Reform des dualen Ausbildungssystems  
20 Einjährige Berufsfachschule wird weiterhin auf die Ausbildungszeit angerechnet  
21 Hans Preißl: Ein Pionier aus der Gründerzeit der beruflichen Bildung geht in Ruhestand

**Dienstrecht**

23 Bundesverfassungsgericht: Pensionsrechte beförderter Beamter gestärkt  
24 Wolfgang Lamb: Verbesserte Arbeitsbedingungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrern  
25 Der Hauptvorstand dankt Marion Merkle für ihre Arbeit  
25 Dienstrechtsreform: Anreizinstrumente nicht durch Rotstiftelemente entwerfen

**FOS/BOS**

26 Hans Preißl: Berufliche Oberschule – die neue Chance?  
30 Rudolf Puryear / Petra Sogl: Politics in the making

**Wirtschaftsschule**

33 Martin Ruf: Zukünftige Erziehung durch praxisnahe Bildung

**Pädagogik und Unterricht**

36 Reinhard Küffner: Handlungsorientierung – auch manche Lehrer sehnen sich danach

**Schulentwicklung**

38 Carlo Dirschedl: Deutscher Arbeitgeberpreis geht nach Altötting  
40 Gertrud Schilcher-Fuhrig: Lifelong learning Programme

**Aus dem Verbandsleben**

**Landesverband**

42 Alexander Liebel: Aktuelles aus dem GV

**Fachgruppen**

43 FG Religion, FG Sanität, Heizung, Klimatechnik

**Studenten und Referendare**

44 Holger Sahm: VLB-Symposium 2007

**Personalien**

46 **Nachrichtliches**  
47

**Letzte Seite**

48 VLB-Mitgliederservice: Mit Hertz-Mietwagen günstig fahren

Titelfoto: Hans Preißl / Martin Ruf

# Unzureichende Lehrerversorgung bedroht Unterrichtqualität



HANS KÄFLER

Das Einstellungsverfahren an den beruflichen Schulen steht wieder einmal bevor. Wie in den zurückliegenden Jahren wird wohl auch dieses Mal eine Reihe vorhandener Planstellen aus Mangel an Bewerbern nicht besetzt werden können. Dieses auf den ersten Blick quantitative Problem macht es den Schulen zunehmend schwer, ihre Unterrichtsqualität auf einem hohen Niveau zu halten. Größere Klassen und nicht durchgeführte Klassenteilungen bei fachpraktischen Lerninhalten können Defizite bei der Versorgung mit Lehrkräften in einem gewissen Umfang verschleiern. Spätestens bei – wegen Lehrermangels – ausgefallenen Unterrichtsstunden beginnt das Problem virulent zu werden.

Nun sind weder das Thema noch das Problem neu. Die Lehrerbedarfsstatistik auf der Homepage des Kultusministeriums zeigt deutlich auf, dass wir die nächsten 10 Jahre regelmäßig weniger Bewerber um eine Planstelle haben werden, als Bedarf an Lehrkräften besteht. Was die Statistik nicht deutlich macht, ist der besondere Mangel in den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik und tendenziell bei Wirtschaft und Verwaltung. So unerfreulich die in dieser Statistik beschriebenen Aussichten sind, die Wirklichkeit droht noch viel schlimmer zu werden! Eine Reihe absehbarer Risiken werden die Situation

in den nächsten Jahren zusätzlich erschweren:

- Der rasant steigende Lehrerbedarf im achtjährigen Gymnasium räumt den Markt für die Fach- und Berufsoberschulen in den kommenden Jahren leer.
- Der doppelte Abiturientenjahrgang in einigen Jahren wird zu einem gewaltigen Engpass an den Hochschulen führen und deshalb sicherlich einen mehrjährigen Boom bei den Berufsschulen auslösen.
- Die angesprungene Konjunktur macht sich auf dem Markt für Lehrkräfte an beruflichen Schulen dadurch besonders bemerkbar, dass nicht nur die geplanten Sondermaßnahmen floppen, sondern auch die Weglaufquote nach Studium bzw. Referendariat erheblich ansteigt.
- Die Zahl der Studenten in unseren Mangelfächern entwickelt sich leider nicht nach Wunsch, sie stagniert vielmehr auf niedrigem Niveau.

Ein gravierender Mangel an Lehrkräften ist an den beruflichen Schulen für die nächsten Jahre mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersagbar. Jetzt rächt sich die kontinuierliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Einkommensentwicklung für Lehrkräfte aller Schularten und insbesondere bei den beruflichen Schulen.

- Ich darf erinnern:
- Ein Referendar, verdient unter Umständen weniger als die Schüler die er unterrichtet.
  - Arbeitszeiterhöhung bei verringertem Einkommen;
  - Imageschädigung des Berufsstandes durch langjährige Lehrer- und Beamtschelte;
  - eine wenige wertschätzende Behandlung durch den Dienstherrn (z.B.: Teich und Frösche)
  - etc.

Wie bei allen Prozessen, deren Wirkungen erst zeitverzögert entstehen (siehe Umwelt), treten diese Wirkungen bei nicht nachhaltiger Steuerung mit erheblicher Dynamik ein. Hastig ergriffene Gegenmaßnahmen wirken kaum und zudem erst mit der oben aufgeführten Verzögerung. Auf diese Weise entstehen die bekannten „Schweinezyklen“.

Noch ist der GAU nicht eingetreten. Die Dynamik nimmt jedoch spürbar zu. In diesem Stadium ist die Situation möglicherweise noch in den Griff zu bekommen. Dazu sind allerdings schnelle und wirkungsvolle Eingriffe nötig. Kurzfristig ist lediglich die Abwanderungsquote zu beeinflussen. Sonderzuschläge für Referendare in Mangelfächern sind das dafür geeignete Mittel.

Mittelfristig könnten BA-Absolventen aus Ingenieurstudiengängen für ein Lehramts-Masterstudium gewonnen werden. Dafür brauchen wir zum einen die Anerkennung des Master-Abschlusses als 1. Staatsprüfung und ein Einstiegsgehalt, das in Verbindung mit der Sicherheit eines Beamtenverhältnisses konkurrenzfähig zu Angeboten aus der Wirtschaft ist. Gerüchte über eine mögliche Absenkung der Eingangsgehälter von Lehrkräften, wie sie derzeit grassieren, sind pures Gift für unser Lehramt. Hier ist ein deutliches Wort von der Politik gefordert!

Langfristig hilft uns nur eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes. Attraktivität meint dabei sowohl ein attraktives Gehalt wie auch attraktive Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit!).

Wenn die Staatsregierung ihre „Rotstiftpolitik“ weiterhin betreibt, geht es der Bildung bald wie dem Hausbesitzer, dem das Dach über dem Kopf zusammenfällt, weil er vor lauter Sparen bei Regen lieber Eimer aufgestellt hat, als in neue Schindel zu investieren.

Kontaktgespräch zwischen VLB und KM:

## Berufliche Bildung zukunftstauglich halten

HANS PREISL

Seit einem guten halben Jahr steht Dr. Peter Müller an der Spitze der Abteilung „Berufliche Schulen“, für den VLB ein guter Anlass diese Abteilung des Kultusministeriums zu einem zwanglosen Gespräch über Fragen der beruflichen Bildung und des Dienstrechts einzuladen.

Hans Käfler hieß in seiner Begrüßung die Referatsleiter willkommen und bezeichnete sie als erste und wichtigste Ansprechpartner des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen sowohl in bildungs- als auch standespolitischen Fragen. Er freute sich, dass die „Berufler“ unter der neuen Führung von Dr. Müller die

gefolgt sei. Auch er setze auf „freundliche und informelle Kontakte“. Bei unterschiedlichen Vorgaben verfolgten KM und Verband schließlich die gleichen Ziele.

Müller skizzierte vorweg drei Entwicklungstendenzen, die die Debatte über die reine Tagesaktualität hinaus in nächster Zeit prägen werden. Die Föderalismusreform habe die Kompetenz für die Beamtenbesoldung in Länderhände gelegt. Dies werde auch Auswirkungen auf die Lehrerbesehung haben. Hier gelte es sich mit strategischen Konzepten zu wappnen. Der Modellversuch Profil 21 sei ein Beitrag die berufliche Bildung weiterhin zukunftstauglich zu halten. Hier müsse insbesondere der Einstieg in moderne Führungsstrukturen gelin-

ne dritte Herausforderung sieht Müller in einer Materie, die das Manager-Magazin thematisiert hat. Der drohende Akademikermangel werde die Frage nach den Aussichten des dualen Systems neu stellen.

Hier bemängelte Hans Käfler, dass es in der aktuellen Debatte höchst schwierig sei, die die Qualitätsfrage auf der betrieblichen Seite zu stellen. Mit Blick auf Entwicklungen in anderen europäischen Ländern gab er zu bedenken, dass der schulische Anteil an der beruflichen Bildung in Deutschland eher gering ist. Gerade in der zukunftsweisenden Debatte um EQF und ECVET sitze die Schule nur an einem sehr kurzen Hebel, gab Käfler zu bedenken.

### Kooperation Hauptschule – Berufsschule: Den Übergang in die Ausbildung verbessern

Der Freistaat Bayern wird viel Energie darauf verwenden, das Profil der Hauptschule zu schärfen. Man will vermeiden, was in anderen Bundes-

jetzt schon üblich, welche konkreten engeren Kooperationen denkbar sind, steht noch in den Sternen, auch deshalb, weil die Hauptschule noch sehr damit beschäftigt ist, ihre eigenen Strukturen zu finden und zu etablieren. Hans Käfler berichtete von ersten Vorbereitungen für ein Modellprojekt.

Bei diesem sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, wie der Übergang von der Schule in die Ausbildung durch direkte Kooperation von Hauptschulen und Berufsschulen verbessert werden kann. Hier gelte es allerdings die quantitativen Verhältnisse zu berücksichtigen. Eine Kooperation im Sinne von Lehreraustausch sei für die beruflichen Schulen nicht zu stemmen. Einigkeit herrschte darin, dass die Hauptschule ihre Arbeit dann gut macht, wenn sie die Grundfertigkeiten in den Kulturtechniken sicher vermittelt. Notfalls müsse sie auf bestimmte Dinge verzichten, ist sich Müller sicher.

pe ganz erheblich ins Zeug gelegt haben. Vollerorts sind zielgruppengerechte stark praxisorientierte Blockmodelle entwickelt und etabliert worden, die trotz bescheidener Mittel spürbare Erfolge zeitigen. Sobald sich aber diese ersten Lichtblicke einstellen, ist die Schule aber wieder am Ende. Nach wenigen Wochen stehen die Schüler erneut vor dem Nichts. Ganze 0,4 Deputatsstunden bringt ein JoA mit. Damit lässt sich natürlich kein Blumentopf gewinnen. Dr. Müller ließ erkennen, dass ihm diese Zielgruppe ein Herzensanliegen sei. „Diese Jugendlichen bewegen mich am meisten.“ Er sieht auch, dass die Thematik in der öffentlichen Debatte als Problem erkannt sei. Allerdings funktioniere Politik stark über Medien. JoAs haben keine Lobby. Er zeigte sich beeindruckt, von der Arbeit, die an den Berufsschulen geleistet werde. Er forderte dazu auf, Abgeordnete einzuladen und ihnen die Situation vorzuführen. „So etwas muss man erleben!“ Werner Lucha berichtete da-

hier zu anderen Anbietern auf dem Bildungsmarkt in Konkurrenz treten. Das wird natürlich kritisch beäugt. Berufsschulen hätten natürlich die Möglichkeit den jungen Menschen ein sinnvolles Ausbildungsangebot zu unterbreiten, während viele andere Anbieter mit ihren Wartesaalangeboten lediglich Lebenszeit junger Menschen vergeuden.

### Lehrerbildung: Den Master als 1. Staatsprüfung anerkennen

Bewegung scheint in die Diskussion gekommen, ob auch bei den gewerblich/technischen Berufen die Staatsprüfung durch einen Masterabschluss ersetzt werden kann. Die Tradition mit der Gruppe der Diplomhandelslehrer zeigt, dass der Staat seine Einflussmöglichkeiten auf die Lehrerbildung nicht verliert, wenn Abschlüsse von den Universitäten vergeben werden. Das KM kann sich offenbar eine Lösung vorstellen, die den Master als 1. Staatsprüfung anerkennt. Die TUM soll zumindest einen entsprechenden



Werner Lucha (links) arbeitet an einem Konzept zum Ausbau des Unterrichtsangebots für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis (rechts Michael Birner).



Verbandsvorsitzender Hans Käfler (links) und Abteilungsleiter Dr. Peter Müller verfolgen bei unterschiedlichen Vorgaben gleiche Ziele.



Der neue TV-L lässt die Anerkennung von schulspezifischen Erfahrungen nur in bestimmten Fallkonstellationen zu. Von links: Jutta Scherg und Dr. Angelika Rehm.



Der TV-L stellt angestellte Lehrer deutlich schlechter als der früher geltende BAT. Von rechts: Wolfgang Lambel und Rita Kagerer.

Tradition fortsetzen, die Einladung des VLB zum Meinungs- und Informationsaustausch anzunehmen. Diese Tradition sei immer von dem Wunsch getragen gewesen, für Schüler, Schulen und Kollegen das Beste zu erreichen.

Dr. Müller bedankte sich für die Einladung, der die Abteilung gerne

gen. Die Komplexität der Aufgaben sei nur mit einer effektiven mittleren Managementebene zu bewältigen. Eine zweite Herausforderung werde sich stellen, wenn der Bildungsbericht 2008 veröffentlicht werde. Dieser wolle sein Augenmerk insbesondere auf die Übergänge legen (Schule – Hochschule – Arbeitsmarkt). Ei-

ländern schon passiert ist: Ein Verkommen zur reinen Restschule, die keine Perspektiven mehr bietet. Da die Hauptschule die jungen Menschen ausbildungsfähig machen soll, stellt sich die Frage, welches Maß an Kooperation zwischen Haupt- und Berufsschule sinnvoll und möglich ist. Gegenseitige Kontakte und Besuche sind

### Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis

Die beruflichen Schulen können der großen Gruppe der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen kein adäquates Angebot machen. Das ist um so bedauerlicher, als sich die Berufsschulen für diese Zielgrup-

von, dass im KM an einem Konzept zum Ausbau des Unterrichtsangebots gearbeitet werde. Dieses müsse aber den Ministerrat passieren.

Vorsichtig zurückhaltend bleibt das Ministerium in der Frage, ob Mittel der Bundesagentur für Arbeit für berufliche Schulen weiterhin tabu bleiben müssen. Berufsschulen müssten

Versuch durchführen können. Hans Käfler verspricht sich vom Verzicht auf die Staatsprüfung zugunsten einer BA/MA-Struktur als Nebenwirkung auch eine Verbesserung der Nachwuchssituation. Die Durchlässigkeit zwischen Ingenieur-Studium und Lehramtsstudium würde viel größer. Dadurch könne der eine oder andere

Student auf die Schulseite herübergezogen werden.

Erörtert wurde auch die Frage, inwieweit Fachhochschulen und Universitäten bei der Lehrerbildung kooperieren können. In eine Klärung dieser Frage müssen auch Aspekte des Laufbahnrechts einbezogen werden. Bei der angedachten Kooperation Eichstätt/Ingolstadt sei dieser Punkt über eine Modellversuchsklausel geregelt, erklärte Müller.

Deutliche Einwände und Warnungen kommen von Seiten des Verbandes in der Frage, wieviel eigenständiger Unterricht den Referendaren im 1. Ausbildungsjahr zugemutet

werden nur 246 in eine Planstelle eingewiesen werden. Die restlichen würden in befristete Verträge einsteigen müssen. Auf alle Fälle werde aber jeder Kandidat ein Angebot bekommen. Der Bedarf sei sogar so groß, dass in bestimmten Fachrichtungen auch Traineemaßnahmen gefahren werden müssten.

Der weitere Ausbau von FOS/BOS werde finanziert über den zu erwartenden Rückgang der Schülerzahlen an den Berufsschulen.

Wolfgang Lambl befürchtet ein Einstellungsdesaster bei den Bewerbern, die nicht ins Beamtenverhältnis übernommen werden. Der neue

### Abschlussprüfungen: berufsschulische Leistungen anerkennen

Konsens herrschte in der Frage der Atomisierung von Ausbildungsberufen. Das Problem der Zersplitterung werde zunehmend bewusst und erkannt. Trotzdem gibt es in Einzelfällen immer noch Wünsche nach einer weiteren Aufsplitterung, wie Werner Lucha an einem kaufmännischen Beispiel belegen konnte.

Bei der Abschlussprüfung gibt es zumindest im Bereich des Handwerks Beweglichkeit, was die Anerkennung der berufsschulischen Leistungen im Zeugnis betrifft. Diese Anerkennung würde die Motivation der Auszubil-



Günter Liebl (rechts) hat mitgeholfen, den BAföG-Kahlschlag bei BOS-Schülern abzumildern. Neben ihm Wolfgang Lambl.



Nur etwa der Hälfte der Bewerber kann Georg Hirner (links) ein Planstellenangebot machen. Neben ihm Ingeborg Kubosch.

und von den Schulen sinnvoll organisiert werden kann. Ein Vergleich mit anderen Schularten ziehe nicht, weil dort gänzlich andere Rahmenbedingungen herrschten, argumentierten die VLB-Vertreter. Alexander Liebel verwies darauf, dass viele Kollegen im 1. Halbjahr wegen der 13. Klassen jetzt schon 30 Stunden und mehr unterrichten müssten. Diese jetzt schon hohen Spitzen würden durch einen vermehrten Einsatz von Referendaren im 2. Halbjahr unzumutbar verschärft.

### Lehrerversorgung: Planstellen nur für die Hälfte der Bewerber

Auch in diesem Schuljahr können nicht alle Bewerber eine Planstelle bekommen. Von den 477 Jungleh-

ren werden diese angestellten Lehrer dramatisch schlechter. Besonders katastrophal werde sich das für die Ansbach-Absolventen auswirken. Deren wertvolle berufliche Erfahrung berücksichtige der TV-L im Gegensatz zum früher geltenden BAT nicht. Auch Müller gesteht zu: „Der TV-L ist eine Katastrophe.“ HPR Wolfgang Lambl fürchtet, dass wegen dieser dramatischen Schlechterstellung viele Bewerber abwinken könnten. Jutta Scherg mildert die Befürchtungen etwas ab, weil der Tarifvertrag in bestimmten Fallkonstellationen eine Anerkennung von schulspezifischen Erfahrungen zulasse. Auch Müller ist der Meinung, dass das Finanzministerium bei besonderen Umständen Mittel bereitstellen müsse.

denden zum Berufsschulbesuch erheblich steigern und den Stellenwert des berufsschulischen Teils der Berufsausbildung erhöhen.

Wenn die an beiden Lernorten erbrachten Leistungen gleichwertig in das Gesamtergebnis des Ausbildungsabschlusses eingehen, käme dadurch auch die Gleichwertigkeit der Lernorte Betrieb und Berufsschule zum Ausdruck. Die IHK tut sich damit noch schwer, auch wenn es dort Signale in diese Richtung gibt.

### Modularisierung

Dr. Rehm berichtete von Absichten, dass im Bereich der kaufmännischen Berufe modellhaft das Konzept „Dual mit Wahl“ ausprobiert werden soll. In den ersten beiden Ausbildungsjah-

ren soll eine gemeinsame Beschulung laufen. Im dritten Jahr würden dann Spezialisierungsmodule aufsetzen. Dr. Rehm befürchtet, dass die Berufsschulen auf die ersten zwei Jahre reduziert werden könnten und bei den Wahlmodulen außen vor blieben.

### Kein BAföG-Kahlschlag für BOS-Schüler

Die Gefahr der geplanten BAföG-Kürzung für Kollegenschüler wird nun zunehmend auch anderen Bundesländern bewusst. Proteste von bayerischer Seite hatten ja immerhin den Teilerfolg bewirkt, dass für eine elternunabhängige Förderung statt einer dreijährigen nun eine einjährige Berufstätigkeit nach der Ausbildung ausreichend ist. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz scheinen nun auch auf den bayerischen Protestzug aufzuspringen. Evtl. soll eine Bundesratsinitiative neue Bewegung in die noch offene Frage bringen. Das bayerische Finanzministerium ist hellhörig geworden, weil im Falle einer BAföG-Streichung der Landtag eine bayerische Lösung fordern könnte, die dann mit immerhin 18 bis 20 Mio. Euro zu Buche schlagen würde.

### Die Arbeitsbelastung gefährdet die Gesundheit der Lehrer

Michael Birner macht sich erhebliche Sorgen um den Gesundheitszustand eines beträchtlichen Teils seines Kollegiums an der Berufsschule. Seiner Meinung nach ist die Belastungssituation der Lehrkräfte völlig überzogen. „Die Leute sind fix und fertig, sie stehen an der Wand“, fand der stv. VLB-Vorsitzende deutliche Worte für die Ausnutzung des Arbeitsengagements durch den Dienstherrn. Vor allem die Arbeitszeit geht nach Meinung von Birner an die Gesundheit der Leute. Er kann es mit Fakten belegen. Die Belastung seiner Kollegen hat er nämlich durch das Institut für Psychologie der Universität Potsdam untersuchen lassen. Michael Birner hat mit Schlimmem gerechnet, aber das Ergebnis hat selbst ihn schockiert. Zwei Drittel seines Kollegiums sind Risikogruppen zuzuordnen, die kurz vor dem psychischen und physischen Kollaps ste-

hen. Ein Teil der überlasteten Pädagogen würde sich exzessiv verausgaben, ohne sich vernünftig erholen zu können. Für noch gefährdeter hält Birner die Kollegen, die vom Burn-out-Syndrom getroffen seien und aus Resignation ihr Engagement schon deutlich zurückgefahren hätten. „Die Arbeitsbelastung muss zurückgenommen werden“, forderte er deshalb eindringlich.

### Mit einer Strategie der kleinen Schritte die Arbeitsbedingungen verbessern

Dr. Müller plädierte angesichts dieses eindeutigen Befunds für eine Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen des Lehrerberufs, die eine Strategie der kleinen Schritte verfolgt. So werde das Thema Arbeitszeit zu thematisieren sein, auch wenn der Finanzminister widerspricht. Auch von einer entsprechenden Gestaltung der Arbeitsbedingungen verspricht sich der Abteilungsleiter Erfolge. Nach den Modellversuchen zur Lehrgesundheit werde ein breites Angebot kommen, das Belastungsfaktoren mildert. Er appellierte an den Verband, „eigene Ideen in diesen Prozess einzufädeln.“ Müller hat sich zum Ziel gesetzt, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Potenzial sieht er darin, den Lehrkräften mehr Verantwortlichkeitsbereiche zuzugestehen, in denen sie selbst gestalten können.

Wolfgang Lambl forderte, die Modellregionen für nachhaltige Schulgesundheit zum Standard zu machen. Es seinen flächendeckend Bedingungen zu schaffen, unter denen sich eine Schule so entwickeln kann, dass sich Schüler wie Lehrer psychisch und physisch wohl fühlen und deshalb zwar entspannt, aber sehr wohl leistungsorientiert lernen und arbeiten können. Er verwies auf europäische Tendenzen, die dem Gesundheitsschutz deutlich höhere Priorität einräumen, als das bei uns bisher wahrgenommen werde.

Die EU-Arbeitsplatzrichtlinie lege Standards zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer fest, diese gelte es zügig umzusetzen.

### Nicht jede Verbesserung kostet Geld

Hans Käfler verwies darauf, dass sich so manche Verbesserung umsetzen lasse, ohne dass es etwas kostete. Dies gelte beispielsweise für die Kultur des Umgangs miteinander. Dazu gehöre auch eine Pädagogik der Anerkennung. Auch sie gibt es umsonst, ist aber schwer zu verordnen und nur dann wirkungsvoll, wenn sie nicht als pure Wortkosmetik daherkommt. <

Am Gespräch haben teilgenommen:

Vertreter der Abteilung VII des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

*Mdgt. Dr. Peter Müller  
Ltd. MRin Ingeborg Kubosch  
MR Werner Lucha  
MR Günter Liebl  
MRin Rita Kagerer  
MRin Dr. Jutta Scherg  
MR Georg Hirner*

Vertreter des VLB

*Hans Käfler  
Dr. Angelika Rehm  
Alexander Liebel  
Michael Birner  
Wolfgang Lambl  
Johann Preißl  
Matthias Kohn*

Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion:

## Die Arbeitsbelastung macht aus idealistischen Pädagogen gefährdete Risikogruppen

HANS PREISL

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Bildung und Sport hatten es an diesem Abend nicht leicht: Die UEFA hat ein aus bayerischer Sicht wichtiges Spiel der Champions League angesetzt und der VLB zum parlamentarischen Abend geladen. Und so freute sich Hans Käfler, dass trotz hochkarätiger Konkurrenz fast alle Mitglieder des Bildungsausschusses und Vertreter des öD den Weg zum Verband fanden. Pünktlich piff er sein Spiel an, indem er die umfangreiche Agenda vorstellte. Die aktuellen Entwicklungen stellten die Debatte um die Hauptschule an die erste Stelle der Tagesordnung.

### Zusammenarbeit Berufsschule – Hauptschule

Nach wie vor kommt der größte Teil der Schüler an Berufsschulen über die Hauptschule. Durchschnittliche Hauptschüler haben in den meisten Berufen sogar gute Chancen erfolgreich einen Abschluss zu erwerben. Sorge bereiten vor allem die schwächeren Absolventen. Sie stehen vor spürbaren Berufseintrittsbarrieren. Folgerichtig sieht VLB-Vize Alexander Liebel die Nagelprobe für die Hauptschule in der Frage, ob sie von der Wirtschaft akzeptiert wird. Die Eltern würden ihre Kinder nämlich dorthin schicken, wo sie aussichtsreiche Chancen sähen. Er ist der Meinung, dass die Hauptschulen zur Zeit zuviel machen. Die zu breite Angebotspalette erlaube es nicht, grundlegende Inhalte durch Üben zu vertiefen. Alexander Liebel sieht auch die bedenkliche Tendenz, dass sich die Hauptschulen zu Berufsvorbereitungsjahren entwickelten. Seiner Meinung nach solle sich die Hauptzubringerschule primär um Grundkompe-

tenzen wie Rechnen, Schreiben und Lesen kümmern. Es sei nicht ihre Aufgabe Buchführungskenntnisse zu vermitteln. „Die Hauptschulen sollen weniger machen, das aber fundiert“, fasste Liebel zusammen.

### Hauptschule soll Basiskompetenzen vermitteln

MdL Ingrid Heckner sieht in der aktuellen Diskussion um die Neugestaltung allerdings sehr wohl Ansätze, dass verstärkt berufliche Inhalte in die Hauptschulen gebracht werden. Die Etablierung der drei Fachrichtungen befördere die Tendenz zur Berufsvorbereitung. Den Kooperationsgedanken zwischen Haupt- und Berufsschule hinterfragt sie insofern etwas kritisch, als nicht geklärt sei, wie „das organisatorisch geleistet werden kann.“

Ein besonderes Anliegen ist der Abgeordneten eine stärkere individuelle Förderung. Über das G8 sei hier ein erster Einstieg geschafft. Das müsse auf alle Schularten ausgedehnt werden. Wichtig sei, möglichst früh damit zu beginnen.

Ingrid Heckner verwies auf interessantes Zahlenmaterial. An einer Schule in ihrem Stimmkreis hätten sich 90 Schüler für einen FOS-Vorbereitungskurs angemeldet. „Der Drang vieler M-Zweig-Schüler an die FOS sagt einiges.“ Für die Akzeptanz dieses Schulabschlusses muss offensichtlich bei vielen Betrieben noch geworben werden.

Auch Bernhard Zeller, Referent für Wirtschaftsschulen im Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern, hält es für wichtig, dass Grundkenntnissen wie etwa im Fach Deutsch Priorität eingeräumt wird. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Schnittstelle Hauptschule – Wirtschaftsschule. Er würde

sich wünschen, dass zu den Info-Veranstaltungen der Hauptschulen Wirtschaftsschulvertreter häufiger eingeladen werden. Bisher sei das noch viel zu selten der Fall.

Hans Käfler sieht eine Grenzüberschreitung überall dort, wo Hauptschulen versuchen erste Schritte in die Berufsausbildung zu gehen statt berufliche propädeutische Angebote zu unterbreiten. Er verdeutlichte sein Anliegen am Fach Technisches Zeichnen. Von einem Auszubildenden, der beispielsweise eine Metallausbildung beginne, werde erwartet, dass er Zeichnungen lesen und verstehen könne. Dazu gehöre die Fähigkeit perspektivisch zu sehen und technische Zusammenhänge zu erkennen. Da sei es wenig hilfreich, wenn Hauptschulen mit CAD-Programmen lediglich wahllos geometrische Figuren gruppierten.

Käfler sieht die Rolle der Hauptschule primär darin, den Absolventen bei der Berufsfindung behilflich zu sein. Eine Kooperation mit den Berufsschulen könne den Schülern helfen herauszufinden, wo sie sich beruflich beheimatet sehen.

Die stv. Fraktionsvorsitzende Renate Dodell hält es für wichtig sich jetzt vernehmbar in die Debatte um die Konkretisierung des Hauptschulkonzepts einzuklinken, „damit es richtig läuft“.

### Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis

Das Problem der verhältnismäßig hohen Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis ist offensichtlich weder konjunkturell noch demografisch zu lösen. So steht das Thema seit Jahren auf der Agenda. Die Berufsschulen haben sich der Angelegenheit mit vielen innovativen Ideen und erheblichem Engagement angenommen. Deshalb beklagt Hans Käfler, dass sie gerade dann, wenn sich erste sichtbare Erfolge zeigten, die Schüler schon wieder abgeben müssten. „Neun Blockwochen sind einfach zu wenig,“ beklagt der VLB-Vorsitzende. Er möchte deshalb durchsetzen, dass sich Berufsschulen bewerben können als Träger von Maßnahmen, die von der Bundesagentur ge-

fördert werden. „Warum darf das die VHS, dort wo die Kompetenz bereitsteht, ist es aber nicht möglich?“, fragt er ernüchtert. Er will, dass das „Denken in Töpfen“ einer sinnvollen Berufsausbildung nicht länger im Weg steht. Das führt nämlich nur dazu, dass die jungen Menschen lediglich von Warteschleife zu Warteschleife geschleust werden, ohne dass berufliche Integration gelingt.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses Gerhard Waschler unterstützt den VLB in diesem Anliegen. Er plädiert dafür Maßnahmen bei denen zu verorten, „die von der schulischen Profession in der Lage dazu sind.“ Ein Erfolg solcher Maßnahmen würde sozialen Sprengstoff spürbar entschärfen.

Ingrid Heckner kritisierte den Missstand, dass den Absolventen der einjährigen Berufsfachschulen die Ausbildungszeit in der Regel nicht anerkannt würde. Mittlerweile hat sich Ingrid Heckner im Landtag mit deutlichem Votum einen Antrag absegnen lassen, der die Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes nutzt und eine vernünftige Anrechnungspraxis etabliert (s. Bericht Seite 20 f.). Hans Käfler verwies auf das zusätzliche Problem, dass für diese Berufsfachschulen die Förderung durch ESF-Mittel in diesem Schuljahr auslaufe.

Der bildungspolitische Referent des VLB, Manfred Greubel sieht die Verantwortung für den Kompetenzerwerb auch bei den Eltern. Seiner Meinung nach verfügen etwa 10 Prozent der jungen Menschen nur über geringste Fähigkeiten. Gerade diese Jugendlichen benötigten Perspektiven, die sie auch erkennen könnten. Deshalb wünscht er sich für die Geringqualifizierten gestufte Ausbildungsformen.

Mit Blick auf Europa stellte Hans Käfler Defizite fest, was die Vergabe von allgemein bildenden Berechtigungen im Rahmen der beruflichen Bildung betrifft. Dadurch sei die Durchlässigkeit ins Hochschulsystem begrenzt. Spannend werde die Frage, auf welcher Stufe das duale System im Europäischen Qualifikationsrahmen landen werde. Für den Bereich

Stv. Fraktionsvorsitzende Renate Dodell (links) rät zu einem vernehmbaren Einklinken in die Debatte um das Hauptschulkonzept. Neben ihr Hans Käfler.



MdL Gerhard Waschler (links) will die Berufsschulen dabei unterstützen als Bewerber für Maßnahmen der Bundesagentur aufzutreten zu können. Rechts Fraktionsmitarbeiter Hubert Killer.



MdL Ingrid Heckner (rechts) setzt einen Antrag durch, der die Berufsfachschulzeit auf die duale Ausbildung anrechnet. Links Manfred Greubel.





Alexander Liebel (rechts) will nicht, dass sich Hauptschulen zu Berufsvorbereitungsjahren entwickeln. Links MDL Resl Sem.



HPR Wolfgang Lambi (links) hält ein didaktisch begleitetes Praxisjahr für Fachlehrer für notwendig. Neben ihm MDL Eduard Nöth.



Reinhard Küffner (links) hebt die Rolle der Fachlehrer in den lernfeldorientierten Lehrplänen hervor. Rechts MDL Reinhard Pachner.

der beruflichen Weiterbildung zeichne sich eine Einordnung in Stufe 6 ab. Gerhard Waschler hält einheitliche europäische Maßstäbe für notwendig, weil nur sie eine Arbeitnehmermobilität gewährleisten.

**Zersplitterung von Berufen**

Ingrid Heckner kritisierte die Unsicherheit, die sich bei der Entwicklung neuer Berufsbilder entwickelt hat. Es finde eine zunehmende Zersplitterung statt. Diese ist für Renate Dodell kaum noch zu handeln. Sie forderte eine Rückbesinnung auf ein breites Basiswissen statt der frühen Spezialisierung. Zudem bräuchten junge Menschen ein Informationsmanagement, das sie in die Lage versetze, Lernprozesse in eigener Verantwortung zu gestalten. Dafür sei ein handlungsorientierter Ansatz zielführend.

**Modularisierung: „Dual nach Wahl“**

Manfred Greubel verwies auf Konzepte, die darauf abzielten, der Zersplitterung durch ein modularisiertes Ausbildungsangebot entgegenzuwirken. Erst auf breite Basismodule würden spezialisierte Module aufgesetzt. Dieses Modelle würden bei einigen Berufen (etwa dem Mediengestalter) bereits umgesetzt. Auch Angelika Rehm sieht, dass die Wirtschaft umzudenken beginnt. Zunehmend werde erkannt, dass die Aufsplitterung nicht der Weisheit letzter Schluss sei. „Die Ansätze für mehr gemeinsame Beschulung sind da und auch richtig“, bekräftigte die stv. VLB-Vorsitzende. Allerdings warnte sie davor, die Berufsschulen könnten auf die Basisausbildung reduziert werden und bei den Spezialmodulen außen vor bleiben. „Die Berufsschulen müssen daran festhalten, dass sie Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung sind“, forderte Dr. Rehm.

**Zukunft der Abschlussprüfung**

Die lernfeldorientierten Lehrpläne krepeln auch das Prüfungswesen um. Für Hans Käfler ist die Abschlussprüfung deutlich komplizierter und aufwändiger geworden. Mit Ankreuzen sei es nicht mehr getan. Viel-

mehr würden Problemsituationen entwickelt. Hier stellt sich die Frage der Arbeitsteilung im Prüfungswesen neu. Für Käfler ist die betriebliche Projektaufgabe eine klassische Domäne für die Ausbildungsbetriebe. Die Zuständigkeit für die theoretische Prüfung reklamiert er für die Berufsschulen. Ausschüsse auf Landesebene könnten Prüfungen erstellen, die von den Berufsschulen abgenommen werden. Dabei sieht er kein Problem, die Sozialpartner zu beteiligen. Dodell hat zu diesem Thema Anregungen im Nachbarland Österreich geholt. Sie hatte das Versprechen des letzten parlamentarischen Abends eingelöst und den VLB mit einer Parlamentariergruppe zu einem Informationsbesuch ins Nachbarland begleitet. Sie hält es für einen praktikablen Weg die Prüfungszuständigkeit bei den Kammern zu belassen, die Aufgaben aber anders zu verteilen. Sie rät in dieser Sache allerdings zur Geduld: „Der Brachialhammer würde mehr kaputt machen.“ Dass es gegen eine Umgestaltung der Prüfung keine rationalen Einwände gibt, sieht auch Ingrid Heckner. Auch von Seiten der IHK werden keine Gegenargumente vorgebracht. „Die Kammern blockieren aus der Tradition heraus“, versucht sie zu erklären, warum es von dort immer noch Widerstand gibt.

**Lehrerbildung: Weg mit der ersten Staatsprüfung**

Die Bachelor-/Masterstruktur verträgt sich nach Meinung des VLB nicht mit einer ersten Staatsprüfung. Alexander Liebel verwies auf das „Erfolgsmodell der polyvalent ausgebildeten Diplomhandelslehrer“. Auch Gerhard Waschler kann sich vorstellen, dass nach diesem Modell Master ohne eigene Staatsprüfung zum Referendariat zugelassen werden.

**Rolle der Fachlehrer**

Wolfgang Nöth erkundigte sich nach dem Erfolg der reformierten Fachlehrerausbildung in Ansbach. Reinhard Küffner, Fachlehrer-Referent im VLB, konnte bestätigen, dass das Bayerische Modell der Ausbildung erfolgreich ist. Dies belegten unter ande-

Hans Dietrich (rechts) sieht den Lehrernachwuchs gefährdet, wenn das BOS-BAföG zusammengestrichen wird. Links Bernhard Zeller.



MDL Ingrid Heckner (links) vernimmt aus dem Mund des besorgten Schulleiters Michael Birner, was die permanente Mehrbelastung angerichtet hat.



Angelika Rehm stellt klar: Berufsschulen wollen weiterhin Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung sein. Rechts MDL Bernd Sibler.



rem die Erfolge bei den Berufswettbewerben. Für Küffner sind die Fachlehrer im beruflichen Schulwesen unverzichtbar, weil gerade in den neuen Lehrplänen bestimmte Lernfelder ohne die Fachlehrer nicht aktiv zu gestalten wären. HPR Wolfgang Lambl wünscht sich, dass die Fachlehrer ein didaktisch begleitetes erstes Praxisjahr bekommen. Er kritisiert, dass sie jetzt gleich nach ihrer zweisemestrigen pädagogischen Ausbildung mit vollem Stundenmaß ins Unterrichtsgeschehen geworfen werden.

### BAföG-Streichung bringt Durchlässigkeit der Bildungsgänge in Gefahr

Die Wogen der Empörung über die BAföG-Streichung für BOS-Schüler haben sich noch nicht gelegt. Zwar konnte der „worst case“ abgewendet werden, aber auch eine einjährige Wartezeit stellt natürlich eine Härte dar. Für den FOS/BOS-Referenten Hans Dietrich ist es auch ein Problem der Glaubwürdigkeit, wenn mit einem unüberhörbaren Wortschwall ein höherer Abiturientenanteil angestrebt wird, aber keine Taten folgen. Die jungen Menschen, die sich auf der beruflichen Schiene auf dem Weg zum Abitur machen, würden erhebliche Opfer in Kauf nehmen. Sie geben ihren Beruf auf und müssen ein erhebliches Maß an Selbstdisziplin aufbringen. Nicht zu vernachlässigen sei auch das Argument, dass sich der Lehrernachwuchs für berufliche Schulen überwiegend aus diesem Bildungsweg rekrutiere. Alexander Liebel erinnerte an das Ministerversprechen, dass es keinen Abschluss ohne Anschluss geben dürfe. Das „Modell“ Abschluss – Lücke – Anschluss konterkarierte dieses Ziel. 44 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen würden von beruflichen Schulen vergeben. „Dieses Jahr ist es nicht wert, die Quote aufs Spiel zu setzen,“ mahnte Liebel.

Michael Birner beobachtet, dass viele Eltern sich mit der Ausbildung aus der Bildungsverantwortung verabschieden. Deshalb wollten viele Schüler es den Eltern nicht zumuten, ihnen plötzlich wieder auf der Tasche zu liegen. Die Jugendlichen hätten

sich weitgehend abgenabelt. Das gelte es zu respektieren.

### Arbeitsbelastung macht aus idealistischen Pädagogen gefährdete Risikogruppen

Mit deutlichen Worten führte Michael Birner den Abgeordneten vor Augen, was die Staatsregierung mit der mehrfachen Erhöhung der Arbeitsbelastung anrichtet hat. „Die Arbeitssituation der Lehrkräfte hat sich so verschlechtert, dass es nicht mehr hinzunehmen ist,“ so der Hilfeschei des um die Gesundheit seines Lehrerkollegiums besorgten Schulleiters. Der VLB-Stellvertreter wartete mit Zahlenmaterial auf, das schockierend wirken muss. Das Potsdamer Institut für Psychologie hat die Belastung der Lehrkräfte an seiner Amberger Berufsschule untersucht. Das Gesamtergebnis ist dramatisch. Nur ein Drittel seines Kollegiums kommt mit der Arbeitsbelastung zurecht. Zwei Drittel seiner Lehrkräfte befinden sich in gesundheitsgefährdenden Risikogruppen. Viele Lehrer hätten ihren Treibstoff dermaßen verbraucht, dass sie ihre ganze verbliebene Kraft nur dazu aufwenden müssten, irgendwie über die Runden zu kommen. Die permanente Mehrbelastung habe dazu geführt, dass aus idealistischen Pädagogen ausgebrannte und deprimierte Personen mit gesundheitsgefährdendem Risikomuster geworden sind. „Die Arbeitszeiterhöhung war ein Riesenfehler, das ist unerträglich,“ nahm Birner kein Blatt vor den Mund.

Wolfgang Lambl sieht ebenfalls deutliche resignative Tendenzen: „Es klagt niemand mehr.“ Nach Prof. Schaarschmidt ist dies das problematischste aller Risikomuster. Auch der Hauptpersonalrat sieht in der Arbeitsbelastung die Hauptursache. Er nennt als Beispiel die geänderte Lehrerdienstordnung. Während früher außerunterrichtliches Engagement wenigstens als besondere Leistung gewürdigt wurde, machte sie der neue § 9a der LDO schlicht zur selbstverständlichen Dienstpflicht.

Prof. Waschler ließ erkennen, dass die Botschaft angekommen war. „Wir

haben die Problematik erkannt, wir nehmen das mit.“ Er wollte allerdings auch nicht zu voreiligen Hoffnungen verleiten. „Zur Zeit sehe ich keinen Spielraum.“ Erwartungen für die Zukunft gab er dennoch Spielraum: „Es kommen Zeiten und Tage ...“

Hans Käfler schloss die konstruktive Zusammenkunft mit einem appellativen Impuls. Er riet dazu, die Föderalismusreform zu nutzen, um zerstörtes Vertrauen wiederherzustellen. Diesen Impuls schien Ausschussvorsitzender MdL Waschler in seinem Schlussresümee aufnehmen zu wollen: „In der Zielsetzung vereinigt uns die Problematik. Wir wollen zuverlässige Partner sein.“ <

Am Gespräch haben teilgenommen:

CSU-Landtagsfraktion

*Dodell, Renate  
Stv. Fraktionsvorsitzende  
Killer, Hubert  
Heckner, Ingrid  
Nöth, Eduard  
Pachner, Reinhard  
Rüth, Berthold  
Sibler, Bernd  
Stahl, Georg  
Sem, Resl  
Waschler, Prof. Dr. Gerhard*

Vertreter des VLB

*Hans Käfler  
Dr. Rehm, Angelika  
Birner, Michael  
Lambl, Wolfgang  
Liebel, Alexander  
Dietrich, Hans  
Greubel, Manfred  
Küffner, Reinhard  
Zeller, Bernhard  
Kohn, Matthias  
Preißl, Johann*

Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion:

## Die Berufsschule ist nicht die Ärztin der Hauptschule

HANS PREISL

„Wir fühlen uns geehrt, dass die SPD-Landtagsfraktion der Einladung unseres Verbandes in dieser Zahl und Qualität gefolgt ist.“ VLB-Vorsitzender Hans Käfler war sichtlich beeindruckt, dass eine so große und hochrangige SPD-Delegation zum parlamentarischen Abend gekommen war. Berufliche Bildung ist ein Politikbereich, der die Grenzen der klassischen Bildungspolitik sprengt. Wenn berufliche Integration gelingen soll, ist Finanz- und Wirtschaftspolitik genauso gefragt wie Sozialpolitik. Aus all diesen Politikfeldern hatte die SPD Experten geschickt, an ihrer Spitze der Fraktionsvorsitzende Franz Maget. Diesem liegt sehr daran bestehende gute Kontakte zu vertiefen. Mit Interesse verfolgt er offensichtlich die Themen, die den VLB bewegen. „Ich erinnere mich an einen sehr guten Verbandstag in Memmingen.“

### Hauptschule – Berufsschule: Austausch mit Augenmaß

Einen Themenschwerpunkt der umfangreichen Agenda bildete die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Berufsschule. Hans Käfler sieht die Hauptschule in der Krise, und zwar deshalb, weil die Absolventen wegen der Ausbildungsmarktsituation „die Füße nicht auf den Boden bekommen.“ Damit verwehrte er sich gegen den Vorwurf der mangelnden Ausbildungsreife. „Das ist ein politisch missbrauchter Begriff.“

Hans Käfler plädierte dafür, der Hauptschule ein eigenes Profil zu geben. Das sieht er darin, dass sie in ausreichendem Maße Kulturtechniken vermittele. Dazu gehöre das sinnerfassende Lesen ebenso wie das Niederschreiben von Texten. Am Herzen liegt Hans Käfler auch ein sinnvolles Verständnis von Berufsvorbereitung.

Sie solle in der Berufsberatung und in der Anbahnung von Ausbildungsverträgen bestehen. Dazu sei es zweckmäßig die Kooperation mit den Betrieben zu suchen.

Bei der Kooperation der beiden Schularten Berufsschule und Hauptschule setzt Hans Käfler auf einen Austausch mit Augenmaß. Er verwies auf das eindeutige quantitative Verhältnis der Lehrkräfte an Haupt- und Berufsschulen. Käfler empfahl auch das Modell der Betriebspraktika, wie es sich an Berufsschulen bewährt hat.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD Hans-Ulrich Pfaffmann hält jede Kooperation zwischen den beiden Schularten für sinnvoll. Allerdings sieht er die Rolle der Berufsschule nicht darin, eine verfehlte Hauptschulpolitik zu kompensieren. Er verwehrt sich auch gegen eine zunehmende Tendenz, die Berufsausbildung ausschließlich zur Sache von Hauptschulabsolventen macht. „Die Berufsschule ist für alle jungen Leute da“, korrigierte er.

Die SPD-Bildungspolitikerin Karin Pranghofer kritisierte, dass die durch die Modularisierung angestrebte Berufsspezifizierung keine Erleichterung für den Ausbildungseinstieg bringe. Der Zugang zur Arbeitswelt werde vor allem in den neuen Berufen immer schwieriger.

Die SPD-Wirtschaftsexpertin Hildegard Kronawitter sieht die Hauptschule vor einem schwierigen Spagat. Auf der einen Seite sollen die Interessen der Schüler Berücksichtigung finden, auf der anderen Seite werde öffentlich darüber geklagt, dass es Defizite in den Basiskompetenzen gebe.

Der VLB-Fachlehrer-Referent Reinhard Küffner betont die besondere Wichtigkeit dieser Basiskompetenzen. Er hegt die Befürchtung, dass die selektive Auswahl im Rahmen der Betriebspraktika den Schülern eine

unrealistische Einfachheit vorgaukle. „Im Alltag fallen sie deshalb schnell auf die Schnauze“, beobachtet er.

Hans Käfler stört weniger die Schwerpunktbildung an den Hauptschulen grundsätzlich. Er will jedoch nicht, dass Hauptschulen eine vorberufliche Ausbildung organisieren, kann sich aber „eine berufliche Propädeutik“ gut vorstellen. So sollten Hauptschulen nicht vertiefte Kenntnisse in Buchführung vermitteln, sondern in wirtschaftliche Zusammenhänge einführen.

Der Referent für die Berufliche Oberschule im VLB Hans Dietrich weist auf die besonderen Schwierigkeiten hin, vor denen Hauptschüler stehen, wenn sie FOS oder BOS besuchen wollen. Vierzig Prozent bestehen die Probezeit nicht. Auch er beobachtet Defizite bei den Arbeitstugenden und der Konzentrationsfähigkeit.

Für den VLB-Stellvertreter Michael Birner haben Kontakte beruflicher Schulen zu externen Partnern eine lange und bewährte Tradition. Er sieht aber ein erhebliches Kapazitätsproblem, wenn die Kooperation zwischen Haupt- und Berufsschule nicht mit Augenmaß betrieben wird. Als Leiter eines Berufsbildungszentrums pflege er jetzt schon Kontakte zu Kammern, Innungen und mehr als 800 Betrieben.

### Keiner darf verloren gehen

„Keiner darf verloren gehen“. Diese Devise hat die SPD zu ihrem bildungspolitischen Programm erhoben. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget beklagt aber, dass den Hauptschulen viel zu viele Schüler verloren gehen. Deshalb möchte er, dass jenseits der Debatte um Schulstrukturen auf die Hauptschule ein besonderes Augenmerk gelegt wird. Bis jetzt kann er aber kein rechtes Reformbemühen erkennen. Er drängt deshalb auf einen „Schub nach vorne“ bei den Ganztags Hauptschulen. Sie sind für ihn der Schlüssel, wenn es um die Vermittlung von Kompetenzen geht.

Angelika Weikert übte Kritik an dem Umstand, dass die Debatte um die Reform der Hauptschule am Parlament vorbeiläuft. Sie will, dass Kul-



Franz Maget (links) kann kein rechtes Reformbemühen um die Hauptschule erkennen. Rechts Hans Käfler.



MdL Hans-Ulrich Pfaffmann (links) plädiert für volle dreijährige Ausbildungsgänge als schulische Alternative zum schwächelnden dualen System. Rechts Reinhard Küffner.

tusminister Schneider vor dem Landtag klar bekennt, wie es mit der Hauptschule weitergehen soll. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sieht sie nämlich für die Hauptschüler keine Perspektiven. Bei perspektivlosen Schülern bestehe allerdings die Gefahr, dass sie sich aus dem Bildungsprozess gänzlich ausklinken. Sie sieht deshalb die Debatte um die Kooperation von Hauptschule und Berufsschule auch unter dem Gesichtspunkt, wie Schüler beim Lernen bei der Stange gehalten werden können.

Reinhold Strobl wollte wissen, was angesichts der Klagen der Betriebe über fehlende Kulturtechniken pas-

sieren müsse. Hans Käfler wendete ein, dass diese Klagen nur für einen Teil der Schüler zuträfen. Er regte an, mehr Raum zu schaffen für zusätzliche Übungsphasen.

**Dauerproblem: Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis**

Die verfestigte Arbeitslosigkeit schränkt vor allem die Zukunftsperspektiven von jungen Menschen ein, die zu gering qualifiziert sind. So ändert sich auch im Freistaat am hohen Sockel von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis kaum etwas. Auch die Demografie wird dieses Problem nicht lösen. Aus diesem Grund muss nach Meinung von Hans Käfler

an der Qualität dieser jungen Menschen gearbeitet werden. Es gelte deshalb, für diese Jugendlichen passende Bildungsangebote bereitzustellen. Allerdings sei es wenig zielführend, wenn diese jungen Leute in seichten Berufsvorbereitungsprogrammen verkümmerten. Statt sie in solchen Maßnahmen vor der Statistik zu verstecken, sollten sie an einen Beruf herangeführt werden. Deshalb sähe er gerne, dass das JoA-Angebot an Schulen ausgebaut werden kann. Das jetzige Blockmodell setze diese Jugendlichen, kurz nachdem sie Fuß gefasst hätten, schon wieder auf die Straße. Deshalb sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen wer-



Michael Birner (links) sieht die Kompetenz für alternative Ausbildungsangebote bei den beruflichen Schulen. Rechts MdL Hans-Ulrich Pfaffmann.



MdL Christa Steiger empfiehlt für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis den Werkstattunterricht nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens. Links MdL Kathrin Sonnenholzner.



Hans Dietrich (rechts) räumt ein, dass sich Hauptschüler an der FOS schwer tun. Fast die Hälfte scheitert an der Probezeit. Links Mdl Heidi Lück.

den, dass Berufsschulen einen Status erhalten, der es ihnen ermöglicht, Gelder der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch zu nehmen. Dann bekämen junge Menschen eine Chance auf Ausbildung, statt mit Wartesaalangeboten getröstet zu werden.

Dr. Angelika Rehm, die stv. Landesvorsitzende warnte davor, Jugendliche an einer entscheidenden Schnittstelle ihres Lebens in ein tiefes Loch fallen zu lassen. Die Gesellschaft dürfe ihnen nicht die Botschaft vermitteln: „Du wirst nicht gebraucht.“ Perspektivlosigkeit könne dazu führen, dass Ausbildungsreife verloren gehe. Deshalb gelte es möglichst frühzeitig Potenziale zu fördern.

Christa Steiger, sozialpolitische Expertin der SPD-Landtagsfraktion, beobachtet, dass viele junge Menschen wegen der Aussichtslosigkeit schon abgeschlossen hätten mit ihrem Leben. Die offiziellen JoA-Zahlen dokumentierten ohnehin nur einen Teil der Wahrheit. Eine ganze Reihe von Schülern ohne Ausbildungsverhältnis nämlich in regulären Fachklassen. Für diese Zielgruppe regte die Abgeordnete an einen Werkstattunterricht nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen einzuführen. Damit stelle sich natürlich unweigerlich die Frage nach mehr schulischer Ausbildung.

**Schulische Ausbildungsangebote stärker etablieren**

Michael Birner ist von der Notwendigkeit des Ausbaus alternativer Angebote überzeugt. Jenseits der Problematik, dass schulische Angebote in Konkurrenz treten zu bestehenden Maßnahmen, dürften die Augen nicht vor der Tatsache verschlossen werden, dass die Berufsschulen wegen der sachlichen Ressourcen und der fachlichen Kompetenz in der Lage seien, ein hochwertiges und flächendeckendes Angebot zu machen.

Karin Pranghofer stimmt der Verbandsforderung zu, dass die Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis „ein richtiges Programm, also ei-



MdL Karin Pranghofer (links) rechnet vor, dass dem Bereich der beruflichen Schulen 400 Stellenäquivalente weggestrichen worden sind. Rechts Angelika Rehm.



Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an Berufsschulen haben die Zumutbarkeitsgrenze überschritten. Links MdL Reinhold Strobl, neben ihm Michael Birner.



MdL Angelika Weikert (links) sieht die Gefahr, dass sich perspektivlose Hauptschüler aus dem Bildungsprozess ausklinken. Rechts MdL Kathrin Sonnenholzner.

ne volle Berufsausbildung“ brauchen. Dabei ist es für sie zweitrangig, ob entsprechende Angebote schulisch oder kooperativ realisiert werden.

Die stv. Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Dr. Kronawitter sieht den massiven Einfluss der Kammern. „Sie wirken als Bremsen.“ Missliebige Konkurrenz soll ferngehalten werden, ergänzt Hans Käfler. Recht deutlich wird Franz Maget in dieser Angelegenheit: „Wenn die Wirtschaft die Verantwortung nicht wahrnimmt, muss die Politik handeln.“ Hans-Ulrich Pfaffmann gefällt allerdings die starke Fokussierung auf einjährige Berufsfachschulen nicht. Er sähe lieber eine volle dreijährige Ausbildung als schulische Alternative.

#### Lehrerbildung: Erstes Staatsexamen ist strukturwidrig

Konsens herrscht in der Frage der Reform der Lehrerbildung. Wenn die Umstellung auf Bachelor-/Masterstudiengänge erfolgt, wäre es strukturwidrig, das erste Staatsexamen beibehalten zu wollen, erklärte Hans Käfler. Der Reiz des BA-/MA-Systems bestehe ja gerade darin, dass Bewerber mit einem fachwissenschaftlichen Studiengang für einen lehramtsbezogenen gewonnen werden können. Dies sei aber ausgeschlossen, wenn zusätzlich ein Staatsexamen verlangt werde. Auch Angelika Rehm macht sich für einen Verzicht auf das Staatsexamen stark. Um eine breitere Basis für die Gewinnung des Lehrernachwuchses zu schaffen, sei eine Polyvalenz wie bei den jetzigen Diplomhandelslehrern wünschenswert. Franz Maget befürchtet, der bevorstehende Fachkräftemangel könne dazu führen, dass Lehramtsinteressenten abgeworben werden. Hans-Ulrich Pfaffmann macht sich allerdings wenig Hoffnung das Ziel umzusetzen: „Gegen die Mehrheit ist nichts zu wollen.“

#### Bewerbermangel: Dem Lehrerberuf fehlt die Attraktivität

Die Sicherung des Nachwuchses für Lehrer an beruflichen Schulen ist nicht nur eine Planstellenfrage, son-

dern auch ein Problem des Bewerbermangels. Dass sich so wenig Studenten für den Lehrerberuf interessieren, ist auch eine Folge der geringen Attraktivität dieses Berufs. Um die Motivation für die Ergreifung des Lehrerberufs aufrecht zu erhalten, räumt der SPD-Fraktionschef Franz Maget einer vernünftigen Bezahlung der Referendare oberste Priorität ein. „Die Lösung des Problems Lehrerversorgung beginnt bei der Attraktivität, und zwar von Anfang an“, meinte der SPD-Fraktionschef. Hans Käfler schiebt noch ein Faktum nach, das einiges über die durch überbordende Belastung gesunkene Attraktivität des Lehrerberufs sagt. An vielen Schulen sucht man bei der Neubesetzung von Schulleiterstellen vergeblich nach Bewerbern, die einer Dreivorschlag füllen könnten.

#### BAföG-Regelung darf Begabungsreserven nicht verschütten

Marginale Verbesserungen beim Studenten-BAföG sollen unter anderem dadurch finanziert werden, dass deutlich weniger BOS-Schüler als bisher elternunabhängig gefördert werden. Das sieht zumindest die kleine BAföG-Novelle der Bundesregierung vor. Auch wenn die größten Einschnitte durch eine konzertierte Aktion verhindert werden konnten, erschwert es die aktuell diskutierte Regelung manchem potenziellen BOSler erheblich, sich für diese Schulart zu entscheiden. Schließlich muss er nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung noch ein Jahr Berufstätigkeit abwarten, um in den Genuss einer elternunabhängigen Förderung zu kommen. Der bildungspolitische Sprecher der SPD Pfaffmann führt es auf die Intervention von Renate Schmidt zurück, dass der ursprüngliche Entwurf aus dem Schavan-Ministerium deutlich entschärft werden konnte. Weitergehende Verbesserungen würden schon am Widerstand der anderen Bundesländer scheitern, befürchtet er. Die SPD werde deshalb eine bayerische Lösung beantragen. Als Aufwandsinvestition solle sie dieses eine Jahr überbrücken.

#### Die Arbeitszeitverlängerung ist ein Trauma

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an Berufsschulen haben ganz offensichtlich die Zumutbarkeitsgrenzen überschritten. VLB-Stellvertreter Michael Birner hat sein Kollegium vom Schaarschmidt-Institut untersuchen lassen. Das Ergebnis ist für ihn als Schulleiter dramatisch. Ein Drittel seines Kollegiums arbeite so hart am Limit, dass es der Fürsorge bedürfe. Ein weiteres Drittel zeige Burn out-Symptome, erschreckend ist für ihn die Tatsache, dass es sich bei diesem Drittel um die leistungsstärksten Kollegen handle. Für ihn hat die Belastungssituation einen Grenzwert überschritten: „Ich sehe, wie mir die Lehrkräfte wegbrechen.“ Karin Pranghofer erstaunt dieser Befund nicht. Sie rechnet vor, wieviele Stellenäquivalente in den letzten Jahren einfach weggestrichen worden seien. Sie kommt auf fast 400 Lehrer, die dem Bildungsmarkt entzogen seien. Mich wundert nicht, wenn das System heißläuft.“ Kathrin Sonnenholzner, Sozial- und Gesundheitsexpertin der SPD, empfiehlt den Dienstherrn mit diesen Fakten zu konfrontieren. Sie würden der öffentlichen Wahrnehmung des Lehrerberufs diametral entgegenlaufen. Um die Situation zu verbessern, bräuchte es allerdings Mehrheiten, die sie momentan nicht sieht.

#### Die Föderalismusreform wirft ihre Schatten voraus

Die vertrauenszerstörenden Maßnahmen der Staatsregierung nach der letzten Landtagswahl haben das Wort Reform zu einem Unwort verkommen lassen, das unweigerlich mit Verschlechterungen assoziiert wird. So wirft auch die anstehende Föderalismusreform angsteinflößende Schatten voraus. Erste Vorboten signalisieren nichts Gutes. Der neue TV-L stuft alle Einsteiger in den Lehrerberuf in der untersten Stufe ein. Er berücksichtigt weder Berufserfahrung noch familiäre Situation. Damit liege das Einstiegsgehalt bis zu 800 Euro unter dem früher geltenden BAT. Das bedeutet, dass vor allem Fachlehrer kaum noch für den Beruf interessiert wer-

den können. Hans-Ulrich Pfaffmann plädiert für eine anständige Lehrerbeseoldung, die der qualifizierten Ausbildung entspricht. Diese Besoldung gelte es im Tarifvertrag festzuhalten. Kritisch betrachtet er die beabsichtigte Leistungsbesoldung. Schulleiter verkämen zu Buhmännern der Schule, wenn sie Herren über Lohnbestandteile würden.

Die beiden „Delegationsleiter“ Hans-Ulrich Pfaffmann und Hans Käfler konstatierten Einigkeit in fast allen verhandelten Punkten und stellten dringenden Handlungsbedarf fest. „Sie haben uns an Ihrer Seite in fast allen Positionen, die Sie uns vorgelegt haben“, sicherte der SPD-Bildungsexperte zu. Und er fügte hinzu: „Unterstützen Sie uns beim Kampf für Ihre Schule!“

Am Gespräch haben teilgenommen:

SPD-Landtagsfraktion

Maget, Franz,  
Fraktionsvorsitzender  
Dr. Kronawitter, Hildegard  
Pfaffmann, Hans-Ulrich  
Pranghofer, Karin  
Lück, Heidi  
Radermacher, Karin  
Sonnenholzner, Kathrin  
Schieder, Werner  
Strobl, Reinhold  
Steiger, Christa  
Weikert, Angelika  
Voß, Annette

Vertreter des VLB

Hans Käfler  
Dr. Rehm, Angelika  
Birner, Michael  
Liebel, Alexander  
Dietrich, Hans  
Greubel, Manfred  
Küffner, Reinhard  
Kohn, Matthias  
Preißl, Johann

#### Reformentwürfe auf dem Prüfstand:

## Modelle zur Reform des dualen Ausbildungssystems

#### MANFRED GREUBEL

Das deutsche duale Ausbildungssystem galt bis Mitte der neunziger Jahre als ein System, um das wir von vielen Ländern beneidet wurden. Es war ein Garant für eine relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit, für die Sicherstellung des Nachwuchses hoch qualifizierter Fachkräfte und die Trennung der Bildungsgänge des allgemeinen und des beruflichen Bildungssystems im Sekundarbereich. Der zuletzt genannte Vorteil schafft damit die Grundlage für die Verwirklichung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Ab diesem Zeitpunkt traten teils erhebliche Probleme auf, die bis heute nicht gelöst wurden, sich sogar noch dramatisch verschlechterten. Bevor wir uns mit möglichen Modellen beschäftigen, sollte klar sein, wo Handlungsbedarf gegeben ist.

#### Welcher Handlungsbedarf ist gegeben?

Dass sich das duale System in einer ernsthaften Krise befindet und Veränderungen stattfinden müssen, darüber sind sich nahezu alle für die berufliche Bildung Verantwortlichen einig. Welche Herausforderungen und Krisen gilt es zu bewältigen?

Dies sind vor allem folgende Probleme:

#### • Hohe Jugendarbeitslosigkeit

Es besteht eine Disparität zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsstellen und das bereits seit 1996. So hatten im Dezember 2006 noch 30000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im EU-Vergleich ebenfalls enorm gestiegen. Betrug der Prozentsatz im Jahr 2000 noch 7,7 %, so liegt er im Februar 2007 bei 14,5 %. Der EU-Durchschnitt lag im genannten Zeitraum bei ca. 15 %. Diese Entwicklung

ist besonders darauf zurückzuführen, dass es zum einen in zunehmendem Maße nicht gelingt, Jugendlichen ein Ausbildungsverhältnis anzubieten und zum anderen an der hohen Rate (25 %) an Ausbildungsabbrüchen. Die Ursachen hierfür sind neben der demografischen Entwicklung die mangelnde Ausbildungsreife und -eignung, die strukturelle Veränderung bei den Ausbildungsbetrieben, die Kosten der Ausbildung und die Organisation des Berufsschulunterrichts.

#### • Atomisierung der Berufe

Die Ausdifferenzierung der Berufsbildung hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. So wurden 252 Berufe neu geordnet oder neu eingeführt. Problematisch dabei ist nicht die Reformfülle, sondern erstens die damit häufig verbundene Überfrachtung mit Inhalten und zweitens eine branchenspezifische und hoch spezialisierte Ausrichtung. Dies hat dazu geführt, dass im ersten Fall einige Betriebe dies nicht mehr leisten konnten und im zweiten Fall eine ausbildungsortnahe Beschulung häufig nicht mehr möglich war. Fachsprengel – auch länderübergreifend – mussten neu geschnitten oder eingerichtet werden, was oft mit einer Kostensteigerung verbunden war. Es stellt sich die Frage, ob dies gerechtfertigt ist, wenn Untersuchungen ergeben, dass ca. 45 % der Arbeitnehmer nach fünf Jahren nicht mehr im erlernten Beruf arbeiten. Zu bedenken ist auch, dass mit zunehmender Ausdifferenzierung die Arbeitsmarktfähigkeit abnimmt. Sollte deshalb nicht eine Bündelung von Berufen in Berufsfamilien erfolgen? Dies vor allem deshalb, wenn festzustellen ist, dass 50 % der Ausbildungsabschlüsse in nur 18 Berufe erfolgen und 8 % der Auszubildenden sich auf 248 Berufe verteilen. Weiterhin ist zu bedenken, dass eine Binnenstruktur nicht vorhanden ist und so

mit ein Wechsel zwischen den Berufen, eine Zusammenführung überlappender Inhalte verwandter Berufe und eine Anrechenbarkeit im Bereich der Weiterbildung und Hochschule nicht erfolgt.

- **Mangelnde Anrechenbarkeit von Vorleistungen**

Das novellierte Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass die an Vollzeitschulen erworbenen Kenntnisse auf die Ausbildungsdauer angerechnet werden können. Dies wurde bisher jedoch noch nicht hinreichend ausgeschöpft. Kammern und das Kultusministerium sind hier gefordert. Es müssen Schnittmengen gefunden werden, die eine problemlose Anrechnung ermöglichen. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Anrechnungsmöglichkeit von berufsvorbereitenden Maßnahmen. Bei diesen Schülerinnen und Schülern geht es dabei nicht nur um für sie verwertbare Bildungsinhalte, sondern auch um die Frage der Motivation. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss uns auch daran gelegen sein, die vorhanden Ressourcen nicht zu verschwenden.

- **Verzahnung der Bildungsbereiche**  
Die berufliche Bildung des sekundären und tertiären Bereichs ist bisher inhaltlich nicht verzahnt. Dies bedeutet, dass Ausbildungsinhalte auf analoge Studiengänge an Fachhochschulen oder Universitäten anrechnungsfähig werden müssen. Sollte dies nicht gelingen, dann könnten dem dualen System zunehmend die hochschulzugangsberechtigten Auszubildenden verloren gehen. Diese werden dann den Weg zur Hochschule suchen und können dann mit einem Bachelor-Abschluss als Trainees in den Unternehmen beginnen. Als Nebeneffekt ergibt sich dann ein Verdrängungswettbewerb für die aus dem dualen System kommenden Bewerber. Um dies zu verhindern, müssen Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen und Hochschulen nach Wegen suchen, um den Leistungsstärkeren attraktive Angebote zu unterbreiten. Dies könnten Zusatzqualifikationen oder integrierte Angebote mit Bachelor-Abschluss sein.

- **Europatauglichkeit ist herzustellen**  
Für die Schaffung eines von der Europäischen Kommission vorgegebenen europäischen Wirtschafts- und Bildungsraumes, der eine hohe Flexibilität und Transparenz ermöglichen soll, ist das duale System in seiner bisherigen Form nicht ausreichend vorbereitet. Die größte Problematik dürfte darin bestehen, dass die Abschlüsse der einzelnen Berufe hinsichtlich der Anforderungen und Kompetenzen nicht differenziert sind. Damit eine adäquate Einstufung in den EQR erfolgen kann, ist eine Abstufung der Berufe erforderlich. Sollte dies nicht gelingen, dann ist eine Einstufung auf einer der unteren Ebenen zu befürchten. Weiterhin ist zu klären, wie eine vertikale Durchlässigkeit von dualer Berufsbildung hin zur Hochschule erfolgt oder wie systematische Übergänge von der Aus- zur Weiterbildung im Sinne von ECVET erfolgen können.

Die hier aufgezeigten Ansatzpunkte für eine Reform des dualen Systems erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sie sollen lediglich wichtige Handlungsfelder aufzeigen. Es stellt sich nun die Frage, mit welchen Modellen die Zukunft der dualen Berufsausbildung erfolgreich bewältigt werden kann.

- **Modelle für eine Reform der dualen Berufsausbildung**

In den letzten Monaten wurden vom DIHK, dem DHKT, dem BDA, dem KdW sowie den Professoren Euler und Severing verschiedene Modelle zur Reform der dualen Berufsausbildung vorgelegt. Dies ist zum einen damit zu erklären, dass eine Veränderung der bestehenden Situation zwingend erforderlich ist, damit das duale Ausbildungssystem auch in Zukunft Erfolg hat. Zum anderen geht es um eine strukturelle Veränderung der Berufsausbildung. Es geht um die Frage, ob das Berufsprinzip zugunsten einer Modularisierung aufgegeben werden soll. Unter der Modularisierung werden hier nicht die bereits bestehenden Varianten verstanden. So kennen wir Fachrichtungen (z.B. Groß- und Außenhandel), Schwerpunkte (z.B. bei Maschinen- und Anlagenführer),

Wahlqualifikationen (z.B. bei Medizinstudien), und Kernqualifikationen (z.B. bei industriellen Elektroberufen). Wie wir sehen, sind Module in der Berufsausbildung fester Bestandteil. Die Modularisierung wird in diesen Fällen als Erweiterung bestehender Ausbildungsgänge verstanden. Modularisierung im Sinne eines Strukturwandels wird in dem unten dargestellten Modell von den Professoren Euler/Severing aufgezeigt.

Angestoßen wurde die Diskussion eines Systemwechsels u. a. durch den Brügge-Kopenhagen-Prozess. Es soll ähnlich wie im Hochschulbereich ein Kreditpunktesystem (ECVET) eingeführt werden. Damit die Vergabe von Kreditpunkten funktionieren kann, ist die Ausbildung in verrechenbare Module (units) zu zerlegen. Dies veranlasste das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) dazu, ein Gutachten von den Professoren Euler/Severing erstellen zu lassen, das Wege der Weiterentwicklung der deutschen Berufsausbildung aufzeigen soll. Aus den Ergebnissen dieses Gutachtens entstand dann der Wunsch auf Erlass einer Rechtsverordnung zur Erprobung von Modulen. Diesem Vorhaben schlossen sich mit Stellungnahmen und ergänzenden Vorschlägen der BDA und der Kultusminister von Baden Württemberg an. Überraschend wurde das Vorhaben in einer Sitzung des Innovationskreises Berufliche Bildung (eingerrichtet vom BMBF) im Januar 2007 zunächst aufgegeben. Da Vorschläge der Professoren Euler/Severing nachdenkenswertes Ansätze zur Lösung der aufgezeigten Herausforderungen aufweisen, sollen sie in ihren Grundzügen vorgestellt werden. Auf die ebenfalls in diese Richtung gehenden Vorschläge des BDA und abgeschwächt vom Kuratorium der Deutschen Wirtschaft, soll an dieser Stelle verzichtet werden.

- **Modelle von Euler/Severing für flexible Ausbildungswege in der Berufsbildung**

Mit dem vorgelegten Gutachten wollen Euler/Severing vor allem folgende Ziele erreichen:

- Vermeidung oder Reduzierung von „Warteschleifen“ im Übergang von Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung.
- Verbesserung der Wechselmöglichkeiten zwischen gleichwertigen Formen der Berufsausbildung
- Verbesserung der Durchlässigkeit von der Berufsausbildung in die Weiter- und Hochschulbildung.
- Höhere Kompatibilität der Berufsausbildung mit europäischen Standards in der Berufsbildung.

Für die Erreichung der Ziele werden zwei Modelle vorgeschlagen, welche die Ausbildungsberufsbilder in fünf bis acht Ausbildungsbausteine zerlegen. Bewusst wird nicht der Begriff Modul verwendet, da dieser wegen seiner Unbestimmtheit zu Irritationen führen würde. Diese Bausteine stellen abgegrenzte und bundesweit standardisierte Einheiten dar. Beide Modelle haben folgende Gemeinsamkeiten:

- Die Ausbildungsberufsbilder werden in Ausbildungsbausteine zerlegt. Dabei gilt für eine dreijährige Ausbildung: Im ersten Jahr gibt es ein 12-monatiges oder zwei sechsmonatige Grundbausteine. Das zweite Ausbildungsjahr besteht aus zwei sechsmonatigen Spezialbausteinen. Im dritten Ausbildungsjahr sind aus vier Wahlpflichtbausteinen zwei zu wählen.
- Nach der Grundqualifikation erfolgt die Zwischenprüfung, die als vollwertige Prüfung im Gesamtergebnis zu berücksichtigen ist. Dies entspricht der gestreckten Prüfung.
- Bei Ausbildungsabbruch können die über die Grundqualifikation hinaus absolvierten Ausbildungsbausteine zertifiziert werden.
- Die in den dualen Ausbildung vorgelagerten Ausbildungsgängen erfolgreich erworbenen Ausbildungsbausteine sollen auf die Berufsausbildung angerechnet werden.

Das Modell zwei unterscheidet sich von Modell eins dadurch, dass neben einer Gesamtprüfung am Ausbildungsende jeder einzelne Aus-

bildungsbaustein geprüft und zertifiziert werden kann. Die Zertifizierung kann von den Lernorten vorgenommen werden, in welchen die Ausbildungsleistung erfolgte. Somit gilt der Grundsatz: „Wer lehrt der prüft“. Die Prüfungshoheit der Kammern wäre damit durchbrochen. Die Zwischenprüfung erfolgt wie bei Modell eins.

Wie bereits erwähnt, werden diese Modelle zurzeit nicht favorisiert. Welches könnten die Gründe für die ablehnende Haltung der Gewerkschaften und der Kammern sein?

- Es besteht die Gefahr, dass
- die Ausbildungsberufe destabilisiert werden.
  - Verfahren und Strukturen der Ordnungsarbeit ausgehebelt werden.
  - vermehrt private Bildungsträger auftreten und somit eine Kostenverlagerung hin zu den Schulabgängern erfolgt.
  - die Qualität auf das Anlernniveau absinkt, was ein höheres Arbeitslosenrisiko bedeuten kann.
  - die Berufsschulen erhebliche organisatorische Schwierigkeiten zu bewältigen haben.
  - sich wegen eintretender Verzögerungen beim Übergang zwischen den Ausbildungsbausteinen längere Ausbildungszeiten ergeben.

Eine nähere Erläuterung und Bewertung der aufgezeigten Gefahren soll an dieser Stelle nicht erfolgen, da dies den Rahmen sprengen würde.

Angespornt durch die Modelle von Euler/Severing, hat der DIHK im Januar 2007 erstmals das Modell „Dual mit Wahl“ als Antwort auf die bestehenden Herausforderungen vorgestellt.

- **Das DIHK Modell „Dual mit Wahl“**

Das Modell hat vier wesentliche Ziele. Es soll

- dazu beitragen, dass die duale Berufsausbildung für leistungsstarke Jugendliche attraktiv ist;
- die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben mit der Befähigung für einen lebenslangen Lernprozess legen;

- die weitere Ausdifferenzierung der Berufe gestoppt werden;
- geklärt werden, welche Qualifikationen zur Basis und welche zum weiteren lebenslangen Lernprozess gehören.

Im Wesentlichen lässt sich das Auswahlmodell wie folgt beschreiben. Es gliedert sich in zwei Ausbildungsabschnitte. Im ersten Abschnitt werden in einem Zeitraum von einem oder zwei Jahren die grundlegenden Qualifikationen einer Branche oder Berufsgruppe vermittelt. Dies sind die Kernkompetenzen, die z.B. für alle Verkehrskaufleute gemeinsam unterrichtet werden können. Im zweiten Abschnitt werden bis zum Ende der Ausbildung diejenigen Kompetenzen vermittelt, die zur Ausübung eines einzelnen Berufes befähigen. Es handelt sich dabei um die profilgebenden oder berufstypischen Kompetenzen. In dieser zweiten Phase besteht die Möglichkeit für die Betriebe, dass sie aus einem Paket eine bestimmte Anzahl von Modulen wählen, die den betriebsspezifischen Anforderungen Rechnung tragen.

Die Ausbildung endet wie bisher mit einer bundesweit anerkannten öffentlich-rechtlichen Abschlussprüfung.

Zusätzlich besteht für leistungsstarke Jugendliche auf freiwilliger Basis die Möglichkeit, sich während der Ausbildung Zusatzqualifikationen anzueignen. Diese können branchen- oder betriebsspezifischer Art sein. Sie sollen in der beruflichen Weiterbildung verwertbar sein.

- **Wo liegen weitere Vorteile dieses Modells? Es werden genannt:**

- Die bundesweit anerkannte Qualifikation stärkt die Beschäftigungschancen der Jugendlichen.
- Die Jugendlichen werden in ihrer beruflichen Orientierung flexibler, da eine horizontale und vertikale Durchlässigkeit gegeben ist.
- Es besteht die Chance der Entschlackung von Ausbildungsinhalten.

- Neue Ausbildungsinhalte können schneller als bisher aktualisiert werden.
- Für Betriebe ergibt sich eine höhere Flexibilität.
- Das Modell könnte ohne Änderung des Berufsbildungsgesetzes sofort umgesetzt werden.

Obwohl einer Reihe von Vorzügen vorhanden sind, ergeben sich offene Fragen. So wäre zu klären:

- Welchen Stellenwert hat die Berufsschule in diesem Modell? Könnte es sein, dass nach der Vermittlung der Kernkompetenzen der Berufsschulbesuch endet?
- An welche Spannweite ist bei der Bildung einer Berufsgruppe gedacht? So würde es nicht sinnvoll sein, in eine Berufsgruppe Handel alle Handelsberufe aufzunehmen. Eine Spannweite von der Verkäuferin bis zur Buchhändlerin würde den Inhalten der jeweiligen Ausbildungsberufe nicht gerecht.
- Wie erfolgt eine pädagogisch sinnvolle Klassenbildung bei Ausbildungszeitverkürzung? In vielen Berufen beträgt der Anteil mehr als 50 %.
- Wie kann der Übergang von ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen in eine duale Ausbildung ohne Doppelqualifizierung erfolgen?
- Wie kann der immens ansteigende Prüfungsaufwand bewältigt werden? Bereits jetzt sind die Prüfungsausschussmitglieder einer hohen Belastung ausgesetzt.

#### Forderungen des VLB

Wie zu erkennen ist, haben beide Ansätze Schwachstellen, die es aufzuarbeiten gilt, bevor eines der vorgestellten Modelle eingeführt werden kann. Doch unabhängig, welches Modell sich in welcher Modifikation durchsetzt, es sind unbedingt folgende Eckpunkte zu beachten:

- Die Berufsschule als gleichwertiger dualer Partner muss über die gesamte Ausbildungszeit eingebunden sein.
- Die Fachlichkeit der Berufsschule darf nicht erst im dritten Jahr einsetzen. Zu denken ist an die zu-

rückliegende Problematik mit der Grund- und Fachstufe.

- Die Bildung von „Berufsfamilien“ muss pädagogisch sinnvoll sein.
- Die Entwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren darf durch das Konzept nicht beeinträchtigt werden.
- Die Modellkonzeption ist auf eine dreijährige Ausbildung abzustellen.
- Unabhängig von dem jeweiligen Modell muss sich der Unterricht ohne Qualitätsverlust organisieren lassen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass viele sich um eine zukunftsfähige berufliche Bildung Gedanken machen.

Nur ist es bisher nicht gelungen, den Königsweg zu finden. Dies kann wahrscheinlich auch nicht gelingen, da die politischen Interessen häufig zu weit auseinander liegen. Doch es sollte es im Interesse der Zukunft der Jugendlichen möglich sein, einen Konsens zu finden. Egal wie dieser auch aussehen mag, es muss unser gemeinsames Ziel sein, ein hoch qualifiziertes innovationsorientiertes, zukunftsfähiges und vor allem praxisnahes Berufsausbildungssystem auch in einem veränderten Europa auf einem sehr hohen Niveau anzubieten. Dadurch sichern wir den Wirtschaftsstandort Deutschland, wir machen ihn zukunftsfest und die Arbeitnehmer statten wir mit einem umfassenden Wissen aus. <

Antrag von MdL Ingrid Heckner hat erfolgreich den Landtag passiert:

## Einjährige Berufsfachschule wird auch weiterhin auf die Ausbildungszeit angerechnet

Der Bayerische Landtag hat Ende März einen von MdL Ingrid Heckner initiierten Antrag verabschiedet, durch den die Bayerische Staatsregierung aufgefordert wird, „in der neu zu erstellenden bayerischen Anrechnungsverordnung die bisher geltenden Regelungen hinsichtlich der Anrechnung beruflicher Vorbildung auf die Ausbildungszeit beizubehalten.“ Hintergrund des Antrags ist, dass die Anrechnungsverordnungen des Bundes, die eine verpflichtende Anrechnung der einjährigen Berufsfachschule (einschließlich der einjährigen Berufsfachschule in Wirtschaftskooperation) auf die anschließende Ausbildungszeit vorschreiben, am 1. August 2006 außer Kraft getreten sind. Bis zum

Inkrafttreten der neuen Verordnungen am 01. August 2009 liegt die entsprechende Zuständigkeit bei den Ländern.

Bereits seit Frühjahr 2006 ist eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Sozialministeriums mit Wirtschafts- und Kultusministerium damit beschäftigt, eine Verordnung für die Zeit bis 2009 zu erarbeiten. „Durch die Zustimmung zu dem von mir initiierten Antrag hat der Bayerische Landtag nun eine klare Entscheidung darüber getroffen, welche Zielrichtung diese Verordnung haben soll: Die bisherige Regelung, die eine verpflichtende Anrechnung vorsieht, wird beibehalten“, so MdL Heckner. Der maßgeblich vom Sozial- und vom Bil-

Verabschiedung von Hans Wilhelm Thomé:

## Ein Pionier aus der Gründerzeit der beruflichen Bildung geht in Ruhestand

HANS PREISL

In einem freundschaftlichen Rahmen hat der VLB einen wesentlichen Mitgestalter des beruflichen Schulwesens der vergangenen 30 Jahre verabschiedet. Die Liste der Gäste, die sich beim Abschied von Hans Wilhelm Thomé die Ehre gaben, liest sich beinahe wie das Who's Who der beruflichen Bil-

dungsarbeitskreis der CSU-Fraktion unterstützte Antrag wurde vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen. Somit kann die neue Verordnung nun fertig gestellt und damit Rechtssicherheit für das neue Ausbildungsjahr geschaffen werden.

Das sei, so Heckner, im Sinne aller Jugendlichen, die auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind. Die für 2009 vorgesehene Regelung im Berufsbildungsgesetz, die einen Antrag von Seiten des Auszubildenden und des Ausbildungsbetriebes vorsieht, wurde im Hinblick auf den bis dahin zu erwartenden Fachkräftemangel und der zu erwartenden Verbesserung der Situation auf dem Lehrstellenmarkt getroffen. Durch die vorübergehende Kompetenzübertragung auf die Länder bis 2009 wollte der Bund sicherstellen, dass die Länder in dieser Zeit Verordnungen erlassen können, die dazu beitragen, den Bestand an Altbewerbern auf dem Lehrstellenmarkt abzubauen. Dafür ist durch die Zustimmung zu Heckners Antrag nun der Weg frei gemacht. VLB

Diplomatisches Geschick paart sich mit Durchsetzungsfähigkeit und kooperativer Haltung

Der VLB-Vorsitzende verband seine Worte zur Verabschiedung aus der aktiven Zusammenarbeit mit der Hoffnung auf ein Wiedersehen bei passender Gelegenheit. Käflers erste Berührungspunkte mit Thomé reichen zurück in die Zeit, in der dieser seine Karriere im KM startete. Damals hat er ihn als Student geradezu als Verkörperung des KM erlebt. Eine weitere gemeinsame Station sei China gewesen. Dort habe Thomé sich wohl

dung. Hans Käfler konnte die ehemaligen und Ehrenvorsitzenden Rudolf Karrasch, Prof. Hermann Braun, Berthold Schulter und Hermann Sauerwein ebenso begrüßen wie Thomés Nachfolger Dr. Peter Müller.



Hans Wilhelm Thomé lauscht der Laudatio auf ein Lebenswerk. Links Frau Thomé.



Hans Wilhelm Thomé nimmt aus der Hand des VLB-Vorsitzenden Hans Käfler sportliche Geschenke entgegen.



Originalton eines Junggebliebenen: „Ein alter Fahrersmann aus der Gründerzeit der beruflichen Bildung geht in den Ruhestand.“

die hohe Kunst der Diplomatie angeeignet, die gute Vorbereitung für spätere leitende Aufgaben war. Angewendet hat er diese Kunst besonders im Unterausschuss für berufliche Bildung bei der KMK. Sein enormes Fach- und Handlungswissen habe ihn quer durch die Republik bekannt gemacht. Insider hätten ihm eine Nase für sich anbahnende Entwicklungen bescheinigt. Die Fähigkeit, den Zug der Zeit mit sicherem Gespür abzuschätzen, habe ihn häufig zum Vorreiter bei organisatorischen und pädagogischen Entwicklungen gemacht. In Zeiten, in denen die Politik nicht immer rationalen Überlegungen gefolgt sei, hätten sich weitere Stärken Thomés bewährt: Durchsetzungsvermögen, Standhaftigkeit, taktisches Verhalten und Beziehungspflege haben ihn zu einem Bildungsexperten mit außerordentlich hohem Einfluss gemacht. Hans Käfer hat Hans-Wilhelm Thomé auch als Vorstandsvorsitzender in seiner Arbeit erlebt und weiß dessen Art deshalb auch aus dieser Perspektive zu würdigen: „Ich schätze Ihren Stil, Ihre Kompetenz, Ihre Präzision, Ihre unermüdliche Einsatzbereitschaft, die warmherzige, von Vertrauen getragene, kooperative Haltung. Käfer dankte Thomé, dass er bis zu seinem letzten Arbeitstag an Möglichkeiten für Verbesserungen im beruflichen Schulwesen gearbeitet hat.

Der VLB-Vorsitzende wünschte dem „Emeritus“ im Namen aller Mitglieder, besonders der anwesenden Wegbegleiter alles Gute, viel Glück vor allem Gesundheit, um seine Pläne für einen zufriedenstellenden, beglückenden, wahrscheinlich recht aktiven Ruhestand umsetzen zu können.

#### Faire Kommunikationskultur in Konfliktsituationen

In seiner Antwort ließ Hans-Wilhelm Thomé besonders prägende Phasen Revue passieren. Er freue sich riesig, noch einmal gemeinsame Stunden zu verbringen mit den aktiven Streitern auf dem Acker der beruflichen Bildung. Er wolle nicht eine Ära der beruflichen Bildung würdigen oder beurteilen. Persönlich rückblickende Anmerkungen wolle er sich aber er-

Wegbegleiter Rudolf Karrasch mit Frau und Dietmar Leischner.



Alexander Liebel, Dr. Angelika Rehm und Armin Ulbrich (von links).



Hermann Sauerwein und Berthold Schuler.



lauben. Auch wenn es oft Sachzwänge gegeben habe, so hätten doch in den wichtigen Grundlinien übereinstimmende Auffassungen bestanden. Thomé lobte besonders die Art und Weise, wie auch in Konfliktsituationen miteinander umgegangen wurde: „Die faire Kommunikationskul-

tur hat sich bewährt.“ Dies gelte vor allem für Situationen, in denen offen, manchmal auch hart um Positionen gerungen werden musste. Besonders lobend hob er hervor, dass vereinbarte Vertraulichkeit ausnahmslos eingehalten worden sei. Er zitierte das als ausdrückliches Lob zu verstehende

Ministerwort: „Berufler sind einfach anders.“ Als besondere Phasen seiner Laufbahn im KM blieben ihm die ersten und die letzten zehn Jahre seines beruflichen Wirkens als besonders interessant in Erinnerung. So habe er mit dem Aufbau und der Etablierung von BAS, FOS und BOS die Geburtsstunden der Gleichwertigkeit des beruflichen Bildungswegs miterleben und gestalten dürfen. Besonders in Erinnerung geblieben ist ihm das Jahr 1972. Mit dem Gesetz über das berufliche Schulwesen habe die berufliche Bildung den Stellenwert erhalten, den sie heute innehat. Mit neuem Selbstbewusstsein hätten die Lehrer den damaligen Verbandstag in Augsburg verlassen.

Seine letzten 10 Jahre, zu denen auch die Jahre an der Spitze der Abteilung VII gehören, seien geprägt gewesen von schwierigen Entwicklungen wie der JoA-Problematik oder der hitzigen Debatte um Kompetenzzentren. Hier habe er sich oft geseht nach der Aufbruchsstimmung der 70er Jahre. Es hätte sicher nicht geschadet, „wenn man uns einfach hätte machen lassen“, blickte er etwas wehmütig zurück. Ziselirtes Abwägen und vorsichtiges Austarieren hätten in dieser Zeit Vorrang gehabt vor kräftigem Anpacken.

„Ein alter Fahrersmann aus der Gründerzeit der beruflichen Bildung geht in den Ruhestand,“ umschrieb Thomé die Zäsur, die sein Abgang ohne Zweifel bedeutet. Natürlich wird ihn sein Metier auch im Ruhestand nicht gänzlich loslassen: „Als Elder Statesman werde ich von der Bank aus mit seinen Mitstreitern Karrasch, Braun, Doleschal und Sauerwein künftige Berufsbildungskongresse gespannt verfolgen.“ Er wünschte den jetzt Aktiven viel Erfolg bei der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung. Und er strahlte eine glaubwürdige Zuversicht aus, als er Theodor Heuss zitierte: „Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist.“ Und „Wer verzagt, hat schon verloren“, gab er mit als Vermächtnis. <

#### Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

## Pensionsrechte beförderter Beamter gestärkt

Das Bundesverfassungsgericht hat die Pensionsrechte beförderter Beamter gestärkt. In einem am Freitag veröffentlichten Beschluss erklärten die Karlsruher Richter eine Regelung für verfassungswidrig, nach der ein Beamter, der nach einer Beförderung in den Ruhestand tritt, die höheren Bezüge mindestens drei Jahre erhalten haben muss, damit sie als Grundlage für seine Pension gelten können. Eine Verlängerung der Wartezeit auf mehr als zwei Jahre, wie sie das Versorgungsreformgesetz vorsieht, sei nicht zulässig.

Grundlage der Entscheidung war der Fall eines Richters, der im November 2001 zum Direktor eines Amtsgerichts mit der Besoldungsgruppe R 2 ernannt und im Januar 2004 pensioniert worden war. Das Landesbesoldungsamt hatte aber die Besoldungsgruppe R 1 zur Grundlage seiner Versorgungsbezüge gemacht und dabei auf das Beamtenversorgungsgesetz verwiesen. Dieses sieht vor, dass die letzten Dienstbezüge eines Beamten nur dann ruhestandsfähig sind, wenn sie drei Jahre gezahlt wurden.

Ursprünglich hatte die Wartezeit ein Jahr betragen, 1975 war die Mindestfrist auf zwei Jahre erweitert worden. Diese Erweiterung hatte das Bundesverfassungsgericht 1982 als noch verfassungsgemäß erachtet. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 wurde die Wartezeit schließlich wegen der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und deren ansteigender Belastung durch Versorgungskosten auf drei Jahre verlängert. Diese Regelung erklärte der Zweite Senat nun für nicht zulässig. Zwei Richter fügten eine abweichende Meinung an.

Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass sich die in einer Beförderung liegende Anerkennung nicht auf die Zeit beschränke, in der sich der Beamte im Dienst befinde, sondern sich auch auf sein Ruhegehalt

auswirken müsse. Eine Ausdehnung der Wartezeit auf drei Jahre «modifiziert den Grundsatz der amtsgemäßen Versorgung nicht mehr, sondern verändert ihn grundlegend», heißt es in der Urteilsbegründung.

Der im Gesetzgebungsverfahren und in der Stellungnahme der Bundesregierung angeführte Verweis auf die Haushaltslage, die Symmetrie von Dienst- und Versorgungszeiten sowie die Änderungen im System der gesetzlichen Rentenversicherung rechtfertigten keine Verlängerung der Wartezeit. «Könnte die finanzielle Situation der öffentlichen Hand für sich bereits eine Kürzung der Alimentierung rechtfertigen, so wäre diese dem uneingeschränkten Zugriff des Gesetzgebers eröffnet», betonten die Richter. Auch der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung rechtfertigt demnach keine Verlängerung der Wartezeit.

Nach Ansicht der beiden Richter, die eine abweichende Meinung veröffentlichten, ist dagegen eine Verlängerung der Wartezeit auf drei Jahre im Hinblick sowohl auf das Leistungs- als auch auf das Alimentationsprinzip mit dem Grundgesetz im Einklang. (Aktenzeichen: 2 BvL 11/04)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat sowohl in der grundsätzlichen Entscheidung, aber vor allem in den dargelegten Begründungen enorm wichtige grundsätzliche Aussagen zum Beamtenrecht bekräftigt. Dabei gilt es insbesondere auf folgende Auszüge aus dem Urteil hinzuweisen, die weit über den konkreten Rechtsstreit hinausreichen:

- Art. 33 Abs. 5 GG enthält neben einem Regelungsauftrag an den Gesetzgeber eine institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums ... Die Einrichtung des Berufsbeamtentums mit seinen wesensbestimmenden Merkmalen ist dem Gesetzgeber damit als verbindlicher Rahmen vorzugeben. Art. 33 Abs. 5 GG schützt

mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums den Kernbestand von Strukturprinzipien, die allgemein oder doch ganz überwiegend während eines längeren, traditionsbildenden Zeitraums, mindestens unter der Reichsverfassung von Weimar, als verbindlich anerkannt und gewahrt worden sind ...

- Die Vorschrift enthält das an den Gesetzgeber gerichtete Verbot, bei der Regelung des öffentlichen Dienstrechts von den hergebrachten und die Institution des Berufsbeamtentums prägenden Leitgedanken und Merkmalen abzuweichen. Solange eine strukturelle Veränderung an den für Erscheinungsbild und Funktion des Berufsbeamtentums wesentlichen Regelungen nicht vorgenommen wird, steht Art. 33 Abs. 5 GG einer Weiterentwicklung des Beamtenrechts nicht entgegen. Die für den Kerngehalt der beamtenrechtlichen Grundsätze geltende Beachtungspflicht versperrt jedoch den Weg zu tief greifenden strukturellen Veränderungen durch den einfachen Gesetzgeber.
- Die Unantastbarkeit der hergebrachten Grundsätze des Beamtenrechts ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, eine im politischen Kräftespiel stabile und gesetzestreue Verwaltung zu sichern.
- Die Besoldung des Beamten stellt kein Entgelt für bestimmte konkrete Dienstleistungen dar, sondern ist eine Gegenleistung des Dienstherrn dafür, dass sich der Beamte ihm mit seiner ganzen Persönlichkeit zur Verfügung stellt. Sie bildet die Voraussetzung dafür, dass sich der Beamte ganz dem öffentlichen Dienst als Lebensberuf widmen und die ihm im Staatsleben zufallende Funktion, eine stabile Verwaltung zu sichern und damit einen ausgleichenden Faktor gegenüber den das Staatsleben gestaltenden politischen Kräften zu bilden, erfüllen kann.
- Die vom Dienstherrn geschuldete Alimentierung ist keine dem Umfang nach beliebig variable Größe, die sich einfach nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der öf-

fentlichen Hand, nach politischen Dringlichkeitsbewertungen oder nach dem Umfang der Bemühungen um die Verwirklichung des allgemeinen Sozialstaatsprinzips bemessen lässt.

- Schließlich sind die Versorgungsbezüge die Gegenleistung des Dienstherrn dafür, dass der Beamte sich ihm mit seiner ganzen Persönlichkeit zur Verfügung stellt und gemäß den jeweiligen Anforderungen seine Dienstpflichten erfüllt; insoweit han-

HPR und VLB mit Initiative erfolgreich:

## Verbesserte Arbeitsbedingungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer

WOLFGANG LAMBL

Das Ministerium hat mit Schreiben vom 24.04.2007, Gz. VII.7 – 5P9004 – 7.42 395, auf die Anträge und Eingaben des Hauptpersonalrates und des Verbandes reagiert und festgelegt, dass die Unterrichtspflichtzeit von Fachlehrerinnen und Fachlehrern bei Unterricht über fachtheoretische Lerninhalte gestuft bis auf das Pflichtstundenmaß der Lehrkräfte des höheren Dienstes zu reduzieren ist. Wegen der Einführung der lernfeldstrukturierten Lehrpläne und der teilweise unzureichenden Lehrerversorgung kam es zunehmend zum Einsatz von Fachlehrerinnen und Fachlehrern für die Vermittlung auch fachtheoretischer Inhalte.

Das Ministerium hatte mit KMS vom 5.12.2003 in Ausnahmefällen die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für gewerbliche Fachlehrer nach folgender Maßgabe stattgegeben: bei 14 bis 21 Wochenstunden Einsatz zur Vermittlung fachtheoretischer Lerninhalte kann die Unterrichtspflichtzeit um 1 Stunde reduziert werden, bei 22 bis 27 Wochenstunden um 2 Stunden. Dies musste von den Schulleitungen vorher den Regierungen gemeldet und Abordnungen sollten vor-

delt es sich um ein erdientes Ruhegehalt, welches durch Art. 33 Abs. 5 GG ebenso gesichert ist wie das Eigentum durch Art. 14 GG.

Das sind Worte von einer Deutlichkeit, die wir lange vermisst haben. Die neu ins Grundgesetz eingefügte Klausel, das Beamtenrecht könne „fortentwickelt“ werden, ist dem Bundesverfassungsgericht übrigens kein einziges Wort wert. WL

Reduzierung geprüft werden. Diese unsachgemäße Stufung und die „Drohung“ mit Abordnung wurden vom HPR und VLB immer wieder heftig kritisiert und eine erweiterte Reduzierung eingefordert.

Nun hat das Ministerium mit dem obengenannten Schreiben vom 24.04.2007 eingelenkt und im Wesentlichen folgende Festlegungen getroffen: Fachlehrkräfte werden in erster Linie für die Vermittlung von fachpraktischen Lerninhalten ausgebildet und benötigt. Die Einführung von lernfeldstrukturierten Lehrplänen hat die grundsätzliche Unterrichtsaufteilung zwischen Fachlehrkräften und Lehrkräften des höheren Dienstes nicht verändert. Generell sollte auch innerhalb von Lernfeldern differenziert nach der jeweiligen Lehrbefähigung unterrichtet werden, um eine gezielte Verwendung der Lehrkräfte im Kollegium entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation zu erreichen.

Die Fachlehrkräfte sind – wie bisher – schwerpunktmäßig zur Vermittlung der fachpraktischen Lerninhalte einzusetzen. Auch bei den künftigen Personalplanungen der Schulen sind die fachpraktischen Einsatzschwerpunkte der Fachlehrkräfte bevorzugt zu beachten.

Müssen Fachlehrkräfte über den fachpraktischen Unterricht hinaus auch fachtheoretischen Unterricht erteilen, ist die Unterrichtspflichtzeit wie folgt zu reduzieren (zu Nr. 2.1.5 der KMBek vom 13.07.1987 zur Unterrichtspflichtzeit der Lehrer an beruflichen Schulen, KWMBI I S. 170, zuletzt geändert durch KMBek vom 08.12.2006, KWMBI I 2007 S. 7):

- bei einem Einsatz von 10 bis 14 Wochenstunden zur Vermittlung fachtheoretischer Lerninhalte verringert sich die Gesamtzahl der Wochenstunden auf 27,
- bei einem Einsatz von 15 bis 20 Wochenstunden zur Vermittlung von fachtheoretischen Lerninhalten auf 26 und
- bei einem Einsatz zur Vermittlung

fachtheoretischer Lerninhalte ab 21 Wochenstunden auf 25.

Die Regelung hat Gültigkeit für alle Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen. Das KMS vom 05.12.2003 Nr. VII.8-5P9004-7.71 120 wird hiermit aufgehoben.

Der Hauptpersonalrat und der geschäftsführende Vorstand begrüßen diese Verbesserungen als einen „Schritt in die richtige Richtung“. Ziel ist – wie von den Delegierten beschlossen – die Unterrichtspflichtzeit von Fachlehrerinnen und Fachlehrern auf das Pflichtstundenmaß der Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes zu reduzieren. „Es gibt noch viel zu tun, bleiben wir dran!“ <

Reform des Dienstrechts in Bayern:

## Anreizinstrumente nicht durch Rotstiftelemente entwerfen

Weil nach der Föderalismusreform die Kompetenz für Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsfragen auf die Länder übertragen worden ist, will sich Bayern demnächst ein neues Beamtenrecht geben. Als wesentliches Element der Personalförderung und Mitarbeitermotivation gelten dabei Beförderungen. Zu diesem Anreizinstrument bekennt sich Finanzminister Kurt Faltthäuser auch für die Zukunft: „Jeder Beamte sollte meines Erachtens grundsätzlich die Möglichkeit haben, in seinem Berufsleben zumindest einmal befördert zu

werden.“ In diesem Zusammenhang werden immer wieder Beförderungsämter im Volks- und Realschulbereich angesprochen.

Die unter dem Dach des Bayerischen Beamtenbundes zusammengeschlossenen Lehrerverbände haben diesen Aspekt der Dienstrechtsreform mit dem Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus Ministerialdirektor Josef Erhard erörtert. Konsens wurde darüber erzielt, dass die Einführung eines Beförderungsamtes keinesfalls durch Streichungen an anderer Stelle kompensiert werden darf. Damit erteilten Amtschef und Verbandsvorsitzende Erwägungen eine klare Absage, die zur Refinanzierung eine Absenkung der Eingangsbesoldung ins Auge fassen. Der Finanzminister wird deshalb



Von links: VLB-Vorsitzender Hans Käfler, KEG-Vorsitzender Bernhard Buckenleib, brlv-Vorsitzender Anton Huber, bpv-Vorsitzender Max Schmidt, Amtschef des Kultusministeriums Josef Erhard, BBB-Vorsitzender Rolf Habermann und BLLV-Präsident Albin Dannhäuser.

beim Wort zu nehmen sein, wenn es gilt seine Zusicherung auf dem Symposium zur Dienstrechtsreform einzuhalten. „Wir wollen keine Sparreform.“ <

Referat Dienstrecht wird wieder von Wolfgang Lambl betreut:

## Der Hauptvorstand dankt Marion Merkle für ihre Arbeit



Von links nach rechts: Hans Käfler, Marion Merkle und Wolfgang Lambl bei der „Amtsrückgabe“.

Aus (erfreulichen) persönlichen und beruflichen Gründen hat die Dienstrechtsreferentin Marion Merkle zum Jahreswechsel den Vorstand gebeten, sie aus der Funktion Dienstrecht im Hauptvorstand und den damit verbundenen umfangreichen Aufgaben zu entbinden.

Marion Merkle hat die intensive Betreuung und Beratung der dienstrechtlichen Frage- und Problemstellungen der VLB-Mitglieder von November 2004 bis Dezember 2006 mit viel Engagement und Einsatz wahrgenommen.

Der Hauptvorstand des VLB hat Marion Merkle in seiner letzten Sitzung in Nürnberg für ihre Arbeit gedankt und den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl wieder mit der Wahrnehmung der vielfältigen und wichtigen Dienstrechtsaufgaben betraut, welche er bereits bis 2004 wahrnahm. <

Arbeitstagung für Lehrkräfte an FOS und BOS:

## Berufliche Oberschule – die neue Chance?

HANS PREISL

Die Berufliche Oberschule mausert sich zum Erfolgsmodell. Der Schultyp, den Staatsminister Schneider durch die Zusammenfassung von Fach- und Be-

derartig rasantes Wachstum im schulischen Alltag: Übervolle Klassen, mangelnde Brückenangebote, fehlende Lehrer und unterversorgte Verwaltungen sind seit Jahren das immer gleiche Problem an unseren Fach- und

dings auch die Tatsache leisten, dass in der Schulstadt Freising der Rohstoff Geist besonders gepflegt wird. An vielen weiterführenden Schulen erhalten junge Menschen interessante Bildungsangebote. Neben einer Wirtschaftsschule, mehreren Realschulen und Gymnasien bietet die FOS/BOS einen besonders attraktiven Weg zur Hochschulreife. An der FOS können die Schülerinnen und Schüler zwischen den Fachrichtungen Technik, Wirtschaft und Sozialwesen wählen.



Die Berufliche Oberschule wächst rasant. Hans Käfler zollt den Lehrkräften Lob für die Bewältigung dieser Mammutaufgabe.



Volles Haus in der Aula der Freinger BOS/FOS.

rufsober Schulen gebildet hat, erfährt einen regelrechten Schüleransturm. Mit seinem beeindruckenden Wachstum auf jetzt fast 50000 Schüler etabliert sich die Berufliche Oberschule als attraktive Alternative zum Gymnasium. Fast 44 Prozent aller Hochschulreifen werden mittlerweile an beruflichen Schulen erworben und die Hochschulen sprechen von besonders guten Erfolgsquoten dieser Absolventen. Keine Wunder, dass diese Schulart in den Focus der Politik rückt: So soll der Schulversuch FOS 13, der Fachoberschüler nach dem Fachabitur zum Abitur führt, bereits im Schuljahr 2008/09 zum Regelangebot werden. Das wird die Attraktivität der Beruflichen Oberschule noch einmal steigern.

So positiv das Bildungsverhalten der jungen Menschen auch zu sehen ist, so problematisch zeigt sich ein

Berufsober Schulen. Um Lösungswege für diese Problemfelder zu diskutieren, lud der VLB zu einer Fachtagung für Lehrkräfte an Fach- und Berufsober Schulen. Weitere Schwerpunkte der Tagung bildeten Impulsreferate von Dr. Hermann Fußstetter (Stiftung Bildungspakt) zum Thema externe Evaluation und MR Günter Liebl zur Beruflichen Oberschule.

Die Aula der Fachoberschule Freising war gut gefüllt, als Hausherr und Schulleiter Kurt Laubmeier die Teilnehmer der VLB-Arbeitstagung herzlich willkommen hieß. Er stellte Freising als eine Region vor, die mit etwa drei Prozent die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland aufweist. Zu dieser fantastischen Quote tragen natürlich die Nähe zu München und der Flughafen bei. Einen nicht zu vernachlässigenden Anteil dürfte aller-

Besonders gute Absolventen der FOS 12 haben die Chance, im Rahmen eines Schulversuchs eine 13. Klasse zum Erwerb der Hochschulreife zu besuchen. Diese 13. Klasse der FOS wird in Freising ab dem Schuljahr 2007/2008 in der Fachrichtung Wirtschaft angeboten. Die Berufsober Schule führt Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss und Berufsausbildung in schon zwei Schuljahren zum Abitur. Besonders stolz ist Laubmeier auf das außerunterrichtliche Engagement an seiner Schule. Schultheater und Schülerband prägen das Schulleben ebenso mit wie eine mehrfach preisgekrönte Schülerzeitung oder ein Tutorensystem.

Der Landesvorsitzende des VLB Hans Käfler bedankte sich bei Kurt Laubmeier für die Bereitschaft Ab-

wicklung und Organisation der Veranstaltung zu übernehmen. Er warf einen Blick zurück auf die letzte Fachtagung für die Fach- und Berufsober Schulen in Amberg, die ja in erster Linie der Information über die Planungen des Staatsministeriums zur neuen beruflichen Oberschule diente. Hans Käfler freute sich darüber, dass einige der damaligen Ankündigungen heute kurz vor der Verwirklichung stehen. Dazu gehörten insbesondere die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Schüler mit Defiziten oder die Ausweitung der FOS 13 in Richtung eines flächendeckenden Angebotes.

### Berufs- und Fachober Schulen: Paradeferde im Stall der bayerischen Schulen

Aus der Sicht des Verbandsvorsitzenden sind die Fach- und Berufsober Schulen die Paradeferde im Stall der beruflichen Schulen, weil sie den größten Teil der Hochschulzugangsberechtigungen liefern, die nicht über das Gymnasium verliehen werden. Das sind in Bayern inzwischen fast 44 %. Die Fach- und Berufsober Schulen sind für Hans Käfler die mit Abstand dynamischsten Schularten. Die Anzahl der Absolventen ist in den letzten 10 Jahren um rund 55 % angestiegen. Beim Gymnasium liegt der Anstieg im gleichen Zeitraum lediglich bei 18 %. Natürlich liegt die Hauptaufgabe der Fach- und Berufsober Schulen darin, die jungen Menschen zur Hochschulreife zu führen. Für Hans Käfler erfüllen sie aber noch eine weitere wichtige Funktion: „Insbesondere die Fachober Schulen haben in den letzten Jahren erheblich dazu beigetragen, Druck aus der fatalen Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu nehmen“. Diese kompensatorische Funktion hat die Heterogenität einer ohnehin sehr unterschiedlich zusammengesetzten Schülerschaft an den Fachober Schulen noch einmal verschärft. Käfler zollte den Lehrkräften Lob dafür, wie sie diese Erschwernisse gemeistert haben.

Die Fach- und die Berufsober Schulen leisten einen erheblichen Beitrag zur Einlösung der bildungspolitischen Forderung nach Chancengerechtigkeit, indem sie Begabungsserven heben. Damit stellen sie einer

Ein Schülerensemble umrahmt die Fachtagung musikalisch.



Dr. Hermann Fußstetter, ein ausgewiesener und engagierter Experte in Sachen Schulqualität.



Günter Liebl will die Berufliche Oberschule flächendeckend anbieten.

zukünftigen Wissensgesellschaft ausrechen akademisch gebildetes Personal zur Verfügung. Käfler räumt ein, dass es bei der quantitativen Dynamik der Fach- und Berufsober Schulen zu Problemen mit einer quantitativen und qualitativ ausreichenden Lehrerversorgung geben muss. Er kritisiert aber, dass der Dienstherr die chronische Unterversorgung bisher nicht unbedingt mit dem notwendigen Willen für eine ausreichende Ausstattung mit Lehrkräften angegangen ist. Die zusätzlichen Planstellen im neuen Haushalt sind zwar für die Fachober Schulen gedacht. Sie dienen jedoch lediglich dazu, den voraussichtlichen zusätzlichen Bedarf für die Ausweitung der FOS 13 abzudecken.

In der BAföG Problematik bedankte sich Hans Käfler ausdrücklich

bei Günter Liebl, weil er den Verband unmittelbar vor Weihnachten wegen der bevorstehenden Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes alarmiert hat. So konnte der VLB noch vor Weihnachten an die Öffentlichkeit gehen und unmittelbar nach Weihnachten Lehrer, Schüler und Eltern über die Befragung mobilisieren. Günter Liebl hat auch mit der Entlarvung eines „Rechenfehlers“ verhindert, dass die geplanten Verschlechterungen bei unseren Berufsober Schülern die vorgesehenen Verbesserungen für einige Beziehergruppen von BAföG weit überkompensiert hätten.

Hans Käfler dankte den Veranstaltungsteilnehmern dafür, dass sie an diesem sommerlichen Tag, ihren Beitrag dazu leisteten, das bayerische Schulwesen weiter zu bringen.



Von links: die Vizepräsidentin der FH Landshut Prof. Dr. Monika Messerer, Schulumtsdirektor Josef Hauner und Moderator Michael Birner.



Von links: Jutta Kloth von der Landeselternvereinigung und der Ministerialbeauftragte für FOS/BOS in Südbayern Konrad Maurer.

Sie seien ein Beispiel dafür, wie wenig die Klischees, mit denen der Lehrerberuf behaftet ist, mit der Realität zu tun haben. Als ersten Referenten kündigte Käfler Dr. Fußstetter an, den er als intimen Kenner des bayerischen Schulwesens, engagierten Verfechter für dessen Verbesserung und als ausgesprochenen Experten für das Thema Qualität an Schulen vorstellte.

### Schulen sind der strategisch wichtigste Wirtschaftszweig

In der Sprache des Praktikers aus der Wirtschaft formulierte Dr. Fußstetter den Stellenwert von Bildung und zwar in einer Deutlichkeit, die den einen oder anderen Praktiker aus der Pädagogik doch angenehm überrascht haben mag. Für ihn ist der „Rohstoff Geist“ der wichtigste Rohstoff, über den Deutschland verfügt. Deshalb hält er die Schulen für den strategisch wichtigsten Wirtschaftszweig. Weil für Fußstetter der Rohstoff Geist wichtiger ist als Gold oder Erdöl, rückt er den Stellenwert eines Ministeriums zurecht, das üblicherweise häufig im Schatten wichtig empfundener Schlüsselressorts verschwindet. „Der Kultusminister ist das, was der Ölminister in Saudi-Arabien ist.“ Deshalb ist es ihm ein Anliegen, dass Schulen bestmöglich und nachhaltig mit dem Rohstoff umgehen. Aus diesem Grund engagiert er sich ehrenamtlich in der Schulentwicklung und ist Mitglied des Vorstands der Stiftung Bildungspakt.

In analytischen Teil seines Impulsreferats legte Dr. Fußstetter die

Schwächen des bayerischen Schulwesens offen:

- Schulen sind aktivitäts- nicht ergebnisorientiert
- Das System stellt zu wenig Ressourcen bereit
- Die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist unterentwickelt
- die Selbstkritikfähigkeit ist wenig ausgeprägt

Fußstetter riet mit diesen Schwachstellen gelassen umzugehen.

### Ziele ehrgeizig, aber realistisch formulieren

Er benannte einige Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an Schulen klappen. Grundprämisse für ein Gelingen der Schulentwicklung ist eine klare Definition des Auftrags der Schule und ihrer Schlüsselprozesse. Ziele müssten zwar ehrgeizig, aber realistisch definiert werden. Daneben muss Qualitätsentwicklung

- gewollt werden (manchmal macht das auch der Leidensdruck)
- alle Aspekte der Schule berühren
- geführt, ge„managt“ und kommuniziert werden,
- überprüfbar gemacht und überprüft werden

Qualitätsentwicklung ist auch ein Anlass stolz auf die eigene Leistung und die erzielten Erfolge zu sein und damit auch Gründe für die Imagepflege der Schule und des Lehrerberufs zu

liefern. Diese sollten auch immer als Anlässe zum Feiern verstanden werden. „Feiern Sie ihre Erfolge, das ist wichtig für den aufrechten Gang ihres Kollegiums!“, ermunterte Fußstetter und empfahl, sich dabei nicht in der Schulturnhalle zu verstecken, sondern Festlichkeiten öffentlich in den Rathaussälen auszurichten.

„Ich kann nur verbessern, was ich verändern kann!“, sagte Fußstetter mit Blick auf die Tatsache, dass Schulen administrativ wie juristisch recht eng geführt sind. Deshalb ermutigte er dazu, sich die nötigen Befugnisse zu nehmen. „Fragen Sie nicht immer!“, empfahl er den Zuhörern. Oft sei auch eine Mentalität anzutreffen, die sich mit einer Schulentwicklung „light“ begnügen wolle. Davon riet Fußstetter klar ab: „Das Problem ist, dass man nicht einzelne Aspekte herausuchen kann, diese umsetzt und die anderen nicht. Die Maßnahmen bedingen einander. Sie funktionieren nur im Verbund.“ Eine Absage erteilte Fußstetter auch dem Ranking-Gedanken. Für einen Übergewichtigen sei nicht bedeutsam, auf welchem Tabellenplatz er sich in der Liga der Schergewichtigen befinde, sondern wie weit er vom Idealgewicht entfernt sei. Rating statt Ranking empfiehlt er deshalb als Benchmark-Instrument.

### Bayern braucht mehr Abiturienten

Günter Liebl, in der Abteilung VII zuständig für Fach- und Berufsber-



Dr. Hermann Fußstetter (Vorstand des Bildungspaktes Bayern) und Peter Peltzer, Ministerialbeauftragter für die Realschulen (rechts).



Vertreter der Bildungspartner – Wirtschaft, Eltern, Zubringerschulen, Hochschulen – und der Beruflichen Oberschule artikulieren die gegenseitigen Erwartungen.

schulen, informierte die Teilnehmer über den Stand der vor einem Jahr eingeführten beruflichen Oberschule. Alle internationalen Bildungsvergleiche bestätigen dem Freistaat Bayern, dass er eindeutig zu wenig Abiturienten ausbildet. Innerhalb der Bundesrepublik liegt Bayern vor Mecklenburg-Vorpommern auf dem vorletzten Platz. Das ist deshalb bedenklich, weil der Bedarf an Akademikern in Zukunft deutlich zunehmen wird. Besonders in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern droht eine Nachfrage zu entstehen, die nicht gedeckt werden kann. Gut ausgebildete Akademiker haben gegenüber anderen Arbeitnehmern zwei deutliche Vorteile:

- Sie haben im Schnitt einen Einkommensvorsprung von über 50 % und
- gehen ein deutlich geringeres Risiko des Jobverlustes ein

PISA hat gezeigt, dass viele Realschüler das Potenzial für das Abitur haben. Innerhalb Bayerns gebe es eine deutliche Streuung, was die Übertrittsquoten betrifft. So gehen nur 21 % der Schüler im Landkreis Rottal-Inn aufs Gymnasium, während in Erlangen über 50 % wechseln. Neben der Erhöhung des Abiturientenanteils gelte es auch, die vertikalen Durchstiegsmöglichkeiten im bayerischen Bildungssystem zu verbessern, sagte der Ministeriumsvertreter.

Die berufliche Oberschule, die Staatsminister Siegfried Schneider voriges Jahr eingeführt habe, baue auf Bewährtem auf. Das „Label“ transportiere ein homogenes Bild nach außen. Es erzeuge ein hohes Maß an Transparenz, so dass es bei den Bürgern besser wahrgenommen werden kann. Dadurch sei es in der Lage den Eltern einen Teil des Entscheidungsdrucks abzunehmen.

Günther Liedl nannte drei Ziele, die in Bezug auf die beruflichen Oberschule realisiert werden sollen:

- Hohe Qualität
- Flächendeckendes Angebot
- Optimierung der Übergänge

### Keine Berechtigung ohne Befähigung

Maßstab für die Qualität der beruflichen Oberschule werde sein, dass deren Absolventen uneingeschränkt studierfähig sind. Die Hochschulen werden in Zukunft verstärkt Auswahlverfahren durchführen, so dass ein Zeugnis keine Garantie mehr für eine Zugangsberechtigung darstellt. Das Ministerium wolle das Niveau beibehalten, deshalb werde es kein Billigabitur geben. Es mache nämlich keinen Sinn, Berechtigungen ohne Befähigung zu vergeben, bestärkte Liebl diese Strategie. Erfolgszahlen konnte er in Bezug auf die FOS 13 melden. Alle Absolventen haben entweder die allgemeine oder die fachgebundene Hochschulreife erreicht.

Handlungsbedarf sieht Liebl noch in der fachpraktischen Ausbildung. Sie gelte es mehr mit den theoretischen Inhalten zu verzahnen. Keinesfalls sei an eine Reduzierung gedacht.

### Flächendeckendes Angebot

Die Akzeptanz der beruflichen Oberschule wird ganz wesentlich davon abhängen, ob ein entsprechendes Angebot vor Ort verfügbar ist. Es habe, so Liebl deshalb schon eine Reihe von Neugründungen gegeben. Im laufenden Schuljahr sind 26 zusätzliche Klassen eingerichtet worden. Im kommenden Schuljahr würden weitere folgen. Nun gelte es dieses Angebot verstärkt zu kommunizieren.

### Übergänge von abgebenden Schulen optimieren

Die schwierige Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt bringt es mit sich, das auch schwächere Schüler an die FOS wechseln. So kommt schon ein Viertel der Bewerber aus der Haupt- und Wirtschaftsschule. Von diesen Schülern kann aber ein zu hoher Anteil die Hürde Probezeit nicht meistern. Deshalb empfahl Liebl die

beiden Brückenangebote Vorkurs und Förderunterricht nachdrücklich.

Keine Entwarnung konnte Liebl in der Frage der Lehrerversorgung geben. Es gebe einfach viel zu wenig Bewerber. Deshalb warb er darum, alles zu tun Lehramtsbewerber für diese Schulart zu begeistern. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems dürfte allerdings eher in den Rahmenbedingungen liegen.

Im Anschluss an die beiden Impulsreferate diskutierten Vertreter der Bildungspartner ihre gegenseitigen Erwartungen. Die Podiumsteilnehmer brachten unter der souveränzielstrebigen Moderation von Michael Birner das Kunststück fertig, Statements so prägnant auf den Punkt zu bringen, dass sie das knapp gewordene Zeitbudget einhalten konnten.

Die Vizepräsidentin der FH Landshut, Prof. Dr. Monika Messerer beobachtet mit Freude, dass sich die Absontenzzahlen an den FH-Zubringerschulen so positiv entwickeln. Allerdings beklagte sie die „schiefe Fächerverteilung“. Wegen der Zulassungsbeschränkungen würden oft Fachbereiche gewechselt, was zu einer Überforderung und damit zu einer hohen Abbrecherrate führe.

Schulamtsdirektor Josef Hauner empfahl, Hauptschüler des M-Zweigs sollten den Weg zur Hochschulreife über die Berufsausbildung gehen. Er nimmt aber auch wahr, dass mit gezielten Förderangeboten die Abbrecherquote der Hauptschüler an der FOS signifikant gesenkt werden kann.

Jutta Kloth von der Landeselternvereinigung sieht, dass Eltern in Betracht der Vielfältigkeit des Bildungssystems umfassende Information erwarten und brauchen. Sie betont aber auch die Verantwortung der Eltern, wenn es darum geht, die richtige Entscheidung für das Kind zu treffen.

Der MB für FOS und BOS in Südbayern, Konrad Maurer appelliert an die Wirtschaft, Lehrstellenzusagen frühzeitig zu geben, weil prophylaktische Anmeldungen die Planung am Schuljahresanfang erheblich erschweren.

Dr. Fußstetter nannte Defizite, die unser Schulsystem produziert. So tun

sich junge Menschen schwer, vor Publikum frei und selbstbewusst zu reden. Auch führe das Kurzfristpauken für Schulaufgaben zu einem Mangel an nachhaltig verfügbarem Wissen.

Peter Peltzer will als MB für Realschulen die Abiturientenzahl nicht durch mehr Übertritte erhöhen, sondern durch eine Verringerung der Abbrecherquote. Seiner Meinung nach würden höhere Übertrittsquoten die Qualität verwässern.

Moderator Michael Birner richtete seinen Schlussappell an die politisch Verantwortlichen. Sein Anliegen ist es, dass alles getan wird, damit Lehrer gute Lehrer sein können. „Dazu brauchen wir aber auch den Rahmen“, forderte er mit Blick auf die ausufernden Belastungsgrenzen.

In den Arbeitskreisen am Nachmittag befassten sich die Lehrkräfte mit Brückenangeboten, die bestehende Defizite bei Schülern möglichst rasch aufarbeiten sollen, sie sprachen über das oberstufengerechte Lernen und die in der 13. Klasse verpflichtenden Seminararbeiten, sie diskutierten über Neuerungen der Schulordnung und über dienst- und personalrechtliche Fragen. Ein Arbeitskreis widmete sich dem im Modellversuch „Profil

21“ angestrebten Ziel, an den Schulen ein Qualitätsmanagementsystem einzuführen. Von den Ergebnissen dieser Beratungen berichten wir im nächsten Heft.

Nahezu alle namhaften Lehrbuchverlage waren bei der Veranstaltung präsent und konnten den Lehrkräften ihre Angebote vorstellen. Ein Ensemble bestehend aus Schülern der FOS, Realschule und Wirtschaftsschule, gab der Veranstaltung einen würdigen musikalischen Rahmen.

VLB-Vize Michael Birner lobte in seinem Schlussresümee die Atmosphäre der Veranstaltung, die es den Kollegen erlaubt habe, Fragen offen an Entscheidungsträger heranzutragen. Die Akteure, die zum Gelingen der Fachtagung beitrugen, hatten in einen frühsummerlichen Tag investiert. Als kleine Entschädigung dafür erhielten sie ein ausgesuchtes Fläschchen, in dem die Energie von einigen tausend Sonnenstunden schlummert. Diese Flasche „Sonne für die Sinne“ hatten sich auch die Organisatoren der Veranstaltung verdient: Schulleiter Kurt Laubmeier, sein Stellvertreter Jörg Matthes und das rührige Team um den oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Rudi Keil. <

#### Podiumsdiskussion zum BOS-BAföG in Landshut:

## Politics in the making

#### RUDOLF PURYEAR / PETRA SOGL

Trotz Biergartenwetters war die Landshuter Diskothek „Skylight“ überfüllt. Mehr als 300 Zuhörer, überwiegend Schüler niederbayerischer BOSen, waren gekommen, um sich über die geplanten BAföG-Verschlechterungen zu informieren und nach Möglichkeit die maßgeblichen Politiker von der Wichtigkeit der bestehenden BAföG-Regelung zu überzeugen. Eine hochkarätige Gästerunde konnte der VLB Niederbayern in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Philologenverband (Bezirk Niederbayern) zusammenstellen. Zu

einer Podiumsdiskussion über die geplanten BAföG-Verschlechterungen an der BOS konnte Bezirksvorsitzender Rudolf Puryear begrüßen:

- Ingrid Heckner, MdL, Mitglied des Bildungsausschusses und langjährige stellvertretende VLB-Vorsitzende) für die CSU,
- Renate Schmidt, MdB, Mitglied des Bildungsausschusses, frühere Bundesministerin und Berichterstatterin zur BAföG-Novelle für die SPD,
- Prof. Dr. Christoph Zeitler, hochschulpolitischer Sprecher der bayerischen FDP,
- Eike Hallitzki, MdL, arbeitsmarkt-

politischer Sprecher der bayerischen Grünen,

- Wolff Wölffing, Leiter des Amtes für Ausbildungsförderung beim Studentenwerk München,
- Thomas Gahr, BOS Landshut als Schülervertreter und
- Hans Käfler, VLB-Landesvorsitzender.

Moderatoren waren Rudolf Puryear (VLB) und Petra Sogl (bpv).

#### Ausgangslage

Die Gäste konnten sich zu Beginn der Veranstaltung über einen Handzettel zum Stand der Dinge beim BOS-BAföG informieren: Die Schüler der BOS müssen eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. fünf Jahre Berufstätigkeit nachweisen. Das Ziel der Schüler ist nach der 12. Klasse die Fachhochschulreife oder nach der 13. Klasse die fachgebundene Hochschulreife bzw. die allgemeine Hochschulreife. Das elternunabhängige BAföG, das diese Schüler erhalten, soll die Förderung durch die Eltern ersetzen. Deshalb ist es auch abhängig vom eigenen Einkommen und Vermögen. Die Förderungshöhe beträgt im Schnitt 350 Euro im Monat. Die geplanten Änderungen beim BAföG-Gesetz beinhalten, dass elternunabhängiges BAföG nur noch nach mindestens dreijähriger abgeschlossener Berufsausbildung und zusätzlicher einjähriger Berufstätigkeit gezahlt wird. Das BAföG-Recht fällt unter Bundeskompetenz, deshalb ist die Meinung der Bundestagsfraktionen hierzu entscheidend. Durch mehrere Initiativen von bayerischer Seite konnte bereits die zuerst geplante Voraussetzung, nämlich eine dreijährige Berufstätigkeit nach abgeschlossener Berufsausbildung, abgemildert werden.

Die Podiumsdiskussion stellte einen Rahmen dar, um unterschiedliche Positionen und Sichtweisen kontrovers zu diskutieren.

#### Schülerbefragung

Zunächst präsentierte BOS-Schüler Sebastian Niksch das Ergebnis einer Umfrage zur wirtschaftlichen Lage und zur BAföG-Situation von BOS-Schülern. Beteiligt hatten sich ins-

Weil Deutschland mehr Abiturienten braucht: Hände weg vom BOS-BAföG! Von links: Renate Schmidt, Rudi Puryear und Petra Sogl.



gesamt 387 BOS-Schüler, davon die meisten aus Landshut. Es bestand aber auch für andere BOS-Schüler die Möglichkeit, sich online zu beteiligen. Wesentliche Aussagen waren:

- 70 % würden ohne diese Förderung kein Abitur machen

Weniger als 5 % würden selbst oder indirekt durch das BAföG-Amt ihre Eltern auf Unterhalt verklagen. Hier gab es unter den Umfrage-Teilnehmern auch die deutlichsten Kommentare. Sie waren alle von der Sorte „Ihr spinnt wohl!“, „zu heiß gebadet?“ etc. Der ernsthafte Hintergrund ist, dass der Staat nach den geplanten Änderungen die Schüler auf Unterhaltsansprüche gegen die Eltern verweisen würde. Da man den Schülern moralisch nicht zumuten will, selbst die Eltern zu verklagen, tut das stellvertretend das Amt für Ausbildungsförderung. Die Umfrage ergab aber, was Experten schon seit Jahrzehnten sagen: Die Schüler werden nicht Ansprüche gegen die Eltern durchsetzen, sondern eben einfach kein Abitur machen oder soviel jobben, dass die Schulleistung leidet.

Der absolute Löwenanteil der Schüler verbrachte weniger als ein Jahr zwischen Berufsausbildung und Schule, wäre also auch nach allen bisherigen Lockerungen von der BAföG-Verschlechterung immer noch betroffen und würde kein elternunabhängiges BAföG bekommen.

#### Podiumsdiskussion

Die Diskussionsrunde wurde eröffnet durch Renate Schmidt, die zunächst

einzelne Umfrageergebnisse anzweifelte. Sie konnte beispielsweise nicht glauben, dass einzelne Teilnehmer ein verfügbares Monatseinkommen von ca. 100 Euro angaben. Dies ließ sich schnell dadurch klären, dass auch Leute aus der 11. Klasse, die nur elternabhängig gefördert werden, an der Umfrage teilnahmen. Auch gibt es Schüler, die wegen zu hohen eigenen Vermögens kaum BAföG bekommen, das Vermögen aber (z. B. Bausparvertrag) nicht kurzfristig verflüssigen können.

Nach dem Motto „fortiter in modo, suaviter in re“ begründete die SPD-Politikerin zunächst, warum die große Koalition die Verschlechterungen in einem Gesetzentwurf eingebracht hatte. Wesentliche Argumente waren die Gleichstellung mit der FOS, insbesondere in anderen Bundesländern, die nach wie vor – im Gegensatz zu Bayern – auch von Schülern mit Berufsabschluss besucht wird. Gleichzeitig war sie aber bereit, alles zu unternehmen, um eine Verschlechterung für die bayerische BOS zu verhindern. Man könne von Glück reden, dass im Bildungsausschuss relativ viele Bayern vertreten seien. Die Schwierigkeit liege ihrer Einschätzung nach aber einfach darin, den anderen Bundesländern die derzeitige unbestreitbare Besserstellung Bayerns zu verkaufen.

Ingrid Heckner betonte eingangs, dass es dank der Initiative Bayerns und anderer Bundesländer gelungen sei, wenigstens die Einjahresregelung bei der Berufstätigkeit durchzusetzen. Zudem schloss sie sich der Forderung von Renate Schmidt an, dass die Abiturientenquote in Bayern auf

Hans Käfler (rechts) bezweifelt, dass die zu erzielende Einsparung den zu erwartenden Schaden rechtfertigt. Neben ihm Christoph Zeitler und Ingrid Heckner.



über 40 % angehoben werden müsse. Auch die Erhaltung der elternunabhängigen Förderung der BOS-Schüler könne dazu beitragen.

Eike Hallitzky bekannte sich für die Grünen zum BAföG und betonte, dass die Opposition zwar selbst nicht so sehr gestalten kann, aber die Regierung schon antreiben werde. Er schloss sich der Argumentation der Schülerumfrage an und forderte, auch für bildungsferne Schichten den Hochschulzugang zu ermöglichen.

Christoph Zeitler bezeichnete für die FDP den Gesetzentwurf als kontraproduktiv. Er betonte, dass bei neuen Gesetzen vor allem in Bayern eine verstärkte soziale Selektion zu erkennen sei. Man brauche in Deutschland jedoch nicht weniger Abiturienten, sondern mehr. Nur so habe man eine Chance, international wettbewerbsfähig zu werden.

Der Schülervertreter Thomas Gahr stufte die Pläne als absolut demotivierend ein. Dabei sei doch die Zielstrebigkeit in Richtung Abitur kaum bei jemand so ausgeprägt wie bei BOS-Schülern: „Die wissen, wo sie herkommen, und da wollen sie nicht mehr hin.“

VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler hob hervor, dass auch der derzeit schon erreichte Teilerfolg, eine einjährige Berufstätigkeit statt einer dreijährigen als Voraussetzung für elternunabhängige Förderung, noch viele Fragen offen lasse und deshalb genaue Regeln für das geplante BAföG-Gesetz nötig seien. Er gab zu bedenken, ob die erzielte Einsparung den Schaden rechtfertige.

### Aussprache

In der folgenden freien Aussprache wurde die Frage nach der Zusammenlegung von FOS-BOS in Bayern debattiert und ob das nicht zusätzlich das BOS-BAföG gefährde. Renate Schmidt empfahl, die Einführung der „Beruflichen Oberstufe“ aufzuschieben, und zwar nicht aus juristischen, sondern aus verhandlungstaktischen Gründen. Die bisherige Regelung biete nämlich auf Bundesebene nachvollziehbare Kriterien für den Erhalt der bisherigen Form der BAföG-Förderung. Bei einer Fusion werde es noch schwieriger, bei den anderen Bundesländern Akzeptanz für das BOS-BAföG zu schaffen. Ingrid Heckner erläuterte in diesem Zusammenhang nochmals die Pläne der Bayerischen Staatsregierung, in einer „Beruflichen Oberstufe“ die 13. Klasse von FOS und BOS in einer Abschlussklasse zusammenzuführen. Das Ziel sei hier die flächendeckende Einführung dieses Bildungsganges.

Hieran schloss sich eine Diskussion zwischen Schmidt und Wölffing an, ob geförderte oder nicht geförderte Schüler die gleiche Einrichtung besuchen können. Wölffing berichtete, dass diese Situation bereits gegeben sei, wenn man auf die Universitäten blickt. Hier gebe es auch elternabhängig und elternunabhängig geförderte Studenten. Ein juristisches Problem könne er also nicht sehen.

Im Anschluss an diese Diskussion konnten auch die Zuhörer ihre Fragen an die Gäste richten. Viele folgten dem Aufruf von Renate Schmidt und

lieferten Argumente zum Erhalt der bisherigen BAföG-Regelung.

Schmidt nahm in ihrem Schlussstatement diese Anregungen auf und formulierte über die BOS-Frage hinaus schließlich allgemeine Ziele, die der Bildungsausschluss verfolgen werde. So sollen z.B. Freibeträge und Bedarfssätze in der Bundesausbildungsförderung angehoben und zudem Kinderbetreuungszuschläge eingeführt werden. Bei der Ungleichbehandlung von FOS- und BOS-Schülern solle jedoch auch auf mehr Gerechtigkeit geachtet werden. Die Elternunabhängigkeit in der Förderung an der BOS könne sie rechtfertigen, weniger aber unterschiedlich hohe Bedarfssätze.

Am 21. Mai 2007 findet eine öffentliche Anhörung zu der geplanten BAföG-Reform statt. Nach Renate Schmidt soll das entsprechende Gesetz entweder in diesem oder im nächsten Jahr beschlossen werden: Für die Schüler im kommenden Schuljahr 2007/8 werde es jedoch aus Vertrauensschutzgründen wahrscheinlich noch nicht anwendbar sein. Anzustreben sei, die Novelle insgesamt um ein Jahr aufzuschieben, weil dann Hoffnungen bestehen, dass Verbesserungen in anderen BAföG-Bereichen nicht mehr mit Einsparungen an der BOS erkauft werden müssen. Schlimmstenfalls müsse sich Bayern eine eigenfinanzierte Lösung einfallen lassen. Solange das BOS-BAföG nicht in trockenen Tüchern sei, solle man alles unterlassen, was es schwieriger macht, bei anderen Bundesländern um Zustimmung zu werben. Dem Nicken nach schien das beim gesamten Podium Zustimmung zu finden.

Viele Fragen der Zuhörer und besonders der Schüler konnten aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Die Brisanz des Themas und das Interesse von jungen Leuten an der Bildungspolitik wurden umso deutlicher. Viele Schüler kommentierten, dass die Diskussion für sie ein Lehrstück in Sachen demokratischer Beteiligung gewesen sei. Man könne Politiker offensichtlich mit sachlichen Argumenten beeindrucken. Eine Kollegin formulierte es so: Die Schüler erleben politics in the making. <

## 10. Bayerischer Wirtschaftsschultag in Schweinfurt:

# Zukünftige Erziehung durch praxisnahe Bildung

### MARTIN RUF

Nach 2005 in Augsburg fand der 10. Tag der Bayerischen Wirtschaftsschulen dieses Jahr am 24. März in Schweinfurt statt. Veranstaltet wurde er wieder von der ARGE Bayerische Wirtschaftsschule, einem Zusammenschluss von VLB (Verband der Lehrer an beruflichen Schulen), DBW (Direktorenvereinigung), LEV (Landeselternvereinigung) und VDP (Verband Deutscher Privatschulen). Federführend für die Organisation des Tages zeichnete die Private Wirtschaftsschule Müller (PWM) Schweinfurt verantwortlich, die mit vielen fleißigen Händen – vor allem auch Schülern – einen reibungslosen Ablauf des Tages sicherstellte.

### Der Vormittag

#### Begrüßung

„Nichts macht so träge wie Erfolg“, sagte PWM-Schulleiter Michael Schwarz am Ende seiner Begrüßung und forderte so die Zuhörer auf, weiter am Erfolg der Bayerischen Wirt-

schaftsschulen zu arbeiten. Diese seien nämlich weiterhin in der Wirtschaft sehr hoch angesehen. Auch der bildungspolitischen Forderung nach Ganztageschulen, wie sie in verschiedenen PISA-Studien gefordert werden, sei seine Schule wie rund 100 andere Wirtschaftsschulen bereits nachgekommen.

Bei der Begrüßung konnte Michael Schwarz nicht nur rund 300 Lehrkräfte bayerischer Wirtschaftsschulen sondern auch Prominenz aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Schule begrüßen. Einen Wermutstropfen gab es dann aber doch: Obwohl Michael Glos, Wirtschaftsminister der Bundesrepublik und ganz in der Nähe Schweinfurts zu Hause, langfristig seine Zusage für das Hauptreferat gegeben hatte, sagte er kurzfristig wegen anderweitiger Staatsaufgaben ab. Für die Organisatoren – wie sich herausstellen sollte – ein schwieriges Unterfangen einen entsprechenden Ersatz zu finden. Letztlich fand MdL Berthold Rüdth, Mitglied im bildungspolitischen Ausschuss und ebenfalls

Unterfranke, den Weg nach Schweinfurt (auf sein Referat wird weiter unten eingegangen). Besonders bedankte sich Schwarz bei Schulleiterin Maria Walter, die als Hausherrin der Alfons-Goppel-Berufsschule die Räumlichkeiten für die Tagung zur Verfügung stellte

In ihren kurzen Grußworten gingen sowohl Schweinfurts Landrat Harald Leitherer als auch der für die kurzfristig absagende Oberbürgermeisterin der Stadt einspringende Schulreferent Jürgen Mainka auf die Schulstadt Schweinfurt ein. Besonders freuten sich die Lehrkräfte, dass Landrat Leitherer ihnen ein großes Kompliment für ihre tägliche Arbeit im Klassenzimmer aussprach. Gleichzeitig rief er zu weiteren Anstrengungen auf, dass möglichst allen jungen Menschen eine Ausbildung ermöglicht wird. „Die Wirtschaftsschule macht eine gute Arbeit.“ Schulreferent Mainka ließ ein paar nüchterne Zahlen sprechen: So hat Schweinfurt mit ca. 55000 Einwohnern 45 Schulen mit 19000 Schülern. Durchschnittlich wurden in den letzten fünf Jahren 4,3 Mio. Euro in Schulen investiert.

Bevor Schulleiter Schwarz den Hauptredner MdL Berthold Rüdth ankündigte, kamen die Zuhörer in den Hochgenuss von der jüngsten Sopranistin in Bayern, Anke Glucharen, einer ehemaligen Schülerin der PWM,



Gastgeber und Moderator durch den Vormittag – Schulleiter Michael Schwarz.



Die Wirtschaftsschule machte gute Arbeit – Landrat Harald Leitherer und ...



... Schweinfurts Schulreferent Jürgen Mainka.



Der Erfolg der Wirtschaftsschule beruht in ihrem modernen Bildungskonzept und ihrem Selbstverständnis, effektive Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu formulieren – Blick ins Auditorium.

Brachten Pep in die Festveranstaltung – die Tanz-Etage.

Wie immer gut besucht – die Arbeitskreise am Nachmittag.

The winner is: Hans-Böckler-Schule Fürth – Schulleiter Thomas Bedall (rechts) erhält von LEV-Vorsitzendem Walter Reichert den Bay. Wirtschaftsschulpreis 2007.



Hielt ein Plädoyer für die Wirtschaftsschule – Mdl Berthold Rüdth.

eine Kostprobe zu hören. Der lang anhaltende Applaus bewies die ‚Klasse‘ der Sopranistin.

#### Hauptreferat

Unter das Thema „Die Wirtschaftsschule – eine Schule mit Tradition und Zukunft“ stellte Mdl Berthold Rüdth seine Ausführungen und bescheinigte dem Bayerischen Wirtschaftsschultag seine bedeutsame Rolle als Forum für die Wirtschaftsschulen.

Dass die Wirtschaftsschule ein Erfolgsmodell ist, belegen Zahlen: Seit dem Schuljahr 1991/92 kann die Wirtschaftsschule auf einen Schülerzuwachs von knapp 65 % zurückblicken. So wer-

den aktuell an 73 Wirtschaftsschulen knapp 26000 Schüler unterrichtet. Erfreulich ist auch, dass nach einer Umfrage 84,6 % der Betriebe der Meinung sind, „dass im Vergleich zu sonstigen Mitarbeitern mit mittlerem Schulabschluss Wirtschaftsabsolventen besonders gut auf betriebliche Bedürfnisse vorbereitet sind.“ „Ökonomische, wirtschaftskundliche und kaufmännische Bildung ist eine Bildung mit Zukunft“, so Rüdth weiter und machte nochmals deutlich, dass die Wirtschaftsschulen dazu einen erheblichen Beitrag leisten, in dem sie theoretische und praktische Lerninhalte angemessen verbinden. „Der Erfolg der Wirtschaftsschule beruht in ihrem modernen Bildungskonzept und ihrem Selbstverständnis, effektive Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu formulieren.“ Dies zeigt sich „in der kontinuierlichen Anpassung und Weiterentwicklung ihrer Lerninhalte“. Die aktuellen Überarbeitungen der Lehrpläne zeigen dies anschaulich (die Lehrplanarbeit war in vielen Arbeitskreisen am Nachmittag Thema). Besonderen Wert sollte nach Rüdth darauf gelegt werden, die sozialen und kommunikativen Kompetenzen der Schüler zu fördern. In seinen Augen geschehe dies im besonderen Maße in den Übungsfirmen der Wirtschaftsschulen. Daneben komme dem Erziehungsauftrag in den Wirtschaftsschulen ein bedeutsamer Stellenwert zu: die Wirtschaftsschule bie-



Sorgte für den musikalischen Höhepunkt des Vormittages – Anke Glucharen.

tet Raum zur Entwicklung der gesamten Persönlichkeit und bemüht sich stets darum, Werte als Grundlage und Richtschnur des eigenen Handelns zu vermitteln und einzüben.“ „Die Erziehungsbemühungen folgen dabei allerdings nicht nur einer Einsicht der Erwachsenen. Sie antworten vielmehr auf ein Bedürfnis der Jugendlichen selbst.“ Ausdrücklich bezieht Rüdth dabei die Eltern in diesen Prozess mit ein. Bei der Lösung der Herausforderungen geht es v. a. um zwei Grundsätze:

1. Alle Talente müssen gefördert werden! Kinder und Jugendliche haben von Natur aus unterschiedliche Begabungen und bringen verschiedene Lernvoraussetzungen mit. Deshalb – dies gelte auch für die Wirtschaftsschule – muss die Schule konsequent Stärken unterstützen und Schwächen ausgleichen.

2. Kein Abschluss darf ohne Anschluss sein! Deshalb müsse v. a. die vertikale Durchlässigkeit unseres Schulwesens ausgebaut werden, damit jeder zuletzt den Abschluss erhält, der seiner Leistungsfähigkeit und -bereitschaft entspricht. Ziel ist es dabei, die Anzahl der Studienberechtigungen zu steigern, auch über die Angebote der beruflichen Schulen. Nicht der Bildungszugang ist entscheidend sondern der Abschluss! In engem Zusammenhang dazu stehe, dass das Fach Mathematik an Wirtschaftsschulen wichtig ist und von den Schülern auch entsprechend gewählt wird.

Abschließend dankt Mdl Berthold Rüdth „ganz besonders den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Ideen und ihr Engagement.“

Konstanz führte anschließend die Tanz-Etage mit einer pfiffigen Tanzeinlage nach modernen Rhythmen zur Verleihung des bayerischen Wirtschaftsschulpreises 2007 über.

#### Vergabe des Wirtschaftsschulpreises 2007

Im Namen der Landeselternvereinigung der bayerischen Wirtschaftsschulen zeichnete der Vorsitzende Walter Reichert wieder Schulen aus, die sich mit besonderer Nachhaltigkeit um das bayerische Schulwesen verdient gemacht haben. Gegenüber der letzten Verleihung hat sich die Teilnehmerzahl auf 26 Schu-

len fast verdoppelt. Eingereicht wurden 56 Projekte, die es der Jury recht schwer machten, die Preisträger herauszufiltern.

Nachfolgend die ausgezeichneten Schulen:

1. Preis: Hans-Böckler-Schule, Fürth
  2. Preis: Wirtschaftsschule Erlangen
  3. Preis: Wirtschaftsschule Weiden
- Mit Sonderpreisen wurden ausgezeichnet: Friedrich-List-Schule, München, Private Wirtschaftsschule Krauß, Aschaffenburg. Näheres dazu in der nächsten Ausgabe von VLB-akzente.

Vor dem Schlussstatement begeisterte nochmals Anke Glucharen mit einer Musikeinlage.

#### Schlussstatement

ARGE-Vorsitzender Gustav Huber betonte in seinem Schlussstatement nochmals die Bedeutung der ARGE für die Wirtschaftsschulen. Ebenso wie Hauptredner Mdl Berthold Rüdth stellte er die Schüler in das Zentrum aller Überlegungen und forderte die bestmögliche Förderung und Entfaltung der Schüler. Dass sie dabei an den Wirtschaftsschulen bestens aufgehoben sind, zeige z. B., dass bis auf wenige Ausnahmen alle Wirtschaftsschüler beim Abschluss der Berufsausbildung erfolgreich sind. Dies weise auf die Stärke der Wirtschaftsschulen hin und forderte, die Wirtschaftsschulen weiterhin zu stärken.



Fasste den Vormittag nochmals zusammen – ARGE-Vorsitzender Gustav Huber.

#### Der Nachmittag

Überwältigend – bis knapp hundert Teilnehmer in einzelnen Arbeitskreisen – war der Zuspruch in den Arbeitskreisen am Nachmittag. Viele befassten sich dabei mit der aktuell anstehenden Lehrplandiskussion in den einzelnen Fächern. Daneben gab es aber auch Anregungen speziell für den Unterrichtsalltag. Ausführlich können die Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise unter: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) unter Referate – Wirtschaftsschulen – Berichte nachlesen. <

Viele Ungereimtheiten beim Versuch der Umsetzung neuer Lehrpläne:

## „Handlungsorientierung“ – auch manche Lehrkräfte sehnen sich danach!

REINHARD KÜFFNER

In den zurück liegenden Jahren wurde eine große Zahl neuer Lehrpläne für die verschiedensten Berufe an Bayerns Berufsschulen eingeführt. Häufig ging den Plänen eine veränderte Ausbildungsverordnung voraus; durchwegs immer mit dem Ansatz einer höherwertigen Ausbildung mit moderner Pädagogik. Zwei Begriffe wurden mit jedem dieser Pläne daher immer wieder verwendet, nämlich: „Lernfeldunterricht“ und „Handlungsorientierung“. Diese scheinbar neue Art des Unterrichtens hat von Anfang an, zumindest in kleineren Kreisen, zu heftigen Diskussionen geführt. Die Befürworter hatten und haben aus Sicht der reinen Pädagogik die besseren Argumente für sich. Wer könnte denn ernstlich den Nutzen von handlungsorientierten Aufgabenstellungen, geordnet in Lernfeldern und unter größtmöglicher Selbsttätigkeit der Schüler/innen bezweifeln.

### Der „Teufel“ liegt bekanntlich im Detail

Trotz der oben gemachten Aussagen erlaube ich mir dennoch, auf Schwachpunkte des propagierten Systems hinzuweisen. Dies um so mehr, nachdem ich in meinem Berufsfeld – Bäcker, Konditoren – einen ersten Jahrgang in diesem Sommer bis zur Prüfung als Lehrer begleiten durfte und gleichzeitig ein Lehrerteam an meiner Schule sich intensivst mit den Planungen für die Fachstufe der Fachverkäufer/innen im Lebensmittelhandwerk befasst.

### Probleme, die in der Leistungsbereitschaft und -fähigkeit von Auszubildenden und Ausbildern liegen

Unbestritten, dass das, was man durch „eigenes Tun erfährt“, zu wesentlich besseren Lernerfolgen führt. Aber wie

sollen wir Lehrkräfte die Vorgaben der Lehrpläne umsetzen, wenn nicht selten die Tätigkeiten in den Ausbildungsbetrieben recht wenig mit der jeweiligen Ausbildungsverordnung zu tun haben, wenn Auszubildende und deren Eltern und Ausbilder die meistens wesentlich höheren Anforderungen in den neuen Ausbildungsverordnungen (noch) nicht zur Kenntnis genommen haben und wenn die Lehrlinge aus den vielfältigsten Gründen gerade nicht Willens sind, für ihren Ausbildungsberuf Leistung abzurufen. Ganz offensichtlich fehlt vielen unserer Schülern und Schülerinnen die Einsicht, dass berufliche Erstausbildung nur eine Stufe auf der beruflichen Karriereleiter ist. Von den bekannten Problemen mit den grundlegenden Kulturtechniken – Sinnerfassung von Texten, Schreiben, Rechnen – ganz zu schweigen.

### Umsetzungsschwierigkeiten, die durch die Strukturen der Berufsschulen bedingt sind.

Lernfeldunterricht beginnt mit der Orientierungs- und Planungsphase und endet mit der selbstkritischen Bewertungsphase eines „Produkts“. Das heißt, man braucht Lehrkräfte, die sowohl das theoretische Fachwissen als auch die notwendigen praktischen Fertigkeiten beherrschen. Spätestens hier muss man gerechter Weise aber von Beruf zu Beruf differenzieren. Beispielsweise im kaufmännischen Bereich oder in Berufen mit hohen fachtheoretischen Anteilen (z.B. rund um die Elektronik) benötigt man einen weitaus größeren Anteil von Lehrkräften mit vor allem wissenschaftlicher Ausbildung. Bei vielen traditionellen Berufen jedoch (z.B. Maurer, Zimmerer, Schreiner, Bäcker, Konditoren, Gastronomen, Verkäufer/innen usw.) – die in vielen gewerblichen Be-

rufsschulen noch immer den Hauptanteil der Schüler/innen bilden – kann die notwendigen Voraussetzungen nur der wissenschaftlich ausgebildete Lehrer mit einer praktischen Ausbildung, die mindestens der Gesellenprüfung, besser Meisterprüfung entspricht oder eben der pädagogisch ausgebildete Fachlehrer erfüllen. Selbstverständlich sind aber auch beste Ergebnisse zu erreichen, wenn fachkompetente Lehrerteams aus dem Gehobenen und dem Höheren Dienst auf gleicher Augenhöhe zusammen arbeiten. Kollegien an Berufsschulen sind aber nur selten so zusammen gesetzt, dass die einzelnen Klassen passgenau mit Lehrkräften, die höchste Fachkompetenz im entsprechenden Beruf haben, versorgt werden können. Dies gilt gleichermaßen für Fachlehrer wie für Lehrkräfte des Höheren Dienstes. Man hilft sich deshalb oft mit Aufteilung der Lernfelder in fachtheoretische, fachmathematische, fachpraktische und betriebswirtschaftliche Inhalte. In solchen Fällen ist man sehr schnell wieder ganz nahe an der alten Fächerstruktur. Die „positiven Nebeneffekte“ wie weniger Schwierigkeiten bei der Stundenplangestaltung und beim Lehrereinsatz, einfachere Beurteilung von Lehrproben und besuchten Unterrichtsstunden, leichtere Handhabung bei notwendigen Vertretungen usw. werden manchmal gern in Kauf genommen. Gerade dies ist aber sich nicht die Intension der neuen Lehrpläne.

### Mängel durch ungenaue Vorgaben in den Lehrplänen

Ich bitte die Leser dieses Beitrags um Verständnis dafür, dass ich in diesem Teil meiner Ausführungen meine Argumentation nur auf der Basis des Berufsfeldes Ernährung im Allgemeinen und meiner Fachrichtung – Bäcker/Konditoren – im Besonderen führen möchte. Nur hier kann ich mit dem nötigen fachlichen Hintergrundwissen aufwarten.

Als Mitglied von zwei Lehrplan-Kommissionen, die im Abstand von etwa 20 Jahren ihre Arbeit eingebracht haben, kann ich außerdem genauestens vergleichen. Die „alte“ Lehr-

plankommission hat – vor allem durch die beteiligten Lehrer/innen – noch fast jedes Lernziel mit den entsprechenden Inhalten ausgearbeitet und formuliert, dann innerhalb der Kommission vorgestellt und diskutiert und gegebenenfalls verändert oder korrigiert. Auf diese Weise entstand ein für das Land Bayern zugeschnittener Lehrplan, der nach entsprechenden Fortbildungen auf Landes- und Bezirksebene überall in ähnlicher Art umgesetzt wurde. Nach einer Generation von Auszubildenden und der sich stark und rasch verändernden betrieblichen Vorgaben war dieser Plan sicher überholungsbedürftig, vielleicht auch völlig neu zu gestalten. Aber wie läuft das heutzutage? Die sicher sehr schwierige Abstimmungsphase erfolgt auf Bundesebene. Unterschiedlichste Vorstellungen und Erwartungen der verschiedenen beteiligten Gremien sind nur schwer unter einen Hut zu bringen. Und so geht die eigentliche Lehrplanarbeit durch die Kultushoheit der Bundesländer weitgehend verloren. Die Lernfelder und ihre Bezeichnungen stehen fest, die Lernziele und Lerninhalte auch. Lediglich wegen rechtlicher Bedenken – z. B. um standespolitische Forderungen von Fachlehrern zu verhindern – erfolgen Veränderungen (Festlegung von fpL-Anteilen), die allerdings den in den Anmerkungen zum Lehrplan so hoch gehaltenen pädagogischen Ansatz der Handlungsorientierung dann mit einem Federstrich konterkarieren. Außerdem wird oft der mehr oder weniger gelungene Versuch unternommen, aus einem oder mehreren Lernfeldern eine „Fächerbezeichnung“ zu konstruieren. Geradezu grotesk wird es für die Fachfrau, den Fachmann, wenn Lehrpläne (in diesem Fall den für Verkäufer/innen im Nahrungsmittelhandwerk, Schwerpunkt Bäckerei) liest und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zieht.

Im diesem Lehrplan gibt es in der Jahrgangsstufe 10 das Fach „Feine Backwaren“, das in dieser Jahrgangsstufe endet, obwohl auch in der 11. und 12. Jahrgangsstufe noch „Feine Backwaren“ zuhauf behandelt werden. Stattdessen gibt es Fächer wie

„Beratung und Service“, „Speisenherstellung und Servicetätigkeiten“ sowie „Marketing und Verkauf“. Die Begriffe Brot, Brötchen (Semmeln) tauchen im bayerischen Lehrplan für Bäckereiverkäufer/innen nicht einmal auf. In einem 80-stündigen Lernfeld des Faches „Beratung und Service“ gibt es gerade mal sechs kurze Begriffe zu den Lerninhalten, für ein 100-stündiges z. B. acht solcher Begriffe. Diese mit dem Hinweis auf die pädagogische Freiheit begründete sparsamste (ich behaupte ungenügende) Ausgestaltung und damit zwangsläufig mögliche Fehlinterpretation wird zu sehr weit auseinander liegenden Unterrichtsschwerpunkten innerhalb Bayerns führen. Eine Vergleichbarkeit ist weiter entfernt denn je. Dies wird selbst dann nicht erreicht werden, wenn überall Lehrkräfte mit jahrzehntelanger Erfahrung in den einzelnen Berufen eingesetzt würden. Hat man schon mal an junge Kolleginnen und Kollegen an kleineren Berufsschulen gedacht oder an Lehrkräfte, die sich wegen wegbrechender Schülerzahlen oder wegen der Bildung von veränderten Schulsprengeln umorientieren müssen und sich das notwendige Spezialwissen für den neu zu unterrichtenden Beruf häufig autodidaktisch aneignen müssen?

### Probleme durch Anforderungen bei Zwischen- und Abschlussprüfungen

Mit nur einem Beispiel aus meinem Beruf möchte ich hier die Schwierigkeiten verdeutlichen. Bei der Gesellenprüfung für Bäcker/innen sind im theoretischen (schriftlichen) Bereich drei Prüfungsteile zu bearbeiten:

- Warenwirtschaft und Produktionstechnik, 50 % Anteil an der Prüfungsnote
- Betriebswirtschaftliches Handeln, 30 % Anteil an der Prüfungsnote
- Wirtschafts- und Sozialkunde, 20 % Anteil an der Prüfungsnote

Der Bereich WiSo ist bekannt und dürfte kaum Schwierigkeiten bei der Aufgabenstellung bereiten. Ganz anders bei den beiden noch zu prüfenden Teilen. Fächer oder Lernfelder

mit diesen Bezeichnungen gibt es im Lehrplan nicht. Natürlich kann man Lerninhalte zuordnen. Nachdem aber auch bei Prüfungen eigentlich komplexe Handlungen bearbeitet werden sollten, stellen sich doch Fragen. Ist nun unter „Betriebswirtschaftlichem Handeln“ die frühere Fachmathematik zu verstehen oder sollten hier z. B. Maßnahmen zur Rationalisierung im Betrieb oder Marketingkonzepte entwickelt und auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden? Wenn ja, sind dann auch bei „Warenwirtschaft und Produktionstechnik“ Aufgaben von A bis Z, also inklusive aller notwendigen Berechnungen, zu bearbeiten? Warum gibt es dann unterschiedliche Gewichtungen? Für alle die nun sagen, Prüfungen sind Kammerangelegenheiten, sei betont: „Akzeptanz der schulischen Ausbildung innerhalb des dualen Systems durch Eltern und Betriebe wird zu einem gehörigen Anteil auch über eine gezielte Prüfungsvorbereitung erreicht!“

### Was ist zu tun?

Nur konstruktive Kritik kann zu Verbesserungen führen. Konstruktive Kritik erfordert Lösungsvorschläge. Maßnahmen, die aus meiner Sicht schnellstens ergriffen werden müssten:

- Konkretere Beschreibungen der Zeugnisnoten in den einzelnen Fächern, z. B. durch Unterteilung in fachtheoretische, fachmathematische und fachpraktische Anteile innerhalb einer Gesamtnote,
- verbindliche Kommentierung durch ein fachkompetentes Gremium all der Lehrpläne, in denen die Lernziele und Lerninhalte so knapp beschrieben sind, dass es unweigerlich zu unterschiedlichen Auslegungen kommt,
- Anforderungen in Zwischen- und Abschlussprüfungen mit den zuständigen Gremien landesweit zu definieren und zu koordinieren. <

Berufsschule Altötting erhält den Deutschen Arbeitgeberpreis 2006:

## Bayerns Berufsschulen erwecken erneut bundesweit Aufsehen

CARLO DIRSCHEDL

Die Staatliche Berufsschule Vilshofen hat es 2005 vorgemacht: auch im Jahr 2006 geht der Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung in der Kategorie Berufsschule wieder nach Bayern, diesmal an die Staatliche Berufsschule Altötting.

Dass unmittelbar im Jahr darauf erneut eine bayerische Berufsschule die Berliner Jury überzeugen konnte, hätten die Altöttinger nicht unbedingt erwarten können. Die Berufsschule bewarb sich dennoch; zum einen animiert durch ihren heimischen MdB Stephan Mayer, zum anderen überzeugt von der Glaubwürdigkeit ihrer schulischen Arbeit, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Motto des diesjährigen Arbeitgeberpreises: „Internationalisierung als Chance: Lernen und ausbilden für neue Herausforderungen in der Arbeitswelt“.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist der Überzeugung, dass in einer globalisierten Welt Fremdsprachenkenntnisse, Auslandserfahrung und der richtige Umgang mit anderen Kulturen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Der Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung ist fester Bestandteil der Bildungsinitiative der Arbeitgeber. Ein gutes Bildungssystem gehört nach Ansicht der BDA zu den Grundbedingungen für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland. Diesem Anspruch würden Schulen und Hochschulen nach wie vor noch nicht überall gerecht. Bei aller berechtigten Kritik gebe es aber dennoch immer wieder Initiativen, die erstaunliche Verbesserungen erreichen. Mit Unterstützung des bewährten Partners, der Deutschen Bahn AG, erhält seither jede ausgezeichnete Initiative ein Preisgeld von 10000,00 Euro.

Die staatliche Berufsschule Altötting hat zur Förderung von interkultu-

reller Kompetenz ihrer Auszubildenden ein umfassendes Kooperationskonzept aufgebaut. Seit 1980 werden verschiedene, langfristig angelegte Praxisprojekte mit Einrichtungen u. a. in Afrika und den USA durchgeführt, in denen die Auszubildenden erste Arbeitserfahrungen im Ausland sammeln und sich dabei gezielt mit ausländischen Arbeits- und Lebenswei-

Von links: Bahnchef Helmut Mehdorn, Carlo Dirschedl, StD Ludwig Mühlegger, BDA-Ehrenpräsident Klaus Muhrmann und MdB Stephan Mayer.



Altöttinger Kollegium im Bayer. Landtag: Erste Reihe von links: Ludwig Mühlegger, Landrat Erwin Schneider, MdL Ingrid Heckner, Kultusminister Siegfried Schneider, Carlo Dirschedl und Hans Michlbauer.



sen auseinander setzen. Die unterschiedlichen Kooperationsaktivitäten verfolgen somit alle ein duales Prinzip zum Aufbau interkultureller Kompetenz: die Förderung von Fach- und Humankompetenzen.

Besonders hervorzuheben ist nach Überzeugung der BDA eine mehr als zehnjährige Partnerschaft mit dem North Central Technical College Wis-

consin (USA). Im Rahmen dieser Partnerschaft wird u. a. für angehende Mechatroniker aus Deutschland ein betrieblicher Auftrag einer deutschen Firma für die USA simuliert. Die Planungsphase erfolgt mittels einer virtuellen Kommunikationsplattform im Internet. Die Umsetzung wird vor Ort durch binationale Kleingruppen von Auszubildenden in einem US-amerikanischen Partnerunternehmen gesteuert. Der Aufbau von interkultureller Kompetenz erfolgt somit unmittelbar in betrieblichen Prozessen. Daneben lernen die Auszubildenden den amerikanischen Alltag u. a. durch das Leben in ihrer Gastfamilie kennen.

ting und lernen Land, Leute und besonders auch bayerische Handwerkskunst kennen. Und noch ein Umstand überzeugte die Jury in Berlin: Seit 2001 werden die fachlichen Inhalte aller Austauschmaßnahmen in zweisprachigen Zertifikaten festgehalten und – u. a. unterschrieben von der IHK bzw. der HWK für München und Oberbayern als Bestandteil der dualen Ausbildung anerkannt.

Die kleine Altöttinger Delegation erlebte einen an Höhepunkten reichen Deutschen Arbeitbertag 2006 in Berlin, nicht nur der Preisverleihung vor mehr als 1000 Gästen wegen: Angela Merkel, Kurt Beck, Fritz Kuhn, Guido Westerwelle, Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, Bahnchef Hartmut Mehdorn und das finnische Staatsoberhaupt.

Den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung 2006 konnte nur die Vertretung der Schule entgegennehmen, die langjährigen Vorleistungen dafür erbrachten aber viel mehr Personen. Darum ehrte der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, MdL Siegfried Schneider, eine etwa vierzigköpfige Gruppe des Kollegiums der Staatlichen Berufsschule Altötting Ende vergangenen Jahres im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Bayerischen Landtag – dankenswerterweise organisiert und betreut von MdL Ingrid Heckner, Altöttinger Heimateabgeordnete. Der Kultusminister ging in seiner Ansprache u. a. auf die mehr und mehr wachsende Bedeutung der Globalisierung im Bereich der beruflichen Bildung ein.

Er würdigte zudem auch drei Kollegen, die als stete „Antreiber“ der Altöttinger Auslandsbeziehungen zum Teil seit über zwanzig Jahren tätig sind: Walter Frei, Ludwig Mühlegger und Hans Michlbauer (Vorsitzender von EG-Solar e. V.). Schulleiter Carlo Dirschedl dankte den Gastgebern, Kultusminister Siegfried Schneider und MdL Ingrid Heckner, für die sehr wertschätzende Geste dem Kollegium gegenüber.



# Profi-Qualität!

COLORFOTO  
Testsieger  
11/07  
foto  
SEHR GUT



All-In-One!

360,-

Das Spitzenmodell von Canon!  
Canon PowerShot G 7. Verwacklungsunschärfen sind dank optischem Bildstabilisator mit der Canon G 7 kein Problem mehr. Die Ausstattung des Canon Spitzenmodells lässt keine Wünsche offen: 10 Megapixel, 6-fach-Zoomobjektiv, großes LCD-Display, 25 Aufnahmeprogramme und hoher Bedienkomfort sind garantiert.  
# 120 743

428,40 inkl. MWSt

Die Innovation!

SA  
KAUFTIPP  
11/04  
Audio Video Foto  
11/06  
Test-Sieger  
foto  
SEHR GUT  
12/07  
COLORFOTO  
KAUFTIPP  
11/04



Highlight der Spiegelreflexklasse!

Canon EOS 400D Kit 18-55 mm. Die Canon EOS 400D besichert dem Kameramarkt ein weiteres Highlight der Spiegelreflexklasse im Consumer-Bereich. Mit 10 Millionen Pixeln, dem bewährten Canon-CMOS-Sensor, einem angenehm großen und hellen 2,5-Zoll-LCD-Display und mit schnellem 9-Punkt-Autofokus-System. Inkl. Canon EF-S 3,5-5,6/18-55  
# 116 053

742,46 inkl. MWSt

624,-

COLORFOTO  
KAUFTIPP  
3/04  
Audio Video Foto  
8/06  
Gut  
foto  
SEHR GUT  
Preis/Leistung  
GUT  
12/06



Schnell und zuverlässig!

Nicht nur für Profifotografen!  
Canon EOS 30D Kit 17-85 IS. 8,2-Megapixel Canon-CMOS-Sensor, 1,6-facher Verlängerungsfaktor, superschneller 9-Punkt-Autofokus, DIGIC-II-Bildprozessor und die Kompatibilität zur gesamten Canon EF- und EF-S-Objektivpalette sind auch bei der EOS 30D die Grundlage für ihre professionelle Performance und Bildqualität. Inkl. Canon EF-S USM 4,0-5,6/17-85 IS.  
# 875 313

1493,45 inkl. MWSt

Alle Preisangaben Stand 07.05.2007

TECHNIKdirekt.de  
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56  
www.technikdirekt-business.de

Lifelong Learning Programme (2007 – 2013)  
Leonardo da Vinci Programme:

## Bukarest – die Drehscheibe der europäischen Berufsbildung?

GERTRUD SCHILCHER-FUHRIG

Bukarest war am 23. März 2007 Gastgeber der Konferenz „Mobility Beyond Borders; The Contribution of Transparency of Qualifications and Credit Transfer in VET“ der „Thematic Group4“ zum Thema „Transparency of qualifications, Validation of non-formal and informal learning, Credit transfer“.

Die eintägige Veranstaltung fand im Clubhotel Caro im Norden Bukarests statt. Die offene, entspannte Atmosphäre für einen gelungenen Austausch an Gedanken, für innovative, in die Zukunft weisende Impulse, für eine internationale Begegnung war gegeben. Schon am Vortag wurden die europäischen Gäste bei einem Empfang willkommen geheißen. Man sprach mit Vertretern aus Island, Deutschland, Polen, Ungarn, Slowakei, Italien, Belgien, Frankreich, Tschechien, Österreich, Portugal, England, Irland, Norwegen, Schweden oder den Niederlanden. Es waren entsandte der jeweiligen Nationalagenturen, von Ausbildungsstätten im berufsbildenden Bereich oder Instituten für Bildungsforschung der Wirtschaft anwesend.

### Aber worum ging es eigentlich?

Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission hat integriert in die neue europäische Programmgeneration „Lifelong Learning Programme (2007 – 2013) Leonardo da Vinci Programme“ thematische Gruppen eingerichtet, die sich mit der strategischen Schwerpunktsetzung in der europäischen Berufsbildungspolitik beschäftigen. Dazu gehören:

1. der europäischen Qualifikationsrahmen (EQF; d.h. European Qualification Framework),

2. die Entwicklung eines Leistungspunktesystems (ECVET, d.h. European Credit Transfer System for Vocational Education and Training),
3. die Bekanntmachung des einheitlichen Rahmens für die Transparenz von Kompetenzen und Qualifikationen, den Europass,
4. die Entwicklung gemeinsamer Grundsätze für die Ermittlung und Validierung nicht-formalen und informellen Lernens.

Letzteres war Thema der Konferenz in Bukarest. Die Schlusskonferenz zu diesem Thema wird am 5./6. Juli 2007 in Rom stattfinden. Die „Thematic Group4“ wird von der italienischen Nationalagentur ISFOL geleitet. Ihr gehören mehrere europäische Länder an, unter anderem Rumänien und Deutschland.

Am Vormittag führten vier Vorträge in das Thema ein. Für die Gastgeber sprach Luminita Matei, Vertreterin des rumänischen Erziehungs- und Forschungsministeriums. Dem folgten Ansprachen der Generaldirektoren für Erziehung und Kultur der europäischen Gemeinschaft, Joao Delgado und Marta Ferreira, sowie eine Präsentation der Leiterin der Personalabteilung des Münchner Flughafens, Theresa Fleidl.

Im Anschluss daran gab es Darstellungen von einzelnen Projekten und Diskussionen in jeweils drei verschiedenen Workshops zu unterschiedlichen spezifischen Themen wie: „Quality tools for mobility“, „Credit Transfer in Practice“, „Validating non-formal and informal learning“.

Was bringt das nun? Eine immer gestellte und berechtigte Frage.

Es findet in mehrfacher Hinsicht ein themenbezogener Austausch von Erfahrungen statt: Durch Vorträge,

durch Diskussionen und Einzelbeiträge in formaler Runde wie durch individuelle Gespräche in gelockter Atmosphäre. Hier geht es um den Austausch von „Good Practice“, Information und Verbreitung von Ergebnissen aus Forschungsprojekten sowie Kreation neuer transversaler Partnerschaften, die Vernetzung von Stakeholdern, also aller beteiligten Personen und Institutionen, und die daraus resultierenden Synergien.

Theorie und Praxis sollen dadurch aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig inspirieren. Die Forschung zum Thema Transparenz von Qualifikationen, Transfer von Leistungspunkten und Validierung von nicht-formalem und informellem Lernen soll durch wichtige, EU-finanzierte Projekte in verschiedenen Partnerländern vorangetrieben und versuchsweise implementiert werden. Ihre Leistungen und Ergebnisse, so genannte „Outputs“, sollen herausgestellt werden und als Anregung und Motivation für neue sich konstituierende Konzeptualisierungen dienen. Das Ziel ist als weiter Rahmen gegeben, aber nicht eindeutig determiniert. Was als durchführbar und transnational anwendbar emergiert, wird sich zeigen.

### Impressionen

Übereinstimmend kam es zu Äußerungen, dass Zertifizierung, Validierung, Evaluierung im formalen wie nicht-formalen Bereich immer simplifiziert sein müsse. Zweifelnde Stimmen kamen auf, ob der 8-stufige Qualifikationsrahmen in der Praxis durchführbar sein werde.

Alle waren sich über die Relevanz der Sozialpartner und der die politischen Entscheidungen treffenden Behörden einig.

Als besonders schwieriges Thema stellte sich die Validierung im nicht-formalen Bereich dar. Wenn es darum geht, erworbene Lernkompetenzen oder situative und strategische Kompetenzen zu beurteilen, dann bleibt neben einigen Testmöglichkeiten noch das gegenseitige Vertrauen. Von „trust“ war sehr oft die Rede, was jeder wissenschaftlichen Arbeitsweise,

die empirisch sichtbare Kriterien verlangt, widerspricht. Hier scheinen Ergebnisse noch in weiter Ferne zu liegen.

Einig war man sich über die Wichtigkeit einer soliden Grundausbildung und der zunehmenden Bedeutung der Weiterbildung in einer sich rasch verändernden Wissensgesellschaft, in der die Halbwertszeiten an Wissenszuwachs z. B. in der IT-Branche bei drei bis vier Jahren liegen.

Die beiden Programme Leonardo für die Berufsbildung und Grundtvig für die Erwachsenenbildung fördern und unterstützen insbesondere Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Der größte Anteil des zu Verfügung stehenden Geldes fließt in Mobilitätsmaßnahmen ein für Erstauszubildende, Arbeitnehmer in der Weiterbildung und Ausbilder. Dabei variiert die Länge des geförderten Auslandsaufenthaltes zwischen einer Woche für Ausbilder und mehreren Wochen (mindestens 3) für Auszubildende. Der Flughafen München beteiligt sich jährlich mit mehreren Angehörigen des Personals an Leonardo da Vinci – Programmen. Ein Auszubildender des Flughafens München wurde sogar Deutscher Leonardo – Botschafter und als solcher in Graz (Österreich) ausgezeichnet.

Der Geist Europas beherrschte die Konferenz. Noch selten zuvor hatte man eine derartig gedanklich offene und flexible Teilnehmerschaft ange getroffen. Man ging auf sich zu, man gesellte sich zu einer Gruppe. Meist sprach man Englisch, aber auch Französisch, Deutsch, Italienisch und Rumänisch waren zu hören. „Scusati, welche Sprache sprechen Sie?“

Ein großes Lob et un grand merci den Veranstaltern, die für das internationale Publikum die chalereuse Atmosphäre schufen.

## Aktuelle Neuerscheinungen!

**The Machine Shop –  
Metalwork for Apprentices**  
Heck/Claxton  
ca. 130 Seiten, farb. Abb.  
ISBN 978-3-7782-1720-7  
ca. € 15,60

**Kfz – Das erste Jahr  
in der Werkstatt**  
Blumhagen  
120 Seiten, DIN A4, zahlr. farb. Abb.  
ISBN 978-3-7782-3535-5  
€ 15,00

**Mechatronik von A–Z**  
Schneider/Huyer/Hönnmann  
180 Seiten, zahlr. Abb.  
ISBN 978-3-7782-6081-4  
€ 10,90



**Berufsvorbereitung Bau  
Lehr- und Arbeitsbuch**  
Batran/Brix/Frey/Karier/Köhler  
208 Seiten, farb., sehr viele Abb.  
ISBN 978-3-7782-5620-6, € 19,80  
Lösungen, 48 Seiten  
ISBN 978-3-7782-5629-9, ca. € 10,60

**Fachworttrainer für  
Gesundheits- und Pflegeberufe**  
Wagner/Nuding  
CD-ROM  
ISBN 978-3-7782-5838-5  
€ 10,40

**Fachtheorie nach Lernfeldern  
für Chemielaboranten**  
Teil 1 – 1. + 2. Ausbildungsjahr  
Katzer, G./Katzer, F.  
352 Seiten + Aufklappkarte mit  
Periodensystem, zahlr. farb. Abb.  
ISBN 978-3-7782-1600-2, € 36,40

Teil 2 Fachstufe (Best.-Nr. 1610)  
in Vorbereitung, liegt in Kürze  
(Sommer/Herbst 2007) vor.

**Holland + Josenhans GmbH & Co.**

Feuerseeplatz 2 • 70176 Stuttgart  
Tel. 0711/6 14 39-20 • Fax 0711/6 14 39-22 • verlag@huj.03.net

Weitere Neuerscheinungen und Neuauflagen finden Sie im Internet unter  
[www.holland-josenhans.de](http://www.holland-josenhans.de)

## Landesverband

### Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
 zurzeit gewinnt man den Eindruck, dass sich diejenigen, die neue Prüfungskonzepte entwickeln, überhaupt keine Gedanken mehr darüber machen, wer diese Prüfungen zeitlich überhaupt noch in die Reihe bringen soll. Dies gilt für die Lehrkräfte ebenso wie für die Ausbilder. Die Berufsschulen jedenfalls werden sicherlich nicht mehr in der Lage sein, sich gleichzeitig adäquat am Prüfungsgeschehen zu beteiligen sowie die ordnungsgemäße Unterrichtserteilung zu gewährleisten. Das Thema brennt uns auf den Nägeln, deshalb hat der Geschäftsführende Vorstand im April zu diesem brisanten Thema eine Klausurtagung durchführen.

Übertrieben formuliert vergeht ja kaum noch ein Tag, an dem nicht ein neues Bildungskonzept für die berufliche Ausbildung veröffentlicht wird. Allen Überlegungen ist gemeinsam, dass Module bzw. Bausteine die Ausbildung prägen werden. Das stellt für die Auszubildenden und auch für die Berufsschulen eine sehr problematische Situation dar. Für die Berufsschulen deshalb, weil versucht werden kann, uns mit organisatorischen Mitteln auszuhebeln. Viele Berufsschulen werden nämlich nicht in der Lage sein, die Fülle der geforderten Module abzudecken. Damit könnte man doch endlich

beweisen, dass die Berufsschulen nicht die entsprechenden Kompetenzen besitzen. Die Auszubildenden werden es büßen, weil sie in letzter Konsequenz nicht mehr für einen Beruf ausgebildet werden, sondern im Hinblick auf spezielle betriebliche Interessen. Welche gravierenden sozialen und volkswirtschaftlichen Probleme dadurch produziert werden, versuchen wir gerade unseren Politikerinnen und Politikern eindringlich zu vermitteln.

Ähnlich verhält es sich mit dem neuen Hauptschulkonzept. Vereinfacht gesagt, sollen die berufsvorbereitenden Inhalte der Hauptschule in Zukunft noch stärker betont werden. Dagegen gibt es im Prinzip nichts einzuwenden, die Probleme beginnen allerdings dann, wenn die Hauptschule zur „Berufsschule light“ werden soll. Dies ist – und da sind wir uns mit den Ausbildungsbetrieben einig – genau der falsche Weg. Richtig wäre es, bei den Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen in den elementaren Kulturtechniken massiv zu fördern. Dazu gehört auch, auf Lerninhalte zu verzichten, um Zeit zu gewinnen fürs Üben und Wiederholen. Nur was wirklich geübt wird, bleibt auch „hängen“. Die Betriebe erwarten von den Hauptschülern sicherlich nicht, dass sie z. B. Buchführung können. Aber das sichere Erfassen von Texten wäre schon sehr hilfreich, und zwar für alle Berufe. Es muss eine solide Basis bei den Schülerinnen und

Schülern vorhanden sein, um sich die berufsspezifischen Kenntnisse in der Ausbildung aneignen zu können. Aus unserer Sicht ist genau dies die unverzichtbare Aufgabe der Hauptschule. In intensiven Gesprächen mit Abgeordneten versuchen wir unsere VLB-Position zu vermitteln. Und wir stoßen dabei oftmals auf großes Verständnis für unsere Forderungen.

Unsere Erfolge bei der Mitgliederwerbung können sich sehen lassen, dennoch wollen wir unser Konzept gerade im Hinblick auf unseren Berufsnachwuchs auf den Prüfstand stellen. Die Sprecherinnen der Studenten und der Referendare werden deshalb bis zur nächsten Sitzung des Hauptvorstandes am 29./30. Juni Vorschläge erarbeiten. Wer mitarbeiten will, soll mich einfach anrufen!

Übrigens, falls Sie wieder mal jemand fragt, „was macht eigentlich der Verband für uns?“, rufen Sie bitte in der VLB-Geschäftsstelle an (089/59 52 70) und lassen ihm bzw. ihr unseren Flyer zuschicken, in dem die vielfältigen Leistungen des Verbandes für die Kolleginnen und Kollegen aufgeführt sind. Selbstverständlich stehen natürlich auch die Mitglieder im Geschäftsführenden Vorstand jederzeit Rede und Antwort.

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB.

Ihr



## Fachgruppen

### FG Religion – Einladung zur Fachtagung

#### AUS-bildung oder Menschenbildung Wollen wir Religions- unterricht an beruflichen Schulen?

**Zeit:** 7. Juli 2007

**Ort:** Berufsschulen für Elektro- und IT-Berufe, Bergsonstraße, München

**Zeit:** 10.00 – 16.00 Uhr

#### Programm

##### 10:00 Uhr, Begrüßung:

Konrad Lechner, Schulleiter  
 Dr. Michael Persie, FG-Leiter Religion im VLB

##### 10.00 – 12.30 Uhr, Podiumsdiskussion mit:

Staatsminister Karl Freller, Kultusministerium  
 Dr. Christof Prechtel, Geschäftsführer der Abteilung Bildung der Vereinigung Bayerische Wirtschaft e.V.  
 Prof. Dr. Andreas Schelten, Lehrstuhl für Pädagogik der TU München

Franz Maget, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Prälat Erich Pfanzelt, Leiter des Katholischen Schulkommissariats in Bayern

Klaus Buhl, Direktor des Religionspädagogischen Zentrums in Heilsbronn

Hans Käfler, Landesvorsitzender des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), Passau

Moderation: Andrea Kammhuber, Redaktion Kirche und Welt, Bayerisches Fernsehen

Musikalische Gestaltung: RolliGang unter Leitung von Religionslehrer René Vollmar

#### Mittagspause

##### 14.00 – 15.30 Uhr

- Workshops
  - Kunstführung durch die Berufsschule Bergsonstraße
  - Fragen zum Dienstrecht
  - Nachwuchs und Anliegen von Studenten / Referendaren
- Einladungen sind: Lehrkräfte, Schulleitungen, Ausbilder, Studenten, Verantwortliche der Wirtschaft, der Kirchen, der Verbände, der Medien, Schüler von BOS und FOS.

Rückmeldung bitte bis 25. Mai (vor den Pfingstferien) an VLB-Geschäftsstelle: info@vlb-bayern.de, Tel. 089-59 52 70, Fax 5 50 44 43

Wegbeschreibung: Hbf München, 5 Stationen bis Langwied (S4) Richtung Mammendorf.

Auf der Fahrstuhlseite hinunter über die Straße.

Mitveranstalter: RPZ München und Heilsbronn, VKRG, KEG

### FG Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik

#### Verbandstag FVSHK-Bayern

Einladung für alle Lehrkräfte im Ausbildungsberuf „Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ zur Informationsveranstaltung im Rahmen des Verbandstages des FVSHK und zur Mitwirkung bei einer Online-Befragung zu Kerninhalten des Lehrplans

Im Rahmen des Verbandstages 2007 des FVSHK erhält unsere Fachgruppe die Gelegenheit eine eigene Informationsveranstaltung durchzuführen. Hierzu laden wir alle engagierten und interessierten Lehrkräfte in Bayern ein.

**Thema:** „Präzisierung von Lernfeldern durch Schwerpunktsetzungen“

**Referent:** Thomas Hochleitner, ISB

**Ort:** Innung SHK Schweinfurt, Konferenzraum

**Zeit:** 23. Juni 2007, 10.00 – 13.00 Uhr

In diesem Zusammenhang versuchen wir zurzeit ein Bayern weites aussagekräftiges Meinungsbild aller betroffenen Lehrkräfte zu erstellen. Unter [www.befragung.muc.kobis.de](http://www.befragung.muc.kobis.de) gelangen Sie mittels der Befragungsnummer: 2648 zu einem ausführlichen Online-Fragebogen mit vorgegebener Themenliste zu Kerninhalten des Lehrplans. Die Beantwortung nimmt dabei sicherlich etwas Zeit in Anspruch!

Die Auswertung der Befragung werden wir im Rahmen der Veranstaltung in Schweinfurt erörtern. Unterstützen Sie bitte unsere Initiative und nehmen Sie auch in Ihrem eigenen Interesse an unserer Online-Befragung teil!

In der Einladung an die Innungsmitglieder heißt es u. a.: Diesmal sind wir in Schweinfurt, einer Stadt, die Weltoffenheit, Hightech und bodenständige Tradition in beeindruckender Weise miteinander verbindet. Die Tagungstätte in Schweinfurt stellt sich als Ort der kurzen Wege dar. Das moderne Konferenzzentrum auf der Maininsel und unser Tagungshotel bilden einen Gebäudekomplex. Die Altstadt ist nicht weit entfernt.

Aufgabe des Fachverbandes ist es, u. a. dem technischen Fortschritt sowie den ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen und den Betrieben das notwendige Rüstzeug zu übermitteln. Dies betrifft sowohl den betriebswirtschaftlichen, rechtlichen sowie auch den technischen Bereich. Für die Mitglieder ist es wichtig, von einem Netz von Einrichtungen umgeben zu sein, die dazu beitragen pragmatische Lösungen zu finden.

<b>Für mehr Informationen: <a href="http://www.naturfreunde-reisen.de">www.naturfreunde-reisen.de</a></b>	
<b>N O R W E G E N</b> : Fjorde & Seen: 30.06. – 08.07.07 Oslo, Vinstra, Alesund, Grotli, Lærdal, Bergen Lufthansa (MUC), HP, <b>PREIS:</b> 1488,- € ( <b>1438,- € VLB</b> )	<b>P E R U</b> : Im Reich der Inka: 17.08.07 - 02.09.07 Lima, Nazca, Arequipa, Colca Tal, Puno, Cuzco, Machu Picchu Iberia (MUC/FRA), z.T. HP, <b>PREIS:</b> 2748,- € ( <b>2698,- € VLB</b> )
<b>R U M Ä N I E N</b> : 04.08.07 – 11.08.07 Bukarest, Karpaten, Siebenbürgen, Hermannstadt, Walachei Lufthansa (MUC), HP, <b>PREIS:</b> 948,- € ( <b>898,- € VLB</b> )	<b>I T A L I E N</b> : Liparische Inseln: 25.08.07 - 01.09.07 Catania, Taormina, Lipari, Vulcano, Stromboli, Acireale Lufthansa (MUC/FRA), HP, <b>PREIS:</b> 1048,- € ( <b>998,- € VLB</b> )
<b>N A M I B I A</b> : Natur & Tierbeobachtungen: 16. - 30.08.07 Windhoek, Sossusvlei, Swakopmund, Himbas, Ruacana, Etosha Air Namibia (FRA), z.T. HP, <b>PREIS:</b> ab 2548,- € ( <b>2498,- € VLB</b> )	<b>B A L T I K U M</b> : 05.08.07 – 13.08.07 Vilnius, Klaipeda, Kurische Nehrung, Rundale, Riga, Tallinn Air Baltic (MUC), HP, <b>PREIS:</b> 1248,- € ( <b>1198,- € VLB</b> )
<b>Sommer 07:</b> Bellaria 8 Tg ab 398 € <b>Herbst 07:</b> Sizilien 8 Tg, Oman 8 Tg, Emirate 7 Tg, Barcelona 5 Tg, Rajasthan 9 Tg, Syrien-Jordanien 8 Tg, Israel 8 Tg <b>Weihnachten 07:</b> Jemen, Marokko, Südindien, Israel <b>Ostern 08:</b> Mexiko, Chile, Kuba, Syrien-Jordanien - Libanon	
<b>Reisedienst Naturfreunde GmbH, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841/71144, Fax 77686</b>	

## Studenten und Referendare

**Tagung des Verbandsnachwuchses:**

### VLB Symposium 2007 für Studenten und Referendare

Dieses Jahr fand das Studenten- und Referendariatsymposium bereits im Januar statt.

Trotz des winterlichen Wetters konnte die Veranstaltung pünktlich um 13.30 Uhr am Freitag, dem 26. Januar beginnen. Unser Gastgeber war wie bereits in den Vorjahren der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler, der gleichzeitig Schulleiter der Karl-Peter-Obermaier-Schule in Passau ist.

Der allgemeinen Vorstellungsrunde voraus ging die Begrüßung durch den Gastgeber Hans Käfler und die Referendarsprecher Edigna Kellermann und Jürgen Krotter, sowie die

Studentensprecher Sebastian Hauck und Holger Sahm.

**Programm: „Ins Ausland mit Comenius und Leonardo da Vinci“**

Als Referenten waren Angelika Schneider und Wolfgang Schwarzenberger vom Institut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) in die Drei-Flüsse-Stadt gekommen.

Man unterscheidet vier europäische Programme. Das bekannteste ist sicherlich das Erasmusprogramm für die Hochschulbildung. Daneben gibt es noch das Grundtvigprogramm, zuständig für die Erwachsenenbildung. Am Symposium wurden uns aber das Comeniusprogramm, ausgerichtet auf die schulische Bildung, und das Leonardo da Vinci-Programm für die berufliche Bildung vorgestellt.

Generelle Zielsetzungen von Comenius sind die Entwicklung von

Kenntnissen und Verständnis unter den Jugendlichen und dem Schulpersonal für die Verschiedenheit von europäischen Kulturen, Sprachen und ihren Werten, sowie die Unterstützung der Jugendlichen beim Erwerb von grundlegenden „Lifeskills“, die für ihre persönliche Entwicklung, ein zukünftiges Beschäftigungsverhältnis und eine europäische Staatsbürgerschaft notwendig sind.

Die Comenius-Aktivitäten lassen sich grob in vier Bereiche aufteilen: Multilaterale Projektkoordinationen, Comenius Schulpartnerschaften und Comenius Regio, Mobilitäten und Comenius Netzwerke.

Antragsberechtigt sind grundsätzlich alle, die mit schulischer Bildung zu tun haben, somit auch bereits Referendare.

Für Studenten ist besonders die Comenius-Assistenz von Interesse. Hier können zukünftige Lehrer aller Fächer, Schulformen und Schulstufen ab dem dritten Studienjahr und angehende Lehrer mit abgeschlossener Ausbildung ohne bisherige reguläre Lehrtätigkeit für die Dauer von 3 Monaten bis zu einem Jahr an einer Schule eines Teilnehmerstaates als Assistentkraft arbeiten. Sie werden voll ins Schulleben integriert, helfen mit im Unterricht, bei Projektarbeiten und sollten ihre Muttersprache und Landeskunde vermitteln.

Nähere Informationen erhält man unter [www.kmk.org/pad/sokrates2](http://www.kmk.org/pad/sokrates2) und unter [www.isb.bayern.de](http://www.isb.bayern.de)

Das Ziel des Leonardo da Vinci-Programms ist die Modernisierung von Bildung und Berufsbildungssystemen und die verstärkte europäische Zusammenarbeit damit „die EU die wettbewerbsfähigste und dynamischste Wissensgesellschaft der Welt wird“ (Lissabon im März 2000). Die Leonardo-Maßnahmen lassen sich in vier Bereiche unterteilen: Mobilität, Innovationsprojekte, Partnerschaften und Innovationstransferprojekte. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Mobilität (60 % des Budgets). So sollen Berufspraktika für Auszubildende und Personen auf dem Arbeitsmarkt, sowie ein Erfahrungsaustausch zwi-

schen den Fachleuten in der Berufsbildung gefördert werden.

Anträge können hier nur Institutionen wie berufsbildende Schulen, Berufsbildungszentren, Unternehmen, das Handwerk, Kammern, Hochschulen und weitere an der beruflichen Bildung Beteiligte stellen, keine Einzelpersonen.

Weitere Informationen erhält man unter [www.na-bibb.de/home/](http://www.na-bibb.de/home/) bzw. unter [www.isb.bayern.de](http://www.isb.bayern.de)

### Versicherungsleistungen

Der Vortrag über Versicherungsleistungen, die VLB-Mitgliedern angeboten werden, folgte nach einer kurzen Kaffeepause. Hier verknüpfte Rainer Roggan die demographische Entwicklung in unserem Lande mit einem Appell an die Wichtigkeit der individuellen Vorsorge auch für zukünftige Beamte. Den Titel einer kürzlich ausgestrahlten ZDF-Reihe „2030 – Aufstand der Alten“ kritisierte er dahingehend, dass es eigentlich „Aufstand der Jungen“ heißen müsste, da diese dann ja schließlich in der Minderheit seien und kein demokratisches Gegengewicht gegenüber der „vergreisten“ Bevölkerungsmehrheit stellen würden.

### Vorbereitung Symposium

Der Zeitplan war mittlerweile stark ins Wanken geraten und so wurden die geplanten Workshops umdisponiert. Man sammelte sich nun stattdessen gleich in den Gruppen Referendare, kaufmännische Studenten und gewerblich-technische Studenten, um spezifische Probleme zu besprechen und für die Podiumsdiskussion des nächsten Tages zu sammeln und zu kanalisieren.

### Wahlen

Das Abendessen genossen wir in der Gaststätte „Zum bayerischen Löwen“ in der Passauer Innenstadt. Doch trotz Schweinsbraten und dem lokalen Bier oder vielleicht gerade deswegen, ging es auch am Abend weiter mit Verbandspolitik.

Schließlich stand für den ersten Tag noch die Wahl der neuen Referendariatsprecher an.

Die STADT BAYREUTH – Universitäts- und Festspielstadt zwischen Fränkischer Schweiz und Fichtelgebirge – sucht für ihr Wirtschaftswissenschaftliches und Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium sowie für die Städtische Wirtschaftsschule für das Schuljahr 2007/08



### Lehrkräfte

mit der Lehrbefähigung für das Gymnasium oder für berufliche Schulen in den Fächern

- Deutsch
- Spanisch
- Biologie
- Informatik
- Katholische Religionslehre
- Englisch
- Latein
- Chemie
- Physik
- Französisch
- Wirtschaft
- Mathematik
- Geographie

Eine zusätzliche Qualifikation für die Wahrnehmung schulpädagogischer Aufgaben wäre wünschenswert.

Wir bieten eine Einstellung im Beamtenverhältnis, sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, andernfalls ein Beschäftigungsverhältnis mit unbefristetem Arbeitsvertrag nach den Bestimmungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit der Möglichkeit der späteren Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Die Festspielstadt Bayreuth (74.000 Einwohner) liegt in landschaftlich reizvoller Gegend in Oberfranken. Sämtliche weiterführenden Schulen und eine Universität sind am Ort. Reges kulturelles Leben, sehr gute Sportanlagen und Wintersportmöglichkeiten sowie ein umfangreiches Bildungsangebot bestimmen den hohen Freizeitwert der Stadt.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit aussagefähigen Unterlagen innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an:

STADT BAYREUTH  
Personalamt  
Postfach 10 10 52, 95410 Bayreuth  
(E-Mail: [personalamt@stadt.bayreuth.de](mailto:personalamt@stadt.bayreuth.de))

Für schulische Auskünfte stehen die Direktorate der beiden Schulen gerne zur Verfügung:

**Gymnasium – Herr Kraus,**  
Tel. (0921) 25 1950, E-Mail: [wwg-bayreuth@t-online.de](mailto:wwg-bayreuth@t-online.de)  
**Wirtschaftsschule – Herr Hirschmann,**  
Tel. (0921) 78965 11, E-Mail: [swsbayreuth@yahoo.de](mailto:swsbayreuth@yahoo.de)



Maria Sommerer und Hans Käfler standen dem Berufsnachwuchs kompetent Rede und Antwort.



Die neue Führungsmannschaft der VLB-Referendare: Sabine Lobinger und Katrin Fuchs eingerahmt von ihren Stellvertreterinnen Ulrike Kretschmar und Bianca Hüsgen.

Der informelle Teil – fast wichtiger als alles andere.



Denn die ehemaligen, Edigna Kellermann und Jürgen Krotter, hatten in der Zwischenzeit bereits erfolgreich das Referendariat abgeschlossen und dürfen jetzt als Studienräte z. A. an der Berufsschule Starnberg und der Berufsschule III Regensburg arbeiten.

Für die nächsten zwei Jahre wurden Sabine Lobinger (Wirtschaftspädagogik/ Englisch) als Sprecherin für die kaufmännischen und Kat-

rin Fuchs (Gesundheits- und Pflegewissenschaften/ kath. Religion) für die gewerblich-technischen Referendare gewählt. Zu ihren Stellvertretern wählte der „Stammtisch“ Ulrike Kretschmer und Bianca Hüsgen.

### Symposium

Über Nacht wurde Ostbayern in Schneeweiß umgewandelt. Dies galt auch für weitere Teile des Freistaates,

weshalb leider Ministerialrat Georg Hirner unser Symposium am Samstagvormittag nicht erreichen konnte.

Die am Nachmittag zuvor gesammelten Fragen, Probleme und Anregungen der Studenten und Referendare konnten sich somit leider nicht direkt an den Experten des Ministeriums richten.

Als kompetente Ansprechpartner standen uns aber der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler und vom Studienseminar Südbayern Maria Sommerer zur Verfügung.

Diese durften dann auch eine Stunde länger als ursprünglich geplant unsere vielfältigen Fragen beantworten. Wofür wir uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken.

Aufgrund der Fülle der Diskussionsbeiträge verschob sich das gemeinsame Mittagessen auf 13.00 Uhr. Dies wurde an unserem Tagungsort in der Karl-Peter-Obermaier-Schule eingenommen.

### Schulführung

Danach bot Hausherr Hans Käfler wieder eine Schulführung an. Einige der Symposiumsteilnehmer konnten seine Schule noch vom letzten

Studenten- und Referendarstreifen. Doch nahmen auch sie wieder gerne das Angebot des Schulleiters an, diese Musterschule erneut zu bestaunen. Schließlich bekommt man nicht alle Tage eine so transparente Schule zu Gesicht. Diese Transparenz spiegelt sich sowohl in der Ordnung der einsehbaren Unterrichtsvorbereitungsräume als auch in den Rohrleitungen der Praxisräume der Gas- und Wasserinstallateure wieder.

Läuft man an den Unterrichtsräumen vorbei, hat man jederzeit Einblick in die Klassen und umgekehrt. Dies ist laut Herrn Käfler auch nur die Konsequenz daraus, dass man als Lehrkraft sowieso nicht hinter Mauern versteckt arbeitet, selbst wenn diese räumlich vorhanden sind.

Auch wir angehenden Lehrer sollten wissen, dass alles, was in der Klasse passiert nach außen getragen wird.

### Dank

Abschließend wollen wir uns nochmals bei unserem Gastgeber bedanken und freuen uns bereits jetzt auf das VLB-Nachwuchs-Symposium im nächsten Jahr wahrscheinlich wieder in Passau. *Holger Sahn*

### zum 82. Geburtstag ...

**Jakobi, Sieglinde**, 09.06.  
81375 München, BV München

### zum 81. Geburtstag ...

**Schneider, August**, 02.06.  
92637 Weiden, KV Opf.-Nord  
**Prof. Braun, Hermann**, 02.06.  
90411 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Rüger, Otto**, 15.06.  
97421 Schweinfurt, KV Main-Rhön  
**Hackl, Gustav**, 29.06.  
91580 Großhaslach, KV Mfr.-Süd

### zum 80. Geburtstag ...

**Eberle, Wolfgang**, 14.06.  
87640 Biessenhofen, KV Allgäu  
**Eder, Alois**, 11.06.  
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost  
**Frank, Heinz**, 09.06.  
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu  
**Häupel, Elisabeth**, 02.06.  
91413 Neustadt, KV Mfr.-Nord  
**Kretschmer, Walter**, 15.06.  
94032 Passau, KV Ndb.-Ost  
**Prell, Liselotte**, 11.06.  
90766 Fürth, KV Mfr.-Nord

### zum 75. Geburtstag ...

**Auer, Helmut**, 04.06.  
80797 München, BV München  
**Mönius, Georg**, 08.06.  
91301 Forchheim,  
KV Bamberg-Forchheim

### zum 70. Geburtstag ...

**Buchtmann, Alfred**, 30.06.  
94036 Passau, KV Ndb.-Ost  
**Leitenmeyr, Elisabeth**, 20.06.  
86199 Augsburg,  
KV Nordschwaben  
**Moezer, Herbert**, 14.06.  
91586 Lichtenau, KV Mfr.-Süd  
**Richter, Manfred**, 30.06.  
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd  
**Stenger, Ilse**, 28.06.  
82256 Fürstfeldbruck,  
KV Obb.-Südwest

### zum 65. Geburtstag ...

**Bitter, Hubert**, 14.06.  
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord  
**Holzer, Manfred**, 15.06.  
87437 Kempten, KV Allgäu  
**Kaiser, Haris-Joachim**, 14.06.  
97688 Bad Kissingen,  
KV Main-Rhön

**Kohler, Karl-Heinz**, 14.06.  
83022 Rosenheim,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Marr, Alexander**, 05.06.  
96117 Memmelsdorf,  
KV Bamberg-Forchheim  
**Pietsch, Werner**, 27.06.  
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord  
**Pöbner, Klaus**, 08.06.  
91126 Rednitzhembach, KV Mfr.-Süd  
**Rosenberger, Hans**, 16.06.  
95680 Alexandersbad,  
KV Ofr.-Nordost  
**Weishaupt, Erika**, 19.06.  
86381 Krumbach,  
KV Nordschwaben

### zum 60. Geburtstag ...

**Birle, Josef**, 29.06.  
86343 Königsbrunn, KV Augsburg  
**Ebert, Johann**, 29.06.  
86399 Bobingen, KV Augsburg  
**Ernst, Winfried**, 15.06.  
97447 Gerolzhofen, KV Würzburg  
**Ertel, Georg**, 22.06.  
92259 Neukirchen,  
KV Amberg-Sulzbach  
**Euba, Heribert**, 01.06.  
86529 Schrobenhausen,  
KV Obb.-Nordwest  
**Fendt, Hans**, 28.06.  
86459 Gessertshausen, KV Augsburg  
**Gaugter, Eugen**, 16.06.  
87665 Mauerstetten, KV Allgäu  
**Harwardt, Gerd**, 23.06.  
86637 Wertingen, KV Nordschwaben  
**Hauke, Richard**, 23.06.  
94315 Straubing, KV Donau-Wald  
**Hottner, Rudolf**, 02.06.  
93049 Regensburg, KV Regensburg  
**Huhn, Alfred**, 14.06.  
93359 Wildenberg, KV Landshut  
**Klaus, Wolfgang**, 19.06.  
97421 Schweinfurt, KV Main-Rhön  
**Metz, Annemarie**, 08.06.  
90408 Eschenbach, KV Opf.-Nord  
**Spielhofen, Ulrike**, 03.06.  
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Huber, Martin**, KV Allgäu  
**Kröhnert, Hannelore**,  
KV Traunstein-Berchtesgaden  
**Geis, Hans-Wolfgang**, KV Mfr.-Nord

## Wir trauern um ...

**Löw, Heinrich**, KV Ndb.-Ost (64)  
**Nürnberger, Anni**, KV Würzburg (71)  
**Schuberth, Marianne**, KV Mfr.-Nord (87)  
**Holzinger, Edeltraud**, KV Ndb.-Ost (82)

## Zu guter Letzt

### Schülertraum: Lehrer half beim Schummeln

Davon träumt jeder Schüler: Die Matheabiprüfung ist so richtig vergeigt. Was tun? Na klar. Auf zum Lehrer und dann werden gemeinsam mit ihm die Fehler so bereinigt, dass die Note doch noch stimmt. Das muss kein Traum bleiben.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat nun Anklage gegen den 50-jährigen Lehrer eines Gymnasiums aus dem südlichen Landkreis Augsburg wegen Urkundenfälschung in vier Fällen erhoben. Der Mann ist hinreichend verdächtig, im Mai vergangenen Jahres dreien seiner Leistungskurs-Schüler gestattet zu haben, nachträglich ihre Klausuren zu korrigieren und diese in Teilen neu zu schreiben. Bei der Arbeit einer vierten Schülerin legte er selbst eine bessernde Hand an, ganz ohne deren Wissen.

Wie kommt ein Lehrer dazu, seine Karriere derart auf's Spiel zu setzen? Wie die Staatsanwaltschaft vermutet, sei der Mann wohl durch Gutmütigkeit und Gerechtigkeitssinn motiviert gewesen.

Heraus kam die Schummelei durch Hinweise von Schülern. Laut Staatsanwaltschaft haben der Angeschuldigte und die betroffenen Schüler die Manipulationen in vollem Umfang eingeräumt. Deren Abitur wurde daraufhin eingezogen und die Prüfung mit null Punkten gewertet.

Nachträglich wurden die drei Verdächtigen dann doch noch zur mündlichen Matheprüfung zugelassen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, das Abitur doch noch zu bestehen. Die Arbeit der Schülerin, die von der

heimlichen Hilfestellung ihres Mathelehrers nichts wusste, wurde mit vier Punkten bewertet.

Bei Urkundenfälschung im besonders schweren Fall sieht das Gesetz eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren vor. Auch die drei beteiligten 20-jährigen Schüler werden wegen gemeinschaftlicher Urkundenfälschung vor den Jugendrichter des Amtsgerichts Augsburg, Zweigstelle Schwabmünchen, gebeten.

*Augsburger Allgemeine*

### Autorenverzeichnis

**Dirschedl, Carlo**  
BS, Neuöttinger Str. 64c,  
84503 Altötting, Tel.: (08671) 8028

**Greubel, Manfred**  
VLB-Referent Bildungspolitik  
Händelstr. 25, 90751 Schwaig,  
Tel.: (0911) 500041

**Käfler, Hans**  
VLB-Landesvorsitzender  
BS, Am Fernsehturn 1, 94036 Passau,  
Tel.: (0851) 9591300

**Küfner, Reinhard**  
VLB-Referent für Fachlehrer  
BS, Luitpoldstr. 26, 84034 Landshut,  
Tel.: (0871) 9630-0

**Lambl, Wolfgang**  
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
und Hauptpersonalrat  
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,  
Tel.: (09363) 5278

**Liebel, Alexander**  
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,  
Tel.: (0911) 231-3948

**Puryear, Rudolf/ Sogl, Petra**  
Johann-Strauß-Str. 7 a,  
84088 Neufahrn, Tel.: (08773) 910201

**Sahn, Holger**  
VLB-Referendarsprecher  
Lützelsteinerstraße 18, 80939 München

**Schilcher-Fuhrig, Gertrud**  
BS Ringstr. 1, 89231 Neu-Ulm,  
Tel.: (0731) 98584-0

## Personalien

### Wir gratulieren im Juni ...

#### ... zum 92. Geburtstag

**Schmitt, Irene**, 28.06.  
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön

#### zum 89. Geburtstag ...

**Klingeis, Elisabeth**, 03.06.  
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

#### zum 88. Geburtstag ...

**Weiss, Anton**, 14.06.  
87487 Wiggensbach, KV Allgäu

#### zum 87. Geburtstag ...

**Zirkelbach, Emil**, 01.06.  
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

**Amm, Gerda**, 12.06.  
90762 Fürth, KV Nürnberg

#### zum 85. Geburtstag ...

**Arnold, Waite**, 25.06.  
80809 München, BV München  
**Neumeister, Elisabeth**, 11.06.  
91541 Rothenburg, KV Mfr.-Süd

#### zum 84. Geburtstag ...

**Reizammer, Hans**, 24.06.  
91448 Emskirchen,  
KV Mfr.-Nord  
**Pechtold, Werner**, 29.06.  
96215 Lichtenfels,  
KV Ofr.-Nordwest

#### zum 83. Geburtstag ...

**Dreier, Franz**, 10.06.  
94315 Straubing, KV Donau-Wald

## VLB-Mitgliederservice:

# Weltweit mit Hertz-Mietwagen günstig fahren



### Rahmenvereinbarung für Mitglieder des VLB !!

Ihr Ansprechpartner in Sachen Mietwagen ist unser Partner, die Hertz Autovermietung GmbH, die weltweit größte Autovermietung.

Neben einer hochwertigen Fahrzeugflotte – von Audi über Mercedes Benz bis VW sind alle großen deutschen Hersteller vertreten – überzeugt Hertz mit attraktiven Serviceleistungen an über 330 Standorten in Deutschland. Weltweit ist die Hertz Autovermietung in über 150 Ländern mit ca. 8.100 Niederlassungen vertreten.

In der Produktpalette – vom Kleinwagen über Mittelklassefahrzeuge, Luxuslimousinen, Kombis und Minivans bis hin zum Transporter, 7,5-Tonner und 40t-Heavy Trucks – finden Sie bei Hertz sicherlich das passende Fahrzeug zum richtigen Preis, ganz gleich ob für geschäftliche Zwecke, privat für's Wochenende oder auch im Urlaub.

Als Mitglied des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) e.V. erhalten Sie mit der VLB-Kundennummer CDP 678119 attraktive Hertz Sonderkonditionen für Pkw-Tages-, -Wochen- & -Wochenendanmietungen und Lkw-Anmietungen sowie Vergünstigungen im weltweiten Ausland.

Hertz bietet Ihnen als Mitglied des VLB u. a. folgende Sonderkonditionen und Serviceleistungen an:

- Eine dynamische Tages- und Wochenpreisstruktur im In- und Ausland, d. h. es gibt keinen starren Tagespreis, sondern das Hertz System wählt den günstigsten freiverkäuflichen Tagestarif aus.
- Zusätzlich gewährt Hertz VLB-Mitgliedern auf diese dynamischen Tarife 5% Rabatt. Dies gilt sowohl für Anmietungen in Deutschland, als auch im weltweiten Ausland.
- Einen speziellen Wochenendtarif für Anmietungen in Deutschland
- Lkw-Sonderkonditionen innerhalb Deutschlands
- Die Tarife beinhalten die Versicherungsleistungen: Haftungsbeschränkung (CDW) und Diebstahlschutz (TP) – auch im Ausland
- Pkw-Einwegmieten innerhalb Deutschlands sind ohne zusätzliche Gebühr möglich
- Kostenlose Hertz Nr. 1 Club Gold Mitgliedschaft mit integriertem weltweitem Loyalitätsprogramm
- Rechnungsausstellung übers Internet und direkt am Counter nach der Fahrzeugrückgabe
- Direkte Buchungsmöglichkeiten im Internet und eine separate Verbandshotline für Reservierungen
- Bonusmeilen für Vielflieger

- Navigationssysteme in verschiedenen Fahrzeugkategorien

Und so einfach ist die Abwicklung:

Für Tarifauskünfte und Reservierungen wenden Sie sich bitte an unsere Verbandshotline (24-Std. Service) unter Telefonnummer 01805-00 07 68 (Euro 0,14/Min aus dem Festnetz der Deutschen Telekom). Für weitere Informationen finden Sie uns auch im Internet unter [www.hertz.de](http://www.hertz.de) und [www.hertztrucks.de](http://www.hertztrucks.de). Ihre Pkw-Reservierung können Sie unter [www.hertz.de](http://www.hertz.de) vornehmen.

### Bei der Fahrzeugabholung

Bitte halten Sie bei der Fahrzeugabholung Ihren Führerschein, Ihren Pass oder Personalausweis und eine von Hertz anerkannte Kreditkarte, z. B. American Express, Diners Club, Visa, Eurocard, etc. sowie Ihren VLB-Mitgliedsausweis, bereit. An ausgewählten Stationen und bei Anmietung von bestimmten Fahrzeuggruppen ist auch eine Bezahlung mit EC-Karte möglich.

**Bitte geben Sie bei Anfragen und Reservierungen immer die VLB-Kundennummer CDP 678119 an.**